

Kernthema: Produktive Kreditschöpfung

Im Laufe der Jahre erschienen in *Neue Solidarität*
zahlreiche Hintergrundartikel über
unorthodoxe Möglichkeiten zur Finanzierung
öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen.

Der Lautenbach-Plan: Produktive Kreditschöpfung als Notmaßnahme gegen die Depression	3
Kreditschöpfung ohne Inflation: Ein neue Währungssystem	8
Die Kreditschöpfung	9
Bundesbankkredite für produktive Arbeitsplätze	13
Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB hätte Hitler-Diktatur verhindert	15
Was bedeutet produktive Kreditschöpfung?	27
Alternative Wege der Kreditschöpfung	27
Nationalbankreform: Schlüssel zur Lösung der Wirtschaftskrise	29
<u>DIE GESCHICHTE DES WTB-PLANS</u> <i>Erzählt von Wladimir Woytinsky</i>	
Wo bleibt die aktive Wirtschaftspolitik?	37
Die große Depression in Deutschland – Teil 1	38
Dokument I: Internationale Arbeitsbeschaffung	41
Programm gegen die Depression – Teil 2	44
Dokument II: Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise	46
Dokument III: Wieder und wieder: Schafft Arbeit	50
Programm gegen die Depression – Teil 3	53
Nachwort	56

Dr. Wilhelm Lautenbach war Ökonom und ranghoher Beamter im Wirtschaftsministerium der Regierung Brüning. Seine von LaRouche u.a. häufig zitierte Denkschrift „Möglichkeiten der Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung“, die er im September 1991 bei einer Geheimkonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft vortrug, ist heute aktueller denn je. Nicht nur Länder wie Argentinien befinden sich in einer Lage, die der Deutschlands 1931-33 verheerend ähnlich sieht. Auch die Volkswirtschaften der führenden Industriestaaten Europas, Japans und der

USA rutschen in eine realwirtschaftliche Depression, die noch weit katastrophaler zu werden droht als die letzte Weltwirtschaftskrise.

Eine Umsetzung von Dr. Lautenbachs Plan hätte Hitlers Aufstieg zum Diktator verhindert. Der Arbeitsbeschaffungsplan hatte die Unterstützung der Gewerkschaften, eines großen Teils der Industriellen und 1932 der Notstandsregierung unter Reichskanzler General Kurt von Schleicher, der sein ganzes Regierungsprogramm auf die Realisierung dieses durch zusätzlichen Reichsbankkredit finanzierte Arbeitsbeschaffungs- und Infrastrukturpro-

gramm abstellte. Schleichers Sturz durch Schacht und von Papen, der mit aktiver Unterstützung der Bank von England erfolgte, brachte Hitler und die Nationalsozialisten an die Macht.

Heute kennen wir Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung. Warum begreifen wir nicht endlich die entscheidende Bedeutung des volkswirtschaftlichen Mittels der „produktiven Kreditschöpfung“ (welches der Maastrichter Vertrag so penetrant untersagt) bei der Bekämpfung einer Depression mit hoher Massenarbeitslosigkeit?

Produktive Kreditschöpfung als Notmaßnahme gegen die Depression

Dr. Wilhelm Lautenbach

I.

Der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik sind zwei entscheidende Aufgaben gestellt, nämlich die Sicherung unserer Währung und die Verhütung noch stärkerer Arbeitslosigkeit. Beide Aufgaben sind in gewissem Sinne gegensätzlicher Natur. Denn die Rücksicht auf unsere Währung und unsere Zahlungsbilanz scheint eine vorsichtige und zurückhaltende Kreditpolitik und straffe Diskontpolitik zu erfordern. Auf der anderen Seite droht eine solche Kreditpolitik (Deflationsdruck) eine weitere Schrumpfung der Produktion herbeizuführen.

Es genügt, beide Forderungen in ihrer Gegensätzlichkeit festzustellen, um zu erkennen, daß die praktische Wirtschaftspolitik einen Mittelkurs zwischen diesen beiden Zielen einhalten muß. Um diesen Kurs festzulegen, muß man sich genau Rechenschaft, über die Gefahren und die Wirkungen einer einseitigen Politik und über den Bewegungsspielraum, der für unsere Wirtschaftspolitik heute noch gegeben ist, ablegen.

II.

Die ökonomische Ratio einer deflationistischen Kreditpolitik liegt in folgendem begründet: Ist der Kredit knapp und teuer, so werden Produzenten und Händler gezwungen, alle irgendwie verwertbaren Warenbestände abzustößen und die Lagerhaltung auf ein Minimum zu reduzieren. Hierdurch werden die Preise gesenkt, und durch die Senkung des Preisniveaus entsteht gewissermaßen ein Gefälle, das den Abfluß von Waren aus Deutschland begünstigt, den Zustrom von Waren aus dem Ausland hindert, im Gesamtergebnis also die Handelsbilanz stark aktiviert.

Diesem devisenpolitisch erfreulichen Ergebnis stehen aber schwere Nachteile gegenüber: Unter dem Druck der Kreditverknappung und dem Zwang, die Warenvorräte möglichst zu reduzieren, drosseln naturgemäß die Unternehmer die Produktion. Denn selbstverständlich wird jeder Unternehmer, der sich zur Realisierung vorhandener Warenvorräte gezwungen sieht, sich diese Aufgabe möglichst dadurch zu erleichtern suchen, daß er seine laufende Produktion entsprechend drosselt. Gesamtwirtschaftlich führt das notwendigerweise zu steigender Arbeitslosigkeit, zu neuen Gleichgewichtsstörungen und damit zu einer neuen Schwächung der Grundlagen unserer Wirtschaft.

Hierbei ist besonders zu beachten, daß in diesem Verlauf sehr erhebliche Kapitalverluste, und zwar nicht nur in privatwirtschaftlichem Sinne, sondern auch volkswirtschaftlich betrachtet, entstehen. Soweit nämlich die in Deutschland vorhandenen Warenvorräte größer sind als bei ganz rationaler Wirtschaft zur Aufrechterhaltung der laufenden Produktion im gegenwärtigen Umfang und zur Befriedigung der laufenden Nachfrage nach ihrem gegenwärtigen Stande erforderlich ist, stellen sie gewissermaßen eine latente volkswirtschaftliche Kapitalreserve dar. Eine solche Reserve ist volkswirtschaftlich wertvoll und notwendig; sie ist eigentlich wesentliche Voraussetzung für einen Konjunkturanstieg aus eigener Kraft. Verlieren wir diese reale Betriebsreserve, so wird auch die Elastizität unseres Kredit-systems noch geringer, als sie heute ist.

Was unter dem Druck einer starken Preissenkung verschleudert wird, das wird — soweit es sich um Fertigfabrikate handelt — zu einem großen Teil einfach im Inlande unter vorübergehender Steigerung der Kaufkraft des Nominaleinkommens *mehr verzehrt*. Es wird also *ungenutztes Kapital in*

Konsum verwandelt, während eine *rationelle Politik* nur darauf abgestellt sein müßte, *ungenutztes volkswirtschaftliches Kapital zu nutzen*. Die Kreditverknappung erzeugt große neue Kapitalverluste der einzelnen Unternehmungen in Handel und Industrie, macht sie leistungs- und kreditunfähig, zwingt zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen in allergrößtem Ausmaß und hat gleichzeitig eine Verschlechterung des Status der Banken zur Folge. Das wirkt selbstverständlich auf unseren überempfindlichen Auslandskredit ganz verhängnisvoll zurück... Wir haben gerade in Gestalt der ungenutzten Warenvorräte und der laufenden Produktionsüberschüsse, für die wir keine Verwendung haben, jenen realen Kapitalfonds, den man durch großzügige Kreditpolitik nutzbar machen könnte.

III.

Selbst wenn die vorstehend geschilderten Gefahren sich nicht in vollem Umfang verwirklichten, bestanden noch zwei sehr starke Bedenken gegen eine übermäßig vorsichtige Kreditpolitik, und zwar:

1. *reparationspolitisch:*

Die Aufrechterhaltung eines starken Deflationsdrucks kann ihre Wirkung auf den Außenhandel selbstverständlich nicht verfehlen. Der Aktivsaldo wird dann noch erheblich stärker werden als er im Augenblick ist. Dies ist aber reparationspolitisch betrachtet unter Umständen geradezu verhängnisvoll; denn die an der Reparatur interessierten Länder könnten diese Leistung der deutschen Wirtschaft als Kriterium seiner künftigen Reparationsleistungsfähigkeit ansehen...

2. *handelspolitisch:*

Die Forcierung unserer Ausfuhr und Einschränkung unserer Einfuhr wird unausweichlich sehr unangenehme handelspolitische Rückwirkungen haben. Die Tatsache, daß nur der vom Ausland selbst ausgeübte Druck uns zu dieser Umschaltung im Außenhandel zwingt, schützt uns selbstverständlich in keiner Weise vor Abwehrmaßnahmen (Antidumping-Politik) der gleichen Länder. Wie wenig wirtschaftliche Vernunft und Konsequenz das Verhalten ausländischer Gruppen bestimmt, zeigt am deutlichsten die Haltung der ausländischen Banken. Es kann ja nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß der Versuch und das Bestreben dieser Banken, ihre an Deutschland gegebenen Kredite möglichst bald zu liquidieren, weltwirtschaftlich betrachtet widersinnig, für die Gläubigerländer selbst schädlich ist.

IV.

Ein Ausweg aus dem geschilderten Dilemma wird sichtbar, wenn man sich auf die einzig rationelle Lösung unseres Wirtschafts- und Finanzproblems in seiner Gesamtheit besinnt. Dabei kommt man zu folgenden Ergebnissen:

Es gibt zwei Wege, um besonderen Ansprüchen und Belastungen zu genügen: entweder, man beschränkt sich in seinen eigenen Ansprüchen stärker, oder man steigert den Gesamtertrag so, daß man, ohne sich stärker einschränken zu müssen, den neuen von außen herantretenden Ansprüchen genügt.

Der natürliche Weg zur Überwindung eines wirtschaftli-

chen und finanziellen Notstandes ist in der kapitalistischen Wirtschaft nicht *Einschränkung, sondern Leistungssteigerung*. Die kapitalistische Wirtschaft hat überall und zu jeder Zeit, wo man unter dem Zwange irgendeines elementaren Notstandes, gewissermaßen ohne weiteres Besinnen, an ihre Leistungsfähigkeit appellierte, eine erstaunliche Kraft und Leistungsfähigkeit bewiesen...

Der charakteristische Unterschied zwischen dem Notstand, in dem wir uns befinden, und jenen anderen Notständen, in deren Überwindung die kapitalistische Wirtschaft sich erstaunlich bewährt hat, ist der, daß bei den letzteren ganz konkrete Produktionsaufgaben gestellt waren, während in unserer Lage schlechthin die Aufgabe gestellt ist, größere Erträge herauszuwirtschaften, ohne daß der Mehrbedarf konkret bestimmt wäre. Wir wissen nur, wir sollen und wollen mehr produzieren. Der Markt aber, der einzige Regulator in der kapitalistischen Wirtschaft, gibt offensichtlich keinerlei positive Direktiven, und so weiß kein Unternehmer, was er produzieren soll.

V.

Die Dispositionen der Unternehmer werden durch die Ertragschancen bestimmt. Man könnte daran denken, diese Chancen durch Senkung der Produktionskosten zu erhöhen, um damit die Unternehmer zur Wiederaufnahme einer größeren Produktion anzureizen. Die nähere Betrachtung zeigt jedoch, daß einer solchen Politik in der Anwendung sehr enge Grenzen gezogen sind und daß sie keinen Erfolg haben kann, wenn sie nicht durch bestimmte positive Maßnahmen ergänzt wird.

Die drei wesentlichen Kostenelemente sind Zins, öffentliche Abgaben und Löhne und Gehälter.

1. *Zinsen.*

Richtunggebend für die Zinsbelastung ist der Diskontsatz der Reichsbank. Eine merkliche weitere Herabsetzung dieses Satzes begegnet großen Schwierigkeiten und Gefahren...

2. *Öffentliche Abgaben.*

An eine Herabsetzung der Produktionssteuern könnte nur gedacht werden, wenn man entweder noch ungenutzte Einsparungsmöglichkeiten hätte oder direkte Steuern durch indirekte Steuern (Verbrauchsabgaben) ersetzen wollte, oder endlich den Steuerausfall durch verstärkte Inanspruchnahme von Kredit ausgleichen wollte. Alle Einsparungsmöglichkeiten müssen bereits beim jetzigen Besteuerungsgrad ausgeschöpft werden. Der Ersatz von direkten Steuern durch indirekte Steuern dürfte innenpolitisch auf unüberwindliche Widerstände stoßen. Die Deckung des durch Steuerherabsetzung entstehenden Defizits durch Kredite wäre zwar konjunkturpolitisch außerordentlich wirksam, würde uns aber in den Augen des Auslandes vollkommen diskreditieren und ist daher praktisch unmöglich.

3. So bleibt als einzige praktisch mögliche Kostenverminderung die Senkung der Löhne und Gehälter übrig. Was bedeutet diese konjunkturpolitisch?

- a) Im Verhältnis zum Ausland verbessert sich unsere Konkurrenzlage...
- b) Regelmäßig werden jedoch nur die Exportindustrien eine merkliche Verbesserung ihrer Lage erfahren. Für

die übrigen Industrien wird die Entlastung, die der Binnenmarkt durch Vermehrung der Ausfuhr und etwaige Verminderung der Fertigwareneinfuhr erfährt, regelmäßig dadurch überkompensiert, daß den im Augenblick der Lohnsenkung an den Markt kommenden Waren (Konsumgüter) plötzlich eine nominell verminderte Nachfrage gegenübersteht...

Daher sollte eine Politik der Lohnsenkung unter keinen Umständen isoliert betrieben werden, sondern nur im Rahmen eines Gesamtprogrammes, das die Neueinstellung einer sehr erheblichen Zahl von Arbeitern unbedingt gewährleistet. In der Verkoppelung mit einem großzügigen positiven Produktionsprogramm kann allerdings die Auflockerung und Senkung der Löhne ungemein nützlich und wirksam sein. Sie hätte dann den Sinn einer volkswirtschaftlichen Ersparnis, die für bestimmte Investitionen (Arbeitsbeschaffungsprogramm) alsbald nutzbar gemacht wird.

Für ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm stünden uns an realem Kapital diejenigen Produkte, die wir infolge von Lohnsenkungen aus der laufenden Produktion neu erübrigen, zur Verfügung und außerdem diejenigen Waren, die bereits unter den gegenwärtigen Verhältnissen überschüssig sind und keinen Absatz finden. Denn wir haben ja gerade zur Zeit den paradoxen Zustand, daß trotz außerordentlich gedrosselter Produktion laufend die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt, und daher die Tendenz zu immer weitergehender Produktionsdrosselung.

Wir haben also laufend Produktionsüberschüsse, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Eine Verwertung für diese Produktionsüberschüsse zu finden, ist die eigentliche und dringendste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und sie ist im Prinzip verhältnismäßig einfach zu lösen: Warenüberschüsse, brachliegende Produktionsanlagen und brachliegende Arbeitskräfte können zur Deckung eines neuen volkswirtschaftlichen Bedarfs verwendet werden, und zwar eines Bedarfs, der volkswirtschaftlich eine Kapitalanlage darstellt. Hierbei ist an solche Aufgaben zu denken, wie sie etwa im zweiten BRAUNS-Gutachten erwähnt sind, also öffentliche oder mit öffentlicher Unterstützung durchgeführte Arbeiten, die für die Volkswirtschaft einen Wertzuwachs im Vermögen bedeuten und bei Wiederkehr normaler Verhältnisse ohnehin ausgeführt werden müssen (Straßenbau, erwünschte Verbesserungen und Ausbau bei der Reichsbahn u.ä.).

VI.

Gegen einen solchen Vorschlag können zwei Bedenken vorgebracht werden:

- a) Bedeutet er nicht einen Rückfall in die Fehler der Vergangenheit, die zu einem Teil die Schärfe der gegenwärtigen Krise mitverschuldet haben, da ja offensichtlich die übermäßige öffentliche Betätigung in der Vergangenheit die kritische Lage der öffentlichen Finanzen heraufbeschworen und die Abhängigkeit vom Auslandskapital sehr stark vergrößert hat?
- b) Wie können, da uns langfristiges Kapital weder auf dem ausländischen noch auf dem inländischen Kapitalmarkt zur Verfügung steht, solche Projekte finanziert werden?

Hiervon ist der erste Einwand unschwer zu widerlegen: Der Fehler der öffentlichen Wirtschaft in der Vergangenheit bestand in der Hauptsache darin, daß wir in der öffentlichen Wirtschaft zuviel und im verkehrten Zeitpunkt unternommen haben. Wirtschaftlich vernünftig ist es, öffentliche Arbeiten in Zeiten guter Konjunktur zu drosseln und in Zeiten schlechter Konjunktur verstärkt vorzunehmen. Hat man sich in der Zeit guter Konjunktur übernommen, so heißt es, zu dem ersten Fehler noch einen viel schlimmeren und verhängnisvolleren hinzuzufügen, wenn man gerade in der tiefsten Depression an sich vernünftige öffentliche Arbeiten unterläßt.

Der zweite Einwand, daß langfristiges Kapital für uns weder im Inland noch im Ausland jetzt zu beschaffen ist, ist richtig. Die Konsequenz aus dieser Feststellung ist aber nicht, daß man demzufolge Arbeiten der vorgeschlagenen Art nicht ausführen könne, sondern, daß man sie zunächst kurzfristig finanzieren muß. Ist das kreditpolitisch möglich und zulässig?

VII.

Die Möglichkeit der kurzfristigen Finanzierung hängt davon ab, ob unsere Kreditwirtschaft die notwendige Liquidität besitzt, die Voraussetzung für die Gewährung zusätzlicher Kredite in größerem Umfang ist. Die Frage nach der Liquidität ist doppelsinnig und bedarf auch einer doppelten Antwort:

1. **Formale Liquiditätsbedingungen.** Die Liquidität ist zunächst formal eine technisch-organisatorische Frage: Die Banken sind dann liquide, wenn sie einen ausreichenden Rückhalt an der Reichsbank haben. Hierbei ist zu beachten, daß die tatsächliche Inanspruchnahme der Reichsbank bei etwaiger Kreditexpansion der privaten Banken immer nur einen Bruchteil der insgesamt gewährten Kredite ausmachen kann und wird.

Der Rückgriff auf die Reichsbank ist im wesentlichen abhängig von

- a) der Steigerung des Bargeldbedarfes, die im Zusammenhang mit der Krediterweiterung und Produktionsausdehnung eintritt,
- b) von einer etwaigen Steigerung des Devisenbedarfes.

Die Steigerung des Bargeldbedarfes wird im wesentlichen bestimmt durch die zusätzliche wöchentliche Lohnsumme und ihre mittlere Zirkulationsdauer. Wenn man beispielsweise öffentliche Arbeiten und ähnliche Projekte mit einem Gesamtkapitalaufwand von etwa 3 Milliarden im Laufe von 9 Monaten ausführt, so dürften hiervon insgesamt 2 Milliarden zur Zahlung zusätzlicher Löhne und Gehälter benötigt werden, also wöchentlich ungefähr 50 Millionen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde man hierbei mit einer Steigerung des Geldbedarfes um kaum mehr als 100-200 Millionen zu rechnen haben, da die Annahme einer durchschnittlichen Zirkulationsdauer von 2-4 Wochen für die wöchentlich zu zahlende Lohnsumme bereits äußerst vorsichtig ist. Tatsächlich pflegt die Steigerung des Bargeldumlaufs bei ansteigender Konjunktur weit hinter der Steigerung des Produktions- und Kreditvolumens zurückzubleiben; das bedeutet, die Produktion wächst nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig schneller als der Bargeldumlauf. Eine Steigerung der Produktion um 33% bedingt regel-

mäßig eine ganz erheblich geringere Steigerung der Bargeldmenge...

Es bedarf kaum der ausdrücklichen Feststellung, daß selbstverständlich eine Steigerung des Notenumlaufs der Reichsbank innerhalb dieser Grenzen vollkommen unbeachtlich ist. Die Reichsbank würde, wenn sich ihre endgültige Belastung tatsächlich innerhalb dieser Grenzen hielte, a priori den Banken quasi Rediskontgarantie geben können. Dabei würde es auch keine Schwierigkeiten machen, die Finanzierung der Projekte auf diskontfähige Wechsel zu basieren. Beispiel: Lieferanten und ausführende Baufirmen ziehen Wechsel entweder auf die Reichsbahn oder für deren Rechnung auf eine inländische Bank. Die Reichsbahn vereinbart ihrerseits eine Kreditfrist von 12-15 Monaten in der Weise, daß sie Dreimonatsakzente (eigene oder Bankakzente) unter Vorbehalt 4-5maliger Erneuerung (Prolongation) gibt. Innerhalb dieser Gesamtlaufzeit wird die Reichsbahn oder das Reich durch Emission mittelfristiger Schatzanweisungen den kurzfristigen Kredit abdecken.

2. Materielle Liquiditätsbedingungen. Die materielle volkswirtschaftliche Voraussetzung dafür, daß unsere Kreditwirtschaft die erforderlichen Kredite aus eigener Kraft gewähren kann, ist dann gegeben und nur dann gegeben, wenn die Sicherheit besteht, daß die Kreditexpansion nicht alsbald zu einer merklichen Verschlechterung der Devisenbilanz führt. Eine solche Verschlechterung der Devisenbilanz würde zeigen, daß wir uns in unserer inneren Kreditwirtschaft übernommen hätten, daß wir die Projekte nicht mit Eigenkredit, sondern nur mit ausländischem Kredit unter Inanspruchnahme realen Auslandskapitals durchführen könnten. In dieser Frage liegen die eigentlichen Schwierigkeiten des Problems. Da unser Auslandskredit bereits aufs äußerste gefährdet ist, können wir es nicht riskieren, gewissermaßen experimentell festzustellen, ob die skizzierte Investitions- und Kreditpolitik im Rahmen unserer eigenen Möglichkeiten liegt. Wir müssen schon vorher dessen gewiß sein. Mit anderen Worten: Wir müssen uns fragen, ob und unter welchen Voraussetzungen bei einer solchen Investitions- und Kreditpolitik inflationistische Wirkungen verhütet werden können...

VIII.

Die vorgeschlagene Politik läßt sich nur verantworten, wenn bestimmte vorbeugende und ausgleichende Maßnahmen getroffen werden, um bedenkliche währungs- und wirtschaftspolitische Folgen zu verhindern. Unsere positiven Maßnahmen, die Preisauftriebstendenzen auslösen, müssen wir mit negativen koppeln, die preissenkend wirken, und zwar

a) *unmittelbar*: Auflockerung der Kartelle und planmäßige und energische Senkung der monopolistisch gebundenen Preise durch direkten Staatseingriff, damit wir wieder zu vernünftigen Preisrelationen kommen, die Vorbedingung für eine wirkliche Gesundung und Erreichung des natürlichen Gleichgewichts in der Wirtschaft sind;

b) *mittelbar*: durch Kostensenkung im Wege der Auflockerung der Löhne. Diese Kostensenkung stellt infolge der Konkurrenz der Unternehmer auf dem niedrigeren Kostenniveau und wegen der oben bereits erörterten Veränderungen in der Konsumgüternachfrage einen Faktor dar, der für

sich allein genommen die Tendenz weiterer Preissenkung fördern würde.

Bei richtiger Dosierung der positiven und der negativen Maßnahmen würde es möglich sein, die Konjunktur bei noch weichenden Preisen zu beleben...

Wir können und dürfen es nicht bei dem bloß passiven Verhalten der Konsumeinschränkung bewenden lassen, sondern müssen sie als Mittel zur Produktionssteigerung verwenden. Hierbei ist entscheidend, daß Sparen und produktive Nutzung des Ersparten vollkommen Hand in Hand gehen. Das positive Handeln, Investitionen und Kreditbereitstellung, ist hierbei in jeder Beziehung das Primäre, die Sparmaßnahmen lediglich etwas Subsidiäres, gewissermaßen nur eine Versicherung gegen Überspannung oder Übertreibung, zugleich eine Versicherung gegen unliebsame psychologische Reaktionen, ein Palliativ gegen die törichte Inflationspsychose, an der die ganze Welt krank.

Hierbei ist immer wieder folgendes zu unterstreichen und zu betonen: Die Tatsache, daß wir zur Zeit einen außerordentlich starken Überschuß im Außenhandel haben, der — wenn er auch nur in dieser Stärke anhält — ausreicht, um pro Jahr etwa 1 1/2 Milliarden Kredite an das Ausland zurückzuzahlen, und daß auf der anderen Seite immer noch Absatzschwierigkeiten auf der ganzen Linie unserer Produktion bestehen, daß also noch laufend unverwertbare Produktionsüberschüsse vorhanden sind, trotz jenes hohen Überschusses im Außenhandel und trotz stark gedrosselter Produktion, zeigt, daß wir einen sehr starken unausgenützten Produktionsspielraum haben.

Es ist durchaus rationell und wirtschaftlich vollkommen unbedenklich, diese bisher ungenutzten Produktionsüberschüsse dadurch zu verwerten, daß man sie im Wege des Kredits für die Ausführung von volkswirtschaftlich vernünftigen und notwendigen Aufgaben bereitstellt. Durch eine solche Investitions- und Kreditpolitik wird gerade das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt beseitigt und damit der Gesamtproduktion wieder Richtung und Ziel gegeben.

Unterlassen wir eine solche positive Politik, so steuern wir unvermeidlich in einen weiteren wirtschaftlichen Verfall und vollkommene Zerrüttung unserer Staatswirtschaft hinein, in einen Zustand, der dann, um eine innerpolitische Katastrophe zu vermeiden, eine starke neue kurzfristige öffentliche Verschuldung zu rein konsumtiven Zwecken erzwingt, während wir es heute noch in der Hand haben, durch Inanspruchnahme dieses Kredits für produktive Aufgaben zugleich unsere Wirtschaft und unsere öffentlichen Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

IX.

Es sind nun noch zwei Fragen von schlechthin entscheidender Bedeutung offen:

1. Besteht ein Inflationsrisiko, wenn die Fundierung der kurzfristigen Finanzierungskredite nicht frühzeitig vorgenommen wird?
2. Besteht die Gewißheit oder wenigstens eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit dafür, daß in absehbarer Zeit die Fundierung möglich ist?

Zu 1.: Folgende Faktoren bestimmen den Wirkungsgrad der Kredite:

- a) Größe der vorhandenen Warenvorräte und der schon

beim gegenwärtigen Stand der Produktions- und Absatzverhältnisse sich ergebenden und zur Zeit nicht verwertbaren Produktionsüberschüsse;

- b) der durch Senkung von Löhnen und Gehältern erzielten Produktionsüberschüsse (zusätzliche volkswirtschaftliche Ersparnis);
- c) Ausmaß und Tempo der Kreditausweitung;
- d) Ausmaß und Tempo der Produktionsausweitung;
- e) Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, sowohl des Bargeldes wie des Buchgeldes (Scheckguthaben).

Würde im Verfolg der vorgeschlagenen Aktion das Lohn- und Gehaltsniveau durchschnittlich etwa um 5% gesenkt werden, so bedeutete das in einem halben Jahr eine Nachfrageeinschränkung von etwa 1/2 Milliarde. Es bedürfte daher der Neueinstellung von etwa 500 000 Arbeitern mit einem Durchschnittsjahreslohn von 2 000 RM, lediglich um diese Konsumeinschränkung zu kompensieren.

Angenommen, die Reichsbahn führe im Laufe eines halben Jahres ein zusätzliches Bau- und Beschaffungsprogramm im Ausmaße von 1 200 Millionen RM aus und es würden außerdem im Laufe eines halben Jahres 300 Millionen RM zusätzlich für Straßenbau aufgewendet, so ergäbe sich folgendes Bild: Beim Straßenbau dürften, wenn man die Arbeiten in Steinbrüchen, Kiesgruben usw. mitberücksichtigt, nicht aber die weiteren Vor- und Ergänzungsproduktionen, wie etwa Teer, Kohle usw., 60% der Bausumme auf Lohngehälter entfallen, also etwa 180 Millionen RM. Bei der Eisenbahn würde für Arbeiten, die der Verbesserung des Oberbaus, Brücken usw. dienen, unmittelbar an der Arbeitsstätte schätzungsweise 1/3 der aufgewendeten Summe für Löhne erforderlich sein. Zusätzliche Löhne für die Bereitstellung der verwendeten Materialien (Träger, Schienen, Schwellen, Steine usw.) wären nur in dem Maße, als diese Materialien nicht aus vorhandenen überschüssigen Lägern geliefert werden könnten, erforderlich. Es soll zunächst unterstellt werden, daß beim Eisenbahnbau sämtliche Materialien aus vorhandenen überschüssigen Lägern lieferbar sind. Daraus ergibt sich folgendes:

Zusätzliche Lohnsumme beim Straßenbau	180 Millionen RM
beim Eisenbahnbau	400 Millionen RM
Zusammen	580 Millionen RM.

Die Gesamtlohnsumme in der Wirtschaft würde, auf das Halbjahr berechnet, mithin gegenüber dem bisherigen Stand sich nur um 80 Millionen erhöhen. Auf dem Markt der Bedarfsgüter träten also nur bedeutungslose Verschiebungen ein.

Nun erschöpft sich jedoch hierin die Wirkung der Aktion nicht. Vielmehr sind nun die Veränderungen, die in der Rentabilität der Unternehmungen und in der Kreditsphäre vor sich gehen, zu verfolgen. Von der Gesamtbausumme von 1 500 Mill. RM dienen die nicht für Lohngehälter in Anspruch genommenen Beträge, also 920 Mill. RM, zur Bezahlung bereits vorhandener Materialien und zum Ausgleich sonstiger Kosten (Steuern und Abgaben, Transporte, Verschleiß von Maschinen und Geräten bei der Bauausführung, Unternehmergewinn und Kosten). Angenommen, es entfielen hiervon auf die sonstigen Kosten im vorbezeichneten Sinne insgesamt 400 Mill. RM und auf die verbrauchten, vorhandenen Lägern entnommenen Materiali-

en einschließlich Betriebsstoffe usw., 520 Mill. RM. Den Gegenwert der Materialien erhalten die Lieferanten nach Diskontierung der Akzente des Auftraggebers auf ihrem Bankkonto gutgeschrieben. Regelmäßig werden dadurch nur ihre Bankschulden etwas vermindert werden, nur in verhältnismäßig seltenen Fällen werden sie ein Bankguthaben bekommen.

Durch Realisierung von vorhandenen Vorräten werden also regelmäßig bisher als eingefroren zu betrachtende Bankschulden aufgetaut, so daß durch die neuen Finanzierungskredite insoweit nicht die Summe der illiquiden Bankanlagen erhöht, sondern nur verlagert worden ist...

Hinsichtlich der gezahlten Löhne gilt unter der hier angenommenen Bedingung, daß die Gesamtlohnsumme in der Wirtschaft nur unerheblich gesteigert wird, dasselbe. Die Mehrausgabe von Geld wird wettgemacht durch Wenigerausgabe an Lohngehaltern der übrigen Wirtschaft. Gleichzeitig wird bei allen Unternehmungen, insoweit sie nicht bei den öffentlichen Arbeiten beteiligt waren, infolge der Produktionskostensenkung bei nach Menge und Preis gleichbleibendem Absatz und gleichbleibender Produktion der Erlös gesteigert und der Betriebskapitalbedarf entsprechend reduziert. Die Rentabilität in der gesamten Industrie hätte sich etwas gebessert, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage wäre aber noch immer nicht hergestellt. Dies Verhältnis würde sich erst dann und in dem Maße schrittweise bessern, wenn die Industrien, die durch die Lieferung der Materialien für die öffentlichen Arbeiten besonders begünstigt waren, ihre Lager stark räumen könnten und sich hierdurch veranlaßt sähen, wieder mehr zu produzieren als bisher.

Die Voraussetzung dafür wird aber sein, daß sie dann von ihren Banken wieder neuen Kredit bekommen. Dann wiederholt sich in allerdings erheblich verkleinertem Maße, aber nunmehr mit verhältnismäßig stärkerer Wirkung der vorher geschilderte Prozeß: neuer Kredit, Neueinstellung von Arbeitern, vermehrte Nachfrage, nunmehr ohne Einschränkung an anderer Stelle. Damit Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, bisher nicht absetzbare Ware findet Absatz. Hiermit setzt also die eigentliche, die Gesamtproduktion belebende Bewegung ein...

Wohl aber besteht, wenn eine solche Bewegung einmal deutlich eingesetzt hat, die Möglichkeit, daß ins Ausland geflüchtetes deutsches Kapital zurückkommt, um an den deutschen Börsen „einzusteigen“.

Zu 2.: ... Es ist eine durch lange Erfahrung und durch die Kredittheorie gleichzeitig bestätigte Regel, daß der Effektenmarkt sehr viel schneller und energischer auf Kreditausdehnung reagiert als der Warenmarkt. Unter allen Umständen überträgt sich eine leichte Auftriebstendenz auf dem Warenmarkt mit absoluter Sicherheit auf den Effektenmarkt, führt hier zu erheblich stärkeren Ausschlägen. Von allen anderen Momenten abgesehen trägt hierzu besonders die Tatsache bei, daß bei steigender Produktion die Bildung von Sparkapital gleich außerordentlich schnell und stark wächst.

Das Gesamtergebnis der angestellten kredittheoretischen Überlegungen läßt sich in den Satz zusammenfassen, daß eine Kreditexpansion in Verbindung mit großzügigen Investitionen nicht zu einer weiteren Illiquidisierung, sondern vielmehr zur Liquidisierung und Konsolidierung unsere Kreditwirtschaft beiträgt.

Ein neues Währungssystem

Lyndon H. LaRouche

Es gibt mehrere Wege, auf denen die OECD-Staaten umgehend ein neues Weltwährungssystem zur Beendigung der Wirtschaftsdepression einführen könnten. Jedoch stimmen sämtliche Alternativen, die funktionieren können, in den Grundsätzen mit der folgenden Darstellung überein. Im Prinzip andersartige Maßnahmen wären — ohne das genannte Rechtsprinzip zu verletzen — keine Erfolge beschieden.

Als erster Schritt wäre ein vertragliches Abkommen zwischen dem Präsidenten der USA und den Staaten des Europäischen Währungssystems optimal. Diese Vereinbarung würde den Preis für Währungsgold festsetzen, derart, daß er dem Kaufpreis für neu hergestelltes Währungsgold unter Berücksichtigung einer bestimmten Gewinnspanne für die Golderzeuger entspricht. Wahrscheinlich würde der Preis in ECUs nach deren Wert zur Zeit des Abkommens angegeben. Die USA würden ihre Währungsgoldbestände, die größten aller Staaten überhaupt, als Sicherheit hinterlegen und auf diese Weise Teilhaberschaft an einem *neuen internationalen Rediskontinstitut mit Goldreserve* erwerben, das auf Grundlage der durchgeführten „Phase II“ des Europäischen Währungssystems aufgebaut wird.

Die erste Maßnahme des neuen Rediskontinstituts wäre in der Hauptsache eine interne Transaktion zwischen den an der neuen Währungsallianz beteiligten Finanzministerien, Zentralbanken und Privatbanken.

Das neue Institut würde eine Serie langfristiger Obligationen auflegen, die in ECUs mit einem bestimmten Goldgehalt ausgewiesen sind und zwischen 2% und 3% Zinsen tragen, was unter solchen Umständen sehr konkurrenzfähig ist. Diese Obligationen würden überschüssige Beträge in Dollar und ausgewählten anderen Währungen aufsaugen. Die Obligationen können von Finanzministerien, Zentralbanken, Privatbanken und bestimmten anderen Einrichtungen, die in Frage kommen, erworben werden und sind bei der neuen Rediskonteinrichtung diskontfähig, um Geld für bewilligte Kategorien von Warenkrediten zu erhalten.

Der nächste Vorbereitungsschritt umfaßt entsprechende Maßnahmen der verschuldeten Länder der Dritten Welt. (Im Augenblick sehen wir von den ärmsten Entwicklungsländern, den sog. LDCs, ab, denn diese bilden eine Kategorie für sich). Diese Staaten würden ebenfalls eine Serie langfristiger Gold-ECU-Obligationen mit einem bestimmten Nennertrag auflegen, deren Coupons, falls zweckmäßig, erst nach einer gewissen Frist fällig werden. Sie sind unter den gleichen Voraussetzungen wie die regulären Obligationen bei der neuen Rediskonteinrichtung diskontfähig.

Mit diesen Wertpapieren würden die Außenstände der an der neuen Währungsallianz beteiligten Geldinstitute aufgekauft.

Wo es derartige geeignete Einrichtungen noch nicht gibt, werden sich die betreffenden Länder der Dritten Welt für die Teilnahme an dem Umschuldungsverfahren qualifizie-

ren, wenn sie eine geeignete „Nationale Entwicklungsbank“ gründen oder sich an einer „Regionalen Entwicklungsbank“ beteiligen, deren Dienste einer Staatengruppe zur Verfügung stehen. Diese Banken werden die Obligationen auflegen, und die Finanzministerien der betreffenden Staaten übernehmen ihre Garantie. Die Einhaltung der Regel, daß nur neue Warenkredite vergeben werden dürfen, ist hier entscheidend. Deshalb müssen sich die neuzugründenden Bankinstitute vertraglich an die Grundsätze der Kreditvergabe binden, die das neue internationale Rediskontinstitut beschlossen hat.

Es ist zulässig, die Altverschuldung durch die Erstaufgabe der neuen Obligationen zu konsolidieren. Doch hinsichtlich der Neuverschuldung durch weitere Auflagen der Obligationen muß man sich strikt an die Regeln der Warenkreditvergabe halten, die das neue Währungssystem beschlossen hat.

Das Ziel ist, eine Grundlage für die Vergabe neuer Warenkredite im Gegenwert von jährlich 200 bis 400 Mrd. Dollar zu schaffen. Die Vergabe soll an die folgenden Bedingungen geknüpft sein. 1. Mittel- bis langfristige Kredite für produktive Investitionen in der Industrie und Landwirtschaft, deren Rentabilität feststeht, sowie Investitionen für Energieerzeugung, aber ausschließlich mit technisch hochstehenden Verfahren, Wasserversorgung und Verkehrssysteme in Entwicklungsländern. 2. Baukredite und Warenhandelskredite im Rahmen bewilligter Entwicklungsinvestitionen der kreditnehmenden Entwicklungsländer. 3. Kredit für die Betriebskosten und zur Erweiterung der Produktionskapazität für Unternehmen der OECD-Staaten gegen Lieferung von Sachgütern für bewilligte Entwicklungsprojekte der Entwicklungsländer. 4. Abwägung der Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit der Endkreditnehmer in den Entwicklungs- bzw. OECD-Ländern.

Die Kreditkosten bei dem Rediskontinstitut liegen voraussichtlich zwischen 4% und 6% Zinsen, berechnet in Gold-ECUs. Im allgemeinen soll dieser Kredit nur einen Teil einer gesamten Anleihe ausmachen; der Rest soll als Privatbankkredit, staatlicher Kredit u.ä. bereitgestellt werden.

HERVORSTECHENDE TECHNISCHE EINWÄNDE GEGEN DERARTIGE MASSNAHMEN

Die einzig haltbaren Einwände gegen diese Maßnahmen aus den Reihen sachkundiger Bankiers und entsprechender Gruppen wären Einwände *ideologischer* Art. Man würde viel Aufhebens darüber machen, daß die derzeitige Rolle des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der privaten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel untergraben werde. In Anbetracht dessen, daß die Missionierungsarbeit der Monetaristen von der Mont-Pèlerin-Gesellschaft in der Bankwelt Erfolge vorzuweisen hat, wäre auch mit lautstarken Einwänden gegen den „dirigistischen

Charakter“ der vorgeschlagenen neuen Kreditregelung zu rechnen.

Technisch wäre es durchaus möglich, zumindest rein abstrakt betrachtet, die Statuten des Internationalen Währungsfonds dahingehend zu revidieren, daß man den IWF selbst zu der erforderlichen neuen internationalen Rediskontenrichtung mit Goldreserve macht. Im Prinzip habe ich nichts dagegen, wenn es sich tatsächlich machen ließe. Ich gebe weiterhin zu, daß dieses Vorgehen scheinbar den Vorteil besitzt, einen Weg des geringsten Widerstandes zur Währungsreform anzubieten. Von meinen französischen Freunden scheinen zur Zeit einige dieser Ansicht zuzuneigen. Ich gebe zu, es ist wünschenswert, die Möglichkeit zur Reform der etablierten Institutionen zu erkunden, denn falls das machbar wäre, ließen sich die Erschüt-

terungen dieser Institutionen und der Widerstand gegen die Änderung verringern und das Vorhaben mit einem Minimum an Turbulenzen durchführen.

Nach reiflicher Überlegung bin ich aber zu der Ansicht gelangt, daß die Bürokratie des IWF, der Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich so sehr an die alten Methoden gewöhnt ist, daß es besser ist, mit einem neuen Institut ganz neu anzufangen, als zu versuchen, die eingefahrene Bürokratie zu verändern.

Falls es einen Kompromiß zwischen diesen beiden Möglichkeiten gibt, bin ich der Ansicht, daß er im Anknüpfen einer Geschäftsbeziehung zwischen einem reformierten IWF und dem völlig neuen internationalen Rediskontinstitut zu suchen ist.

Die Kreditschöpfung

Es gibt ganz allgemein zwei alternative Methoden für umfangreiche zusätzliche "Kreditneuschöpfung". Einen Mechanismus hat J.M. Keynes vorgestellt — durch ein zentralisiertes privates Banksystem. Die bessere Methode, die einmal als das Amerikanische System bekannt war, stützt sich bei der Geldneuschöpfung auf die Ausgabe von Schatzanweisungen oder Nationalbanknoten.

In dem bestehenden institutionellen Rahmen wird man sich zur Kreditschöpfung für den weltweiten Bedarf wohl einer Kombination beider Methoden bedienen.

Die Kreditneuschöpfung in Form von Schatzbriefen, die die Nationalbank herausgibt, wird heute wohl am wenigsten verstanden. Wenn wir diese Methode erläutert haben, entsteht die Grundlage, um die Frage der privaten Kreditschöpfung einer Analyse zu unterziehen.

Die automatische Reaktion auf die Ankündigung, daß der Autor die Ausgabe neuer US-Schatzbriefe als Mittel der Krediterweiterung fordert, ist gewöhnlich ein Schrei des Entsetzens! Der Zuhörer ruft aus: "Aber das ist doch inflationär!"

Die Aufregung legt sich zumindest etwas, wenn der Autor dann erklärt: Diese neuen Briefe sollen nicht auf laufende Bundesschulden, sondern als Kapitalkonto ausgegeben werden. Die neuen Schatzbriefe sollen über Kanäle der Nationalbank in die Zirkulation gelangen, beispielsweise durch Beteiligung an Anleihen für reale Güterproduktion und produktive Kapitalanleihen, die über den örtlichen Privatbankier zum Endkreditnehmer gelangen.

Die Menge der Kreditneuschöpfung, die durch solche Kanäle in Zirkulation gelangt, unterliegt folgenden prinzipiellen Überlegungen. Sie begrenzt sich durch die Kreditnachfrage für neue Produktionskapazitäten, technologische Verbesserungen und Aufstockung des Betriebskapitals sowie durch das Bedürfnis nach solchen Krediteinsätzen bei kreditwürdigen Entleihern. Jede Zunahme der Neukreditschöpfung durch solche Kanäle ergänzt das Kapital der Privatbanken, die ebenfalls an der Anleihe partizipieren. Neukredit gelangt also nicht in Zirkulation, ausgenommen es entsteht neu produzierter realer Reichtum, der die Sicherheit für diese Kreditausgabe bietet. Dies sind die unmittelbaren Regulatoren für die Menge des so ausgegebenen Kredits; die Deckung des ausgegebenen Kredits durch den realen Reich-

tum, der in den Händen kreditwürdiger Unternehmer entsteht, ist hierbei die doppelte, grundlegende Überlegung.

Deshalb kann eine solche Zirkulationsweise zusätzlicher Neukredite gar nicht inflationär sein. Ganz im Gegenteil, wenn dies in einem Klima der Förderung von wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt stattfindet, *regt eine solche Kreditausweitung entsprechende Steigerungen der nationalen Produktivität an und ist deshalb deflationär.*

Nach Erläuterung dieses Punktes können wir jetzt zu der nächsten Frage übergehen, die unter diese Überschrift fällt.

Warum sollte es überhaupt Kreditneuschöpfung geben? Könnten wir beispielsweise nicht einfach den Sparsatz soweit anheben, daß die Nachfrage nach Investitionen und Leihkapital gedeckt werden kann? Die Antwort auf diesen letzten Vorschlag lautet eindeutig "Nein". Unter keinen Umständen könnten Sparrücklagen aus laufendem Einkommen so vermehrt werden, daß sie diese Funktion *auf vertretbare Weise erfüllen.*

Laufendes Einkommen ist definiert als die Summe laufender Zahlungen für direkte Produktionskosten und für Verwaltungs-, Dienstleistungs- und andere nichtproduktive "Gemeinkosten". Solange die Wirtschaft nicht in der Verlustzone operiert oder einfach stagniert, darf die Summe der "Gemeinkosten" nicht größer sein als der Gesamtprofit aus der gesellschaftlichen Produktion realer nützlicher Güter. Es muß daher einen gewissen Kreditspielraum geben, der das laufende Einkommen übersteigt, ein Spielraum, den einige britisch beeinflusste Linke als Beweis für "Überproduktionstendenzen" in der kapitalistischen Wirtschaft anführen.

Es ist in der Tat wünschenswert, daß dieser Mehrertrag über das laufende bezahlte Einkommen möglichst groß ist. *Diese Spanne ist der Nettoprofit der Wirtschaft, die Spanne, die bestimmt, wie groß die technologische Ausweitung sein kann.* Die Realisierung dieser Nettoprofitspanne bestimmt in erster Linie die Fähigkeit der Wirtschaft, entropische Stagnations- und Verfallstendenzen zu überwinden, und in zweiter Linie die Rate möglicher Entwicklung.

Eine gesunde Wirtschaft braucht also neu geschöpften Kredit als Äquivalent für diese Spanne produzierten Reichtums, der die ausgezahlten laufenden Einkommen übersteigt.

Man würde natürlich nichts Gutes erreichen, wenn diese zusätzlichen Kreditmargen nicht effektiv für die Realisierung von Kapitalverbesserungen als Produktionskapital verwendet wird. Es ist möglich, viel größere Mengen Neukredit zu erzeugen, doch wenn dieser Neukredit nicht richtig angelegt oder anderweitig als laufendes Einkommen ausgegeben wird, entsteht ein gegenproduktives, inflationäres Ergebnis.

Am wirksamsten kann man dieses Problem lösen, indem man alle Neukreditschöpfung einzig als Schatzbriefe auf ein Kapitalkonto durch ein Zentralbanksystem schleust oder einem zentralisierten privaten Banksystem eine ähnliche Disziplin auferlegt.

Regierungsneukredite sollten — ausgenommen in Zeiten des nationalen Notstands wie Krieg — *nur in Form von Schatzscheinen für Kapitalkonten* entweder in wirtschaftliche Regierungsunternehmen (Reichtum schaffende Staatsinvestitionen) oder über Privatbanken als Beteiligungskredite an mittel- bis langfristigen Leihkapital für Investitionen in reale Produktion und Betriebskapital oder für Exportkredite ausgegeben werden.

Im Banksystem allgemein erreicht man den gewünschten Dirigismus, indem man ein zweigleisiges Kreditsystem einrichtet. Leistungsstarke Entleiher von mittel- bis langfristigen Kapital für Produktionsinvestitionen und Betriebskapital sollten mit nur geringen Leihkosten belastet werden. Kredite, insbesondere für gesicherte Vermögenswerte in nichtproduktiven Bereichen, sollten nur mit entschieden höheren Leihkosten vergeben werden, wobei unerwünscht große Aufkäufe "weicher" Konsumgüter ausgeschlossen sein sollen.

Zusätzlich bedeuten Steigerungen der staatlichen Kreditneuschöpfung auf Kapitalkonten, daß die Reservesätze für das private Banksystem generell höher als in den letzten Jahrzehnten sein sollten. Dies ist möglich und wünschenswert, vorausgesetzt, die Regierung stellt genügend Neukredit als Beteiligungskredit zur Verfügung. Eine Kreditausweitung ist deshalb an sich nicht inflationär, und ein richtig gelenkter Fluß von Regierungsneukredit in Form von Schatzscheinen, die als Kapitalkonto zirkuliert werden, trägt sogar das relativ geringste Risiko, in Kanäle umgeleitet zu werden, die in der Tat inflationär sind.

Damit wird noch einmal betont, daß die Vorstellungen von Professor Milton Friedman über Geldprozesse von Grund auf inkompetent sind.

DIE WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE FÜR KREDITAUSWEITUNG

Wir werden jetzt die unbegründeten *wirtschaftlichen* Einwände untersuchen, warum Kreditausweitung nicht möglich sein soll. Dabei wollen wir zunächst eine irreführende, aber leider sehr verbreitete Vorstellung ansprechen.

Bei diesem gängigen, naiven Argument gegen die Kreditausweitung geht der Uninformierte davon aus, daß der Haushalt einer Volkswirtschaft genauso analysiert werden könne, wie dies auch die Hausfrau bei der Einteilung ihres relativ fixen Haushaltsgeldes durchführt. Im Verlauf des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes mußte der Autor erstaunt wahrnehmen, in wie weiten Kreisen dieser Trugschluß akzeptiert wird.

Entscheidend ist, daß die Hausfrau bei der Aufstellung

ihres Ausgabenplanes von einem relativ fixen monatlichen Einkommen der Familie auszugehen hat. Der Staatshaushalt muß indes so angelegt sein, daß das Nationaleinkommen rasch ansteigen kann.

Wenn der Staatshaushalt (ähnlich stellt sich das Problem im Bereich der Zentralbank) den Prinzipien eines relativ fixen Nationaleinkommens unterworfen wird, muß das Ergebnis mehr oder weniger verheerend sein. Im schlimmsten Fall droht bei einer solchen nominalistischen Begriffsverwirrung über die Bedeutung des Wortes "Haushalt" in zwei inhaltlich verschiedenen Zusammenhängen ein schneller Wirtschaftskollaps. Zumindest aber bewirkt eine solche Vergewaltigung der Begriffe, daß sich in politisch einflußreichen Kreisen eine Tendenz zu wirtschaftlicher Stagnation einschleicht, woraus sich die Vorbedingungen für einen wahrscheinlichen, späteren Wirtschaftskollaps ergeben.

Wie bereits im Vorwort dieser Schrift erwähnt, ist eine reale Wirtschaft immer das Endergebnis aus dem Streit zweier gegenläufiger Tendenzen. Die eine ist, wie beschrieben, *entwicklungsorientiert*, die ihr entgegenstehende könnte man wie oben beschrieben *devolutionär* oder *entropisch* nennen.

Wenn wir eine Volkswirtschaft kompetent analysieren wollen, behandeln wir die Wirtschaft so, als wenn sie in ihrer Gesamtheit einem einzelnen agro-industriellen Betrieb entspräche. Wir prüfen die Geschäftsbücher dieses "Betriebes", indem wir eine genaue Unterscheidung zwischen nützlichen, materiellen Gütern und Gemeinkosten für Verwaltung, Dienstleistungen usw. treffen, in der Weise, wie es in einem früheren Kapitel dieses Berichtes dargestellt wurde.

Alles *reale* Volkseinkommen beschränkt sich definitionsgemäß auf nützliche, materielle Güter aus Landwirtschaft und Industrie.

Die verschiedenen Kosten für Verwaltung, Dienstleistungen, Militär u.ä. staatliche Gemeinkosten, wie z.B. die Arbeitslosenunterstützung, gehören zu den Gesamtkosten dieses "Betriebes", die aus dem Gesamtprofit bezahlt werden müssen, der einzig aus der Produktion nützlicher materieller Güter stammt.

Wenn nach Abzug der Gemeinkosten plus Schuldendienst ein Nettoprofit verbleibt, dann kann der "Betrieb" überleben. Sein längerfristiges Überleben hängt jedoch davon ab, ob eine hinlängliche Nettoprofitrate zur Anschaffung technologisch fortgeschrittener, kapitalintensiverer Produktionsanlagen investiert wird.

Nur wenn dieser Bedingung genügt wird, kann die Entwicklungsorientierung über devolutionäre Tendenzen obsiegen.

Wir räumen ein und betonen sogar, daß das gleiche Prinzip auch dem Wirtschaftsplan einer Hausfrau zugrundeliegt. Wenn der kulturelle Lebensstil eines Haushalts sich nicht verbessert, wird er bald absolut oder relativ technologisch-kulturell veralten. *Über kurze Zeitspannen* jedoch ist diese grundlegende, längerfristige Überlegung empirisch nicht signifikant. Die Hausfrau führt ihren Haushalt also durchaus zutreffend so, als wenn es diese Grundüberlegung gar nicht gäbe. Ihre Methode ist lediglich linear.

Wie schon an anderer Stelle dieses Berichts dargestellt, kann die erforderliche Kreditspanne (Verbraucherkredit), um den dem Nettoprofit entsprechenden Anteil des Out-

puts in Zirkulation zu bringen, nicht vollständig aus dem Anteil des Geldumlaufs gezogen werden, der aus den Zahlungen für Produktionsinvestitionen und Gemeinkosten der Produktion stammt. Dem gewöhnlichen Kredit (Ersparnisse) muß eine weitere Kreditspanne hinzugefügt werden, wenn der Produktionsüberschuß, der dem Nettobetriebskapital entspricht, reinvestiert werden soll (Investitionskredit).

Damit schält sich die wirtschaftliche Seite jener Frage heraus, auf die wir uns hier konzentrieren: *Kreditausweitung*.

Sobald wir erkennen, daß Kreditausweitung unabdingbar ist, engt sich das Problem durch Definition ein. Dann versetzen wir uns jetzt in die Lage eines Bankiers: *Woher nehmen wir die Sicherheit, daß mit der Kreditausweitung eine größere Steigerung des bisher unbelasteten Nettoprofits angeregt wird als der Betrag der zusätzlichen Schuldendienste, die aus dieser Kreditausweitung erwachsen?*

Wenn die Kreditausweitung für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in Spielkasinos, Drogenhandel, Prostitution, Sozialarbeit, nichtproduktive Arbeitsbeschaffung durch Regierungsbehörden usw. eingesetzt wird, wirkt sie natürlich automatisch rein inflationär. Wird die Kreditausweitung zur Ausdehnung staatlicher und privater Verwaltungsbürokratien eingesetzt, ohne daß zugleich der produktive Output entsprechend gesteigert wird, dann ist diese Art der Verwendung ebenfalls von vornherein inflationär.

Wenn die Investitionsspanne, die notwendig ist, um der Entwicklungsorientierung vor devolutionären Tendenzen den Vorrang zu verschaffen, nicht für technologisch progressive, kapitalintensivere Produktionsformen nützlichen, materiellen Outputs verwendet wird, werden die devolutionären Tendenzen vorherrschen. Schlimmer noch: Die Folge solcher Fehlzusweisungen der Kreditausweitung ist, daß der Anteil der kumulativen Schulden gegenüber dem realen Pro-Kopf-Output des "Staatsbetriebs" als ganzem steigt. In der Folge müssen die Schuldendienstverpflichtungen steigen. Diese Spirale wird sich tendenziell solange fortsetzen, bis der Punkt erreicht ist, an dem diese angehäuften Schuldendienstverpflichtungen das Nettobetriebseinkommen übersteigen. Das ist die normale Ursache für den Konjunkturzyklus, der entscheidende Faktor für den Ausbruch einer Reihe aufeinanderfolgender Währungskrisen und letztlich des Ausbruchs von Wirtschaftsdepressionen.

Aus solchen allgemeinen Überlegungen heraus sind wir verpflichtet, eine dirigistische Kreditpolitik zu betreiben. Wir müssen mit Nachdruck darauf bestehen, daß die Kreditausweitung in technologisch progressive, allgemein kapitalintensivere Fertigungsweisen produktiven, nützlichen Reichtums geschleust wird. Andersherum kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß *grundsätzlich alle Störungen des Konjunkturzyklus, insbesondere Preisspiralen und wirtschaftliche Tiefs die direkte Folge davon sind, daß geeignete dirigistische Prinzipien der nationalen Kredit- und Steuerpolitik vernachlässigt werden.*

Unser Vorsatz, eine Warenbindung bei Kapitalfonds zur Kreditausweitung durchzusetzen, wird nur von folgender Überlegung eingeschränkt:

Als wir Verwaltung und Dienstleistungen als "nichtproduktiv" einstufen, wiesen wir darauf hin, daß bestimmte Aspekte der Verwaltung und Dienstleistungen wie Wissenschaft, technische Forschung und Schulausbildung direkt

und ursächlich positiv wirken, um die Negentropie der Produktionsweise und potentiellen Produktivität der Arbeiterschaft zu erhöhen. Der Nutzen solcher Art von Dienstleistungen und der organisatorischen Funktionen der Verwaltung *drückt sich nicht als eigenständiger wirtschaftlicher Output der Ökonomie aus*. Ihr wahrer Beitrag liegt völlig in der Erhaltung und Verbesserung der potentiellen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die tatsächliche volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit drückt sich ausschließlich in nützlichem, materiellem Output für jenen Kapital- oder privaten Konsum aus, der auf wirtschaftlich regenerative Weise erfolgt.

Sofern eine Gesellschaft in ihrer Technologie (Produktivität) qualitativ fortschreitet, nimmt ihre Abhängigkeit von bestimmten Verwaltungsfunktionen und produktivitätssteigernden Dienstleistungen zu. Die notwendige Steigerung der Zahl beschäftigter Wissenschaftler und Ingenieure pro zehntausend Industriearbeiter ist beispielhaft für diese Beziehung.

Wenn $(C + V)$ die kombinierten Material- und Arbeitskosten für eine Volkswirtschaft repräsentieren, wenn man d wählt, um die Gemeinkosten einschließlich der Dienstleistungen zu bezeichnen, und wenn M den Gesamtprofit der Produktion repräsentiert, dann symbolisiert $(M - d)$ oder M' das *Nettobetriebseinkommen*. Das Verhältnis $M'/(C + V)$ repräsentiert demnach die *gesellschaftliche Reflexion der potentiellen Wachstumsrate der Wirtschaft*, und der Wert des Verhältnisses $d/(C + V)$ kann in dem Sinne untersucht werden, daß eine beständige Zunahmetendenz für den Wert des Verhältnisses $M'/(C + V)$ erforderlich ist.

Im allgemeinen sollte so verfahren werden, daß d hinreichend niedrig gehalten wird, sodaß die Profitrate $M'/(C + V)$ real ansteigen kann — ohne willkürliche Reallohnsenkungen oder "Kapitalauszehrung".

In der Praxis bedeutet dieses Verfahren, daß nur die folgenden Grundkategorien bei der Ausweitung von Dienstleistungen Vorrang haben:

- Beschäftigung und Ausbildung eines wachsenden Anteils von Wissenschaftlern,
- Beschäftigung und Ausbildung eines wachsenden Anteils von Ingenieuren und ähnlichen Berufsgruppen in der Arbeiterschaft,
- Beschäftigung und Ausbildung von Lehrern an Schulen und Universitäten, die qualifiziert sind, das wissenschaftlich-technische Potential von Schülern und Studenten zu wecken,
- Beschäftigung und Ausbildung von Pädagogen für Schulen und höhere Bildungsanstalten, die den Schülern das klassische Erbe in der Musik, der Malerei, Architektur und Literatur nahebringen können, gerade so wie in der neuplatonischen Goldenen Renaissance des 15. Jahrhunderts die klassische Bildung in Inhalt und Bedeutung verstanden wurde,
- hochstehende medizinische Versorgung, um die physische und biologisch-geistige Grundlage des menschlichen schöpferischen Potentials zu erhalten und zu verlängern, sowie die
- Heranbildung und Beschäftigung von Verwaltungskadern, die sich als Baumeister der Nation verstehen, als Führer eines vereinten Bestrebens, Nationen zu bauen und zu erhalten, wobei bestimmte andere Dienstlei-

stungsbereiche wie Feuerwehr, Polizei, Militär usf. natürlich ebenfalls unabdingbar sind.

In einer gut geleiteten Republik wenden Bürger, die in der Landesverteidigung Dienst tun, nur einen Teil ihres Erwachsenenlebens für diese Aufgabe auf. Da die Militärwissenschaft und der Militärdienst sich um Fragen der Logistik auf dem jeweils höchsten technischen Stand dreht, verdeutlicht das Vorgehen Lazare Carnots, Scharnhorsts und die Weiterführung von Carnots Methode unter Kommandant Thayer an der US-Militärakademie den geeigneten wirtschaftspolitischen Ansatz der Landesverteidigung. So erreicht man den relativ höchsten Stand der Landesverteidigung, vermittelt dabei aber auch dem diensttuenden Bürger die Sicherheit, sich höchste Qualifikationen für besondere Leistungen auch in anderen Berufen zu erwerben.

Da jede moderne Republik ohne ein umfassendes Reservistensystem, in dessen Mittelpunkt ein kleiner Kern von Berufsmilitärs steht, nicht auskommt, muß man bei der wirtschaftlichen Seite dieses Aspekts nationaler Politik die Logistik (Wissenschaft und Technik) als entscheidendes Element der modernen Militärwissenschaft und -praxis besonders hervorheben. Das Ziel dabei ist, die Kosten für den Militärdienst zu einer positiven, erziehungspolitischen Ausgabe zu machen, die der Entwicklung der Arbeitskraft und der Volkswirtschaft insgesamt zugutekommt.

Wenn wir jetzt diesen notwendigen Einschub über Verwaltung und Dienstleistungssektor zusammenfassen, können wir folgendes sagen:

Es ist möglich, die Festlegung einer erlaubten Obergrenze für den Wert der Größe $d/(C + V)$ in bezug auf jeden entsprechenden Wert der Größe $M'/(C + V)$ zu quantifizieren. Solche Werte für d sollten nur insofern überschritten wer-

den, als es Zeit erfordert, den Nutzen von Wissenschaft und Bildung in meßbare Ergebnisse für die Produktivität der Gesamtwirtschaft umzusetzen. Wenn man richtig vorgeht, beginnt man mit der Festlegung eines quantifizierbaren Bezugswerts für die Größe $d/(C + V)$. Die Politik darf diesen Wert nur überschreiten, wenn ein außerordentlicher Grund für die Ausdehnung der Sicherheitsfunktionen vorliegt, oder wenn eine kalkulierte Investition in den zukünftigen Nutzen augenblicklich gesteigerter Ausgaben für Wissenschaft, Technik, Erziehung, medizinische Versorgung und verbesserte Ausbildung von Verwaltungskadern vorgenommen werden soll.

Wir haben diesen Punkt etwas genauer betrachtet. Wir wenden uns jetzt der "Tragfähigkeit" produktiver Investitionen hinsichtlich der Kosten für die Kreditneuschöpfung und andere Leih- und Kapitalinvestitionen zu. Diese Darstellung bringt die wirtschaftliche Basis der Kreditausweitung auf ihren wesentlichen Begriff.

Was ist der Grund für die Sicherheit, daß das Nettobetriebseinkommen, das durch technologisch progressiven, kapitalintensiveren produktiven Output erzeugt wird, sowohl den Schuldendienst trägt, als auch nach Abzug des Schuldendienstes einen ausreichenden Rest Nettoeinkommen übrig läßt, um die Wachstumsrate solcher Investitionen fortzuführen? Das ist der Kern des Problems, dem sich der kluge Bankier bei der Frage der Kreditausweitung gegenüberieht.

Eine eindeutige Antwort auf das Problem des Bankiers läßt sich am einfachsten finden, wenn man kurz auf das methodologische Problem der Rekonstruktion der Wirtschaftsgeschichte eingeht, um so einen schlüssigen Beweis für jene Prinzipien zu liefern, die die Bezeichnung "Wirtschaftswissenschaft" verdienen.

Bundesbankkredite für produktive Arbeitsplätze!

Wer die Haushalte weiter zusammenstreicht, vergrößert nur das Defizit. Für neue Arbeitsplätze braucht man Investitionen. Zur Anschubfinanzierung öffentlicher Projekte haben nun erstmals auch zwei Ökonomen außerhalb der *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* Sonderkredite der Bundesbank gefordert — und damit ein strenges Denkverbot durchbrochen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind offenbar entschlossen, die Fehler der 30er Jahre zu wiederholen. Dabei machen sie Erfahrungen, die man sich bei einem Blick in die Geschichtsbücher hätte ersparen können: Je schneller die Finanzminister die Haushalte zusammenstreichen, desto größer werden die öffentlichen Defizite. Jede Milliarde, die Bund, Länder und Gemeinden bei Infrastrukturinvestitionen und sozialen Ausgaben einsparen, treibt die Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in die Höhe, schwächt noch weiter die ohnehin rückläufige Kaufkraft der privaten Haushalte, läßt die Steuereinnahmen schrumpfen und führt schließlich zu erheblichen Mehrausgaben bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Gerade weil Theo Waigel so erfolgreich gespart hat, wird das Loch im Bundeshaushalt und die Finanznot der Länder und Gemeinden immer größer.

Jetzt mußte der Finanzminister eingestehen, daß aufgrund der falsch eingeschätzten Entwicklung am Arbeitsmarkt und bei den Steuereinnahmen die diesjährige Nettokreditaufnahme statt 60 Mrd. DM mindestens 70 Mrd. DM betragen wird, also deutlich mehr als nach den Maastrichter Kriterien zulässig. Und nächstes Jahr dürfte es noch schlimmer kommen. Anhand der Steuerschätzung vom Mai 1996 geht das Finanzministerium davon aus, daß die Steuereinnahmen im nächsten Jahr um 30 Mrd. DM niedriger sein werden als in diesem Jahr und zugleich Mehrausgaben für Arbeit und Soziales von etwa 15 Mrd. DM anfallen. Selbst diese Zahlen basieren auf der vagen Hoffnung eines im Herbst 1996 einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs. Mit dem Sparpaket und dem Bundeshaushalt 1997 rutschen wir nur noch tiefer in den wirtschaftlichen Abwärtsstrudel hinein. So sollen die Ausgaben des Verkehrsministeriums um sage und schreibe 10% gekürzt werden, von 50 Mrd. DM in diesem Jahr auf 45 Mrd. DM im kommenden Jahr. Der einzige Posten, der kräftig steigt, ist der Schuldendienst.

KORREKTUR DER WIRTSCHAFTSPOLITIK GEFORDERT

Immerhin mehren sich derweil die Forderungen nach einer drastischen Korrektur der Wirtschaftspolitik, insbesondere bei den Ausgaben für Infrastrukturprojekte. Aufgrund der katastrophalen Situation des deutschen Bausektors werden hier bereits seit geraumer Zeit die Alarmglocken geläutet. So ist im ersten Halbjahr 1996 die Baunachfrage in Deutschland, in West wie Ost, jeweils um 8% zurückgegangen, so

daß die Baubranche im Juni 1996 etwa 100 000 Arbeitsplätze weniger bereitstellte als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenzahlen am Bau sind im ersten Halbjahr 1996 um 32% in die Höhe geschneit, in den neuen Bundesländern gar um 47,5%.

Der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Otmar Franz forderte daher am 3. September 1996 in Bonn „eine öffentliche Investitionsinitiative, zur Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturnetze und zur Verbesserung unserer Umwelt, die gleichzeitig Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft“. Das wiedervereinte Deutschland sei ein Transitland zwischen Ost und West, Nord und Süd und müsse sich auf eine Verdopplung des Frachtaufkommens in den nächsten 10 Jahren vorbereiten: „Es ist offenkundig, daß dieser zunehmende Verkehr auf dem derzeitigen Straßen-, Schienen- und Binnenschiffahrtsnetz auch nicht annähernd bewältigt werden kann. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist einer der wichtigsten Standortfaktoren. Das Investitionsvolumen zum Aufbau eines Systems transeuropäischer Netze im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich wird auf 800 Mrd. DM geschätzt. Das noch nicht realisierte Investitionsvolumen des Bundesverkehrswegeplans beträgt 420 Mrd. DM. Bei der für unsere Umwelt, für das Grundwasser, für unsere Flüsse und das Meer entscheidenden Abwasserentsorgung besteht in Deutschland ein Investitionsstau von 300 Mrd. DM.“ Allerdings bleibt der Hauptverband der Bauindustrie bei der Frage der Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen in orthodoxen Formeln, etwa Privatisierungen oder Subventionsabbau, stecken.

In dieser Hinsicht interessanter sind die Vorschläge, mit denen die Bremer Professoren Rudolf Hickel und Jörg Huffschildt in ihrem Sondermemorandum „Beschäftigungspolitik statt Sparritual“ aufwarten. Ihr Beschäftigungsprogramm sieht ein jährliches Ausgabenvolumen von 150 Mrd. DM vor, mit dem die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit von etwa 160 Mrd. DM jährlich entscheidend reduziert werden könnten. Dabei sollen 80 Mrd. DM in einen Fonds „Arbeit und Umwelt“ fließen, 35 Mrd. DM in den Ausbau sozialer, ökologischer, wissenschaftlicher und kultureller Dienstleistungen, ferner 20 Mrd. DM in ein Sonderprogramm Ost und weitere 15 Mrd. DM für zusätzliche Arbeitsmarktpolitik. Insgesamt ließe sich dadurch die gesamtwirtschaftliche Produktion um 270 Mrd. DM ausweiten.

Während der Hauptteil der Finanzierung über eine Steuerreform und eine zusätzliche Verschuldung des Staates ge-

genüber den Kapitalmärkten erfolgen soll, gibt es in den Finanzierungsvorschlägen von Hickel und Huffs Schmidt auch ein bemerkenswertes Element: nämlich die Forderung nach zinslosen Krediten seitens der Bundesbank von jährlich 35 Mrd. DM.

Hier rührt man unmittelbar an ein Tabu der heutigen Wirtschaftsdebatte; ein Denkverbot, das in Deutschland in den vergangenen Jahren außerhalb der *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* strikt eingehalten wurde. Aus der Sicht der internationalen Finanzmärkte stellt es eine unerträgliche Provokation dar, wenn eine Volkswirtschaft aus eigener Kraft einen Wirtschaftsaufbau betreibt, ohne dabei einen Tribut an den „Kapitalmarkt“ zu entrichten. Nach orthodoxer Schulbuchweisheit, die von Vertretern des Wirtschaftsliberalismus mit inquisitorischem Eifer verteidigt wird, darf eine Finanzinvestition in ein Unternehmen oder ein Infrastrukturprojekt nur dem Motiv des privaten Eigennutzes entspringen. Eine Investition, die nicht der unmittelbaren Maximierung der Rendite dient, gilt als „systemstörende Fehlallokation“. Genau dieser Tabubruch ist jedoch nun unverzichtbar geworden, wenn eine Befreiung aus der Abwärtsspirale gelingen soll.

Hierzu muß die Bundesbank gesetzlich in die Lage versetzt werden, sehr niedrig verzinste Notenbankkredite für solche Investitionen zu gewähren, die eine Steigerung des langfristigen Produktionspotentials der deutschen Wirtschaft bewirken. Darunter fallen insbesondere Großprojekte im Bereich der Infrastruktur aber auch Technologieprogramme, etwa im Rahmen der bemannten Raumfahrt, die als „science driver“ die gesamte Wirtschaft auf eine höhere Technologiestufe führen. Dies ist ein entscheidender Unterschied zu den diffusen „Arbeit und Umwelt“-Vorschlägen von Hickel und Huffs Schmidt. Es bietet sich an, die durch Notenbankkredit finanzierten Infrastrukturprojekte in die Gesamtkonzeption der Neuen Eurasischen Landbrücke einzubetten, die der deutschen Investitionsgüterindustrie eine einmalige Chance bietet. Insgesamt würde die Anschubfi-

nanzierung seitens der Bundesbank die Massenarbeitslosigkeit beseitigen und dadurch die Staatsfinanzen entlasten:

Unser Verkehrsminister Matthias Wissmann versäumt bei keiner Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß jede Milliarde DM an jährlichen Infrastrukturinvestitionen etwa 12 500 Arbeitsplätze schafft bzw. sichert. Diese Schätzungen beruhen auf einer Aufschlüsselung der im Bausektor anfallenden Vorleistungen. Nehmen wir beispielsweise eine jährliche Bauleistung von 80 Mrd. DM. Dann sind dazu, wie man den Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden entnehmen kann, Vorleistungen aus anderen Branchen in Höhe von etwa 40 Mrd. DM erforderlich, darunter etwa 13 Mrd. Steine und Erden, 3 Mrd. DM für Kunststoff-, Mineralöl- und Chemieerzeugnisse, einige Mrd. DM für Maschinen, elektrotechnische Ausrüstungen und andere Investitionsgüter, aber auch etwa 10 Mrd. DM für diverse Dienstleistungen. Insgesamt entspricht dies etwa einer Million Arbeitsplätzen.

Nach Angaben des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bedeutet dies zugleich eine Entlastung öffentlicher Haushalte von 10 Mrd. DM bei Arbeitslosengeld und 9 weiteren Mrd. DM bei Sozialversicherungen und sonstigen Sozialleistungen. Hinzu kommen Mehreinnahmen des Staates von 8 Mrd. DM bei Einkommenssteuern und weiteren 8 Mrd. DM bei Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt erhält der Staat also unmittelbar 35 Mrd. DM von den investierten 80 Mrd. DM zurück. Hinzu kommen weitere durch die Produktionsausweitung bewirkte Steuermilliarden und Entlastungen bei ABM-Maßnahmen. Schließlich erzeugen die Bautätigkeiten einen realen Gegenwert, der darüber hinaus die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft entscheidend stärken kann.

Da mit der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zugleich das ausdrückliche Verbot einer derartigen Aktivität der Bundesbank verknüpft ist, muß Deutschland schon aus diesem Grund das Maastrichter Experiment zu Grabe tragen.

Lothar Komp

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB hätte die Hitler-Diktatur verhindern können

Kein Land der Welt kann sich auf Jahre hinaus mehrere Millionen Arbeitslose leisten. Dies sprengt jeden Staatshaushalt und hebt nicht nur den Sozialstaat, sondern die Demokratie und Souveränität der Nationalstaaten selbst aus den Angeln. In den 30er Jahren war die Wirtschaftskrise der Hauptfaktor, der zur Nazi-Diktatur führte. Auch damals gab es Alternativen – vernünftige Vorschläge, wie die Krise rechtzeitig hätte überwunden werden können. Ziehen wir unsere Lehren aus der letzten großen Depression.

Von Gabriele Liebig

Die heutige Weltwirtschaftskrise hat zwei Gesichter: Das eine ist der drohende Kollaps des Weltfinanzsystems, ausgelöst durch eine schwere Zahlungskrise einer oder mehrerer großen Banken oder ganzer Länder, die sich als "aufstrebende Finanzmärkte" in Spielkasinos verwandelt haben. Das andere Gesicht ist der enorme Schrumpfungsprozess der Realwirtschaft mit immer neuen Rekorden bei der Massenarbeitslosigkeit, den Firmenpleiten und den Fehlbeträgen im Staatshaushalt aufgrund der sinkenden Steuereinkünfte.

Dies ist durchaus ein weltweites Phänomen. Ursache und Charakteristikum der Krise ist die ausufernde Spekulation: Ein ständig weiter wachsender Berg ungedeckter Finanztitel ruiniert die produzierende Wirtschaft. Weniger als 1% der weltweit getätigten Finanztransaktionen haben noch mit realem Gütertausch zu tun, der Rest ist Spekulation. Auf diese Weise ist ein parasitärer Sog entstanden, welcher der realen Wirtschaft zugunsten der spekulativen Wirtschaft in wachsendem Maße Kapital entzieht.

Dies nimmt vielfältige Formen an: Wenn spekulative Geldanlagefonds mit Renditen über 20% locken, wer will da noch in neue Industriearbeitsplätze investieren, die niemals solche Renditen abwerfen können? Ein weiteres Beispiel sind die milliardenschweren Rettungspakete für bankrotte Banken, wobei durch abenteuerliche Fehlspekulationen entstandene Bilanzlöcher mit Steuergeldern gestopft werden. Außerdem sind hier die Sparprogramme zu nennen, die zum Ausgleich für den steigenden Anteil solcher Finanzdienste in den Staatshaushalten tiefe Einschnitte zu Lasten des Lebensstandards der Bevölkerung und der öffentlichen Investitionen in die materielle (Verkehr, Energie, Wasser etc.) und soziale Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Wissenschaft) vornehmen.

Die Sache hat Methode, es ist die von den internationalen Finanzinstitutionen verordnete Politik: Reflation auf der spekulativen Seite (billiges Zentralbankgeld für illiquide Banken, Steuergeschenke, etc.), die durch Deflation auf der realwirtschaftlichen Seite (Haushaltskürzungen, Abbau von Sozialleistungen, Löhnen und Gehältern), um die Inflationsrate möglichst gering zu halten, kompensiert werden muß. Entsprechende "Anpassungsprogramme", die der IWF

seit Jahren den Entwicklungsländern aufgenötigt hat und die oft ganz ausdrücklich umfassendere realwirtschaftliche Investitionen verbieten, haben zu einem starken Rückgang von Exporten in diese Länder geführt. Seit 1991 sind 700000 Exportarbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland verloren gegangen.

Seit 1991 klettern die Arbeitslosenzahlen in Deutschland, jedes Jahr werden es einige hunderttausend mehr. Man kommt gar nicht umhin, dies mit der Entwicklung in den 30er Jahren zu vergleichen (ohne hier auf die heute weit ausgefeilteren statistischen Tricks bei der Kaschierung der Arbeitslosigkeit einzugehen). Der Vergleich ist erschreckend, und trotzdem wird nichts unternommen, um auch nur die Flut neuer Arbeitsloser zu verhindern, geschweige denn wirksame Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ergreifen. Der Grund ist leicht zu durchschauen: Die Arbeitslosen sind Teil der Strategie der "Globalisierer", die mit der Keule der Massenarbeitslosigkeit ihre Forderung nach Abschaffung des Sozialstaats und massiver Senkung des Lebensstandards durchsetzen wollen. Das Argument ist das gleiche wie bei den Deflationisten in den 30er Jahren: Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, müssen wir billiger sein, deswegen müssen die Löhne und Sozialabgaben drastisch gesenkt werden.

Wie damals ist klar, daß ein Sozial- und Lohnabbau auf das Niveau der Philippinen oder auch nur Portugals in einer Demokratie mit einer zum großen Teil gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft schlechterdings nicht zu machen ist. Daher mehren sich heute erneut, vor allem aus dem Lager der "Konservativen Revolution" die Rufe nach dem "großen Knüppel" und der Abschaffung von Sozialstaat, Gewerkschaften und Demokratie. "Ich sage nicht, daß wir vom Sozialstaat direkt zum Polizeistaat übergehen müssen...", aber "Welfarism ist eine Idee, deren Zeit nun einmal vorbei ist... Für viele ,unseres Volkes' wird das Leben im späten 20. und im 21. Jahrhundert widerlich, brutal und zudem kurz sein", schrieb Peregrine Worsthorne im *Sunday Telegraph*.¹

Aufgrund einer ähnlichen Einstellung setzte Hjalmar Schacht spätestens ab 1930 auf eine totalitäre Diktatur unter Adolf Hitler. Einer derjenigen, die ihm dabei halfen,

Hitler an die Macht zu bringen, war Montagu Norman, der Chef der Bank von England. Peregrine Worsthorne ist Montagu Normans Stiefsohn und bewundert ihn sehr.

Schacht und Hitler kalkulierten damals, das soziale Chaos der Weltwirtschaftskrise werde die bürgerlichen Parteien immer mehr diskreditieren, die breite Masse der Bevölkerung zunehmend radikalisieren und so einem totalitären Zwangsregime in Deutschland den Weg ebnen. Heute droht Ähnliches auf globaler Ebene: Immer unpopulärere Sparmaßnahmen demontieren nicht nur den Sozialstaat, sondern gefährden den Zusammenhalt des Staatsgefüges selbst. Mit der Arbeitsplatzvernichtung durch die Globalisierung geht ein beispielloser Angriff auf die Nationalstaaten einher, die man wahlweise aufspalten (z.B. Italien), privatisieren (z.B. die ehemaligen Kolonialstaaten Afrikas²) oder zur Abtretung ihrer Souveränität an supranationale diktatorische Instanzen, die keine demokratische Rechenschaft schuldig sind, zwingen will.

ES GIBT EINE ALTERNATIVE

Dies muß verhindert werden, und es kann auch verhindert werden, wenn eine Gruppe der heute einflußreichsten Regierungen die Initiative ergreift und möglichst noch vor dem großen Crash zu einer Neuordnung des bankrotten Weltfinanzsystems schreitet, die Lyndon LaRouche schon lange vorgeschlagen hat und die man sich wie ein großes, von den Regierungen kontrolliertes Konkursverfahren vorzustellen hat.³ Diese Neuordnung kann nur funktionieren, wenn sie mit der Inangriffnahme großer, länderübergreifender Infrastrukturprojekte einhergeht, die viele Millionen neuer produktiver Arbeitsplätze schaffen und die güterproduzierende Wirtschaft wieder ankurbeln. Den außenpolitischen Rahmen für solche Projekte bildet die Entwicklungsstrategie der "neuen Seidenstraße" oder "eurasischen Landbrücke", die wir an anderer Stelle näher erläutern haben.⁴ Die bewährteste Methode zur Anschubfinanzierung solcher im großen Stil Arbeit schaffenden Projekte ist der Nationalbankkredit, flankiert durch eine Finanzierung nach der Methode der Kreditanstalt für Wiederaufbau, wobei der Staat die Differenz zwischen Anleihezinsen und den niedrigen Zinsen der langfristigen Entwicklungskredite subventioniert.

Eine solche Alternative gab es in den 30er Jahren auch: Ein breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte, im Mittelpunkt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), trat für eine Neuordnung des damaligen Weltfinanzsystems und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein, die mit den eingesparten Arbeitslosengeldern und durch Krediterschöpfung der Reichsbank finanziert werden sollten. Mit dieser Politik wollten die "Reformer", wie man sie nannte, die Weimarer Republik gegen den Extremismus der Nationalsozialisten und der Kommunisten verteidigen, der im Elend der Arbeitslosen seinen Hauptnährboden fand. Dies ist eines der bewegendsten Kapitel der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts, und zugleich wohl auch dasjenige, welches am meisten totgeschwiegen wird. Diese Unterschlagung der Wirtschaftsdebatte von 1930-32 ist verantwortlich dafür, daß so viele Leute absurderweise glauben, Schacht und Hitler hätten die Arbeitsbeschaffung erfunden.

Bekannt oder nicht, Tatsache ist: Die "Reformer" versuch-

ten die Nazi-Katastrophe abzuwenden und setzten sich unter den drei aufeinanderfolgenden Regierungen Brüning, von Papen und von Schleicher für ein sehr vernünftiges Konzept zur Wiederbelebung der darniederliegenden Wirtschaft ein. Dabei sollte ein umfassendes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm als "Initialzündung" wirken, um den Wirtschaftsmotor wieder in Gang zu bringen. Zu den "Reformern" gehörten Wirtschaftswissenschaftler in der Tradition Friedrich Lists, Gewerkschafter und Industrielle, hohe Regierungsbeamte und sogar Bankdirektoren, doch die allerwichtigste Rolle spielte dabei der Gewerkschaftsdachverband ADGB. Der ADGB war mit 8 Mio. Mitgliedern die größte Massenorganisation in Deutschland und vertrat 80% der organisierten Arbeiterschaft. Aber die Bedeutung des ADGB beschränkte sich nicht auf Verbreitung und Unterstützung der Arbeitsbeschaffungspolitik der "Reformer" – der ADGB hatte das Programm auch inhaltlich wesentlich bestimmt.

Intellektuell führend war dabei Wladimir Woytinsky, der Leiter der statistischen Abteilung des ADGB. Woytinsky war 1922 als "Asylant" aus Rußland nach Deutschland gekommen. Der Sohn eines jüdischen Mathematikprofessors aus St. Petersburg hatte an der antizaristischen Revolution von 1905 aktiv teilgenommen, 1917 aber Widerstand gegen Lenins Machtergreifung geleistet. 1929 übernahm er die Leitung der Statistischen Abteilung des ADGB (siehe Artikel "Der Revolutionär aus St. Petersburg").

Es war ein internationales Programm gegen die Weltwirtschaftskrise, womit Woytinsky und der ADGB im Frühjahr 1931 in die öffentliche Wirtschaftsdebatte eingriffen.

KAMPF GEGEN DEN "ABBAUWAHN"

Am Anfang des Programms von Woytinsky und den anderen "Reformern" stand die Erkenntnis, daß die Deflationspolitik der Regierung Brüning die Krise nur weiter verschlimmern mußte. Die deflationäre Schrumpfung der Weltwirtschaft zeichnete sich 1930 bereits ab, und zu diesem Zeitpunkt legte ADGB-Chef Theodor Leipart Woytinsky nahe, sich schwerpunktmäßig mit dem Arbeitslosenproblem zu befassen. Bald danach veröffentlichten mehrere Gewerkschaftszeitschriften einen Artikel von Woytinsky über "Die Flut des wirtschaftlichen Wahnsinns". Darin zog er gegen die von Reichskanzler Brüning und der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft betriebene Politik des Preis- und Lohndumpings zu Felde.⁵

In einer ganzen Reihe von Schriften und einem 1931 erschienenen Buch⁶ erläuterte Woytinsky den grundsätzlich anderen Charakter dieser Weltwirtschaftskrise im Unterschied zu früheren Konjunkturkrisen. Bei dieser Krise versage der "kapitalistische Automatismus", sie lasse sich durch Preissenkungen nicht wieder umkehren. Auch protektionistische Abschottungsmaßnahmen verschlimmert den Schrumpfungsprozeß noch. Dieser deflationären Abwärtsspirale sei nur durch antideflationistische Maßnahmen, nämlich eine zwischen den Nationen vereinbarte koordinierte zusätzliche Kaufkraftschöpfung beizukommen. Diese zusätzliche Kaufkraft müsse produktiv eingesetzt, d.h. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in öffentlichen Projekten verwendet werden.

Genau dies, so riet Woytinsky, mußten die Gewerkschaften in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen: Ende des

"Abbauwahns" bei Löhnen und Sozialleistungen, und ein durch zusätzliche Geldschöpfung finanziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm! Am 9. März 1931 fand dazu eine Vorstandssitzung des ADGB statt, bei der sich sowohl der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow wie der ADGB-Beauftragte für Arbeitsbeschaffung Wilhelm Eggert für ein internationales Programm gegen die Weltwirtschaftskrise aussprachen. Woytinsky erhielt grünes Licht für seinen richtungweisenden Artikel in der theoretischen Zeitschrift des ADGB Die Arbeit, der im Juni 1931 die öffentliche Debatte über die "aktive Weltwirtschaftspolitik" des ADGB eröffnete. Woytinsky lieferte hiermit die Grundlage zu einer neuen Politik der Gewerkschaften und der SPD, was letztere leider übel aufnahm. Wir wollen aus diesem 27 Seiten langen Artikel einige Passagen zitieren:

"Die Arbeiterorganisationen, die sich auf die selbstheilenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlassen, sind der Gefahr ausgesetzt, daß sie langsam verbluten. Seit Jahr und Tag steht die Arbeiter-schaft Deutschlands im schwierigen Abwehrkampf, je tiefer die Krise, um so ungünstiger werden die Bedingungen dieses Kampfes. Die Arbeiterorganisationen haben die Freiheit des Manövrierens verloren, sie können weder die Zeit noch den Gegenstand der Auseinandersetzung mit den Gegnern wählen. Sie sind gezwungen, jedesmal den Kampf aufzunehmen, wann und wo es der anderen Seite am besten paßt.

Schließlich bleibt den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie keine andere Taktik übrig, als die des kleineren Übels... Die Taktik des kleineren Übels verwandelt sich allmählich in die Taktik der Galgenfrist.

Bis jetzt ist es der Partei und den Gewerkschaften gelungen, ihren Apparat aufrechtzuerhalten. Was erwartet sie aber und mit ihr die gesamte deutsche Arbeiterklasse, das gesamte deutsche Volk, wenn sie sich noch jahrelang in der gleichen Richtung wie in den letzten 12 Monaten bewegen müßten, wenn sie keine Besserung der Wirtschaftslage in nahe Aussicht stellen können?

Zielbewußte, tiefgreifende Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft waren nie notwendiger als in der heutigen Situation. Die Arbeiterbewegung braucht ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm, das den Arbeitern wie auch anderen Volksschichten zeigt, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Not sehen. Gegenwärtig haben wir kein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm. Wir haben eine Liste sozialer Forderungen, die wir nach bestem Wissen und Können durchzusetzen versuchen. Wir haben eine bestimmte Stellungnahme zu einzelnen Fragen der Wirtschaftspolitik. Ein Programm haben wir nicht!"

Ein solches Programm erfordere zuallererst eine "aktive Einstellung zu Problemen der Wirtschaftskonjunktur". Woytinsky unterscheidet zwischen dem passiven "meteorologischen" und dem aktiven "medizinischen" Gesichtspunkt:

"In der modernen Konjunkturforschung, besonders in Deutschland, herrscht die passive, meteorologische

Einstellung vor. Die Konjunkturvorgänge werden etwa so beobachtet, wie der Wetterdienst die meteorologischen Prozesse zu beobachten pflegt. Es werden Bulletins veröffentlicht, die es den Menschen ermöglichen, sich an den zu erwartenden Umschwung – des Wetters oder Konjunktur – anzupassen...

Es ist aber auch eine andere Einstellung den Konjunkturproblemen gegenüber denkbar – etwa dieselbe wie die der Medizin gegenüber dem menschlichen Organismus. Die Medizin stellt sich die Aufgabe, Krankheiten zu heilen, die aus ihnen entstehenden Leiden zu mildern, ihrer Verbreitung vorzubeugen. Warum könnte nicht die Konjunkturforschung sich von ähnlichen Zielen leiten lassen?...

Die aktive Einstellung gegenüber den Krisenerscheinungen entspricht unserer Auffassung, daß wir in einer Übergangszeit leben, die durch die Verwandlung der anarchischen kapitalistischen Wirtschaft in eine höhere organisierte Wirtschaftsform gekennzeichnet wird."

Wie könne man also der "verheerenden Wirkung der Krise", insbesondere dem dramatischen Rückgang der industriellen Produktion, entgegenwirken:

"Zunächst muß man prüfen, ob die Kräfte, die gegenwärtig die wirtschaftliche Tätigkeit paralisieren, nicht aufgehoben werden können, ob es nicht möglich ist, Faktoren ins Leben zu rufen, die jeden Unternehmer zur Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit anreizen würden. Demnach muß man die Möglichkeit erforschen, die nicht ausreichende wirtschaftliche Initiative der Privatunternehmer durch die öffentliche Arbeitsbeschaffung zu ergänzen."

Woytinsky beschreibt die ruinösen Wirkungen der Preisdeflation und entwickelt dann ausführlich einen Weg zur Lösung der weltweiten Krise. Er hatte dieses Konzept zuvor in seinem Buch Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise dargelegt. Grundidee dabei ist eine zwischen den Nationen zu vereinbarende Kaufkraftsteigerung durch eine international koordinierte Herabsetzung der Golddeckungsvorschriften für die Währungen. Woytinsky zeigt, wie in der Vergangenheit der Auffindung neuer Goldgruben regelmäßig ein Konjunkturaufschwung folgte, und argumentiert, eine Herabsetzung der allgemeinen Mindestgolddeckung werde den gleichen Effekt haben. Zu dieser Auffassung sei auch der Goldausschuß des Völkerbundes in einem Gutachten gelangt. Eine solche Herabsetzung der Mindestdeckung bedeute praktisch eine entsprechende Geldneuschöpfung und hätte die gleiche konjunkturbelebende Wirkung wie etwa "eine zinslose ausländische Devisenanleihe...", die die Amerikaner der Reichsbank als Liebesgabe überweisen würden, vorausgesetzt allerdings, daß an diese Liebesgabe die Bedingung geknüpft wäre, das Geld für produktive Zwecke und nicht zur Defizitdeckung des Haushalts zu verwerten!"

Energisch wendet er sich gegen das Argument, die vom Genfer Goldausschuß empfohlene Herabsetzung der Golddeckung führe zu einer Inflation – was die SPD-Ökonomen Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali nämlich behaupteten. Woytinsky schreibt:

"Im gewissem Sinne ist jede Kreditschöpfung, jede Aufnahme von Auslandsanleihen eine Inflation... Im üblichen Sprachgebrauch versteht man aber unter ‚Inflation‘ einen bestimmten Zustand (oder Mißstand) des Währungssystems, bei dem das Papiergeld sich von seinem Goldwert löst, die heimische Währungseinheit jedes feste Verhältnis zu den Währungseinheiten des Auslandes verliert und die Notenpresse die ordentliche Finanzverwaltung ersetzt. Was dies alles bedeutet, ist unserer Generation aus Erfahrung bekannt: ein Land, das eine Inflation großen Stils einmal durchgemacht hat, wird sich vor einer Währungspolitik hüten, die in einer neuen Inflation gipfelt.

Man braucht aber nicht viele Worte zu verlieren, um zu zeigen, daß die von den Genfer Sachverständigen empfohlene Währungs- und Kreditpolitik mit dem inflationistischen Wahnsinn der ersten Nachkriegsjahre nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich hier nämlich um eine reif durchdachte international vereinbarte und von vornherein scharf beschränkte Manipulierung mit einer zusätzlichen Geldmenge... Nun will man ihrer Auffassung die unheilvolle Erfahrung der Inflationszeit entgegenhalten. Mit ähnlichem Grund würde man bei der Behandlung einer schwierigen, lebensgefährlichen Krankheit ein Heilmittel nur deshalb von vornherein verwerfen, weil dieses ein Gift ist. Die Medizin zögert aber nicht, sich an die Gifte als Heilmittel zu wenden... Die Medizin, falls sie auf die Anwendung von giftigen Stoffen als Heilmittel verzichten müßte, würde zu derselben Hilflosigkeit verurteilt, wie eine Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich alle antideflationistischen Maßnahmen ablehnt, weil sie vor der Inflation Furcht hat."

Der Artikel in der Juni-Ausgabe 1931 der Arbeit endet mit der Skizzierung eines "Aktionsprogramms für die Belebung der Wirtschaft":

"Die währungspolitischen Maßnahmen müssen den Eckstein der Aktion bilden, und zwar nicht nur für die Arbeiterorganisationen allein, sondern für jede Partei und Regierung, die ernst an die Ankurbelung der Wirtschaft denken. Darin darf sich aber das wirtschaftspolitische Aktionsprogramm der Arbeiterbewegung nicht erschöpfen...

1. Die Arbeiterbewegung muß sich zu einer aktiven Konjunkturpolitik bekennen und ihren gesamten Einfluß in die Waagschale werfen, um den Staat und sämtliche öffentlichen Körperschaften zu Maßnahmen für die Belebung der Wirtschaft zu zwingen...
2. Die Politik einer Belebung der Wirtschaft muß sich in erster Linie mit der Weltwirtschaftskrise befassen, sie muß eine Weltwirtschaftspolitik sein. Sämtliche Völker leiden darunter, daß die Weltwirtschaft krank ist, sie müssen also ihre Kräfte auf eine gemeinsame Aktion für die Überwindung der Weltkrise konzentrieren.
3. Kein anderes Land ist... härter als Deutschland von der Weltkrise betroffen, und in Deutschland ist die Arbeiterschaft die Klasse, die am meisten unter der Wirtschaftsdepression leidet. Dementsprechend muß Deutschland die Initiative der tatkräftigen

internationalen Politik zur Bekämpfung der Weltkrise ergreifen und die deutsche Arbeiterklasse (Gewerkschaften und Sozialdemokratie) muß für sich die Rolle des Trägers des Gedankens der aktiven Weltwirtschaftspolitik beanspruchen.

4. Die erste, die dringendste Aufgabe der Weltwirtschaftspolitik ist die Stabilisierung der Preise auf dem Weltmarkt, die nur von der Währungsseite her mittels planmäßiger Geldmittelschöpfung und Einschaltung zusätzlicher Kaufkraft erreicht werden kann...
5. Das internationale Übereinkommen über die Währungspolitik darf nicht isoliert von den übrigen Maßnahmen der internationalen Wirtschaftspolitik bleiben. Vielmehr muß es den alten Forderungen nach Zollabbau und wirtschaftlicher Vereinigung Europas sowie den Gedanken der Internationalisierung der Lohn- und Sozialpolitik neue Kraft verleihen.
6. Die durch die internationale Geldschöpfungspolitik freiwerdenden Mittel müssen für die Arbeitsbeschaffung, und zwar für die Verwirklichung eines großzügigen Planes des Wiederaufbaues Europas verwendet werden...
7. Die internationale Wirtschaftspolitik wird die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um den Reallohn und die Arbeitszeitverkürzung (40-Stunden-Woche, Anm. d. Red.), die sozialen Rechte des Arbeitnehmertums, Kontrolle über die Kartelle, Ausbau der Staatsmonopole u.a.m. unterstützen. Zugleich muß auch die Agrarpolitik der Gewerkschaften und der Partei der Aufgabe der Entlastung des Arbeitsmarktes, Überwindung der heutigen Depression und Vorbeugung neuer Krisen angepaßt werden. Es muß stärker als bisher die Notwendigkeit der Umstellung der Landwirtschaft auf die intensive Veredlungswirtschaft betont und ein diesem Zweck entsprechendes Programm der öffentlichen Arbeiten geschaffen werden...

Als Trägerin dieser Politik wird die Arbeiterklasse von den ihr aufgezwungenen Abwehrgefechten zu einer allgemeinen schöpferischen Offensive auf den geschichtlichen Weg der Überwindung der Fehler und Sünden der kapitalistischen Wirtschaftsführung übergehen.

Das ist es, was in ihrem Streben zur Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterschaft die Gewerkschaften und die Partei dem Nationalsozialismus einerseits und dem Kommunismus andererseits entgegenstellen können."⁷ (Hervorh. v. W.W.)

DIE "REFORMER"-DEBATTE 1931

Die eigentlich wegweisende Debatte unter den verschiedenen "Reformern" über die Lösung der Wirtschaftskrise fand 1931 statt; 1932 hingegen, nachdem die Arbeitslosenzahl auf offiziell über 6 Millionen gestiegen war, gab es Arbeitsbeschaffungsprogramme von rechts bis links wie Sand am Meer. Die Forderungen reichten vom Arbeitsverbot für ausländische Arbeitskräfte bis zum glorreichen Vorschlag der KPD, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Streichung sämtlicher Ausgaben für Verteidigung und Polizei zu finanzieren.

1931 beschränkte sich die Debatte noch auf einen relativ kleinen Personenkreis. Im Juni hatte Woytinsky mit dem zitierten Artikel in Die Arbeit die Debatte eröffnet. Im September 1931 veranstaltete die List-Gesellschaft eine Geheimkonferenz zum Thema Konjunkturbelebung, an der 30 hochrangige Wirtschaftsexperten unterschiedlicher Ausrichtung (darunter Reichsbankpräsident Hans Luther und der SPD-Ökonom Rudolf Hilferding) teilnahmen. Vor diesem Kreis trug Wilhelm Lautenbach, Regierungsdirektor im Reichswirtschaftsministerium unter Kanzler Brüning, seine Denkschrift "Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung" vor.⁸ Der illustre Kreis lehnte Lautenbachs 1,5-Mrd.-RM-Arbeitsbeschaffungsplan, der durch bei der Reichsbank rediskontierbare Wechsel finanziert werden sollte, zwar ab, doch viele von ihnen besannen sich später eines besseren.

Lautenbach beschrieb zunächst die negativen Auswirkungen der Deflationspolitik der Regierung, für die er selbst arbeitete:

"Die Kreditverknappung erzeugt große neue Kapitalverluste der einzelnen Unternehmungen in Handel und Industrie, macht sie leistungs- und kreditunfähig, zwingt zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen in allergrößtem Ausmaß und hat gleichzeitig eine Verschlechterung des Status der Banken zur Folge."

Der natürliche Weg zur Überwindung von Krisen in der kapitalistischen Wirtschaft sei außerdem "nicht Einschränkung, sondern Leistungssteigerung". Im Unterschied zu anderen Notständen nach Zerstörungen durch Kriege oder Erdbeben, bei denen sich durch den Wiederaufbau "konkrete Produktionsaufgaben" stellten, gebe in der heutigen Krise der "Markt... keinerlei positive Direktiven, und so weiß kein Unternehmer, was er produzieren soll."

"Denn wir haben ja gerade zur Zeit den paradoxen Zustand, daß trotz außerordentlich gedrosselter Produktion laufend die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt, und daher die Tendenz zu immer weitergehender Produktionsdrosselung. Wir haben also laufend Produktionsüberschüsse, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Eine Verwertung für diese Produktionsüberschüsse zu finden, ist die eigentliche und dringendste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und sie ist im Prinzip verhältnismäßig einfach zu lösen: Warenüberschüsse, brachliegende Produktionsanlagen und brachliegende Arbeitskräfte können zur Deckung eines neuen volkswirtschaftlichen Bedarfs verwendet werden, und zwar eines Bedarfs, der volkswirtschaftlich eine Kapitalanlage darstellt. Hierbei ist an solche Aufgaben zu denken, wie... öffentliche oder mit öffentlicher Unterstützung durchgeführte Arbeiten, die für die Volkswirtschaft einen Wertzuwachs im Vermögen bedeuten und bei Wiederkehr normaler Verhältnisse ohnehin ausgeführt werden müssen (Straßenbau, erwünschte Verbesserungen und Ausbau bei der Reichsbahn u.ä.)."

Da "uns langfristiges Kapital weder auf dem ausländischen noch auf dem inländischen Kapitalmarkt zur Verfü-

gung steht", bleibe nur die Möglichkeit, solche Arbeiten durch bei der Reichsbank diskontierbare Wechsel zu finanzieren. Lautenbach schlägt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von 1,5 Mrd. Reichsmark (RM) vor: 1,2 Mrd. für Eisenbahnbau und 300 Mio. für Straßenbau. Es sei "rationell und wirtschaftlich vollkommen unbedenklich", bisher ungenützte "Produktionsüberschüsse dadurch zu verwerten, daß man sie im Wege des Kredits für die Ausführung von volkswirtschaftlich vernünftigen und notwendigen Aufgaben bereitstellt":

"Durch eine solche Investitions- und Kreditpolitik wird gerade das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt beseitigt und damit der Gesamtproduktion wieder Richtung und Ziel gegeben. Unterlassen wir eine solche positive Politik, so steuern wir unvermeidlich in einen weiteren wirtschaftlichen Verfall und vollkommene Zerrüttung unserer Staatswirtschaft hinein, in einen Zustand, der dann, um eine innenpolitische Katastrophe zu vermeiden, eine starke neue kurzfristige öffentliche Verschuldung zu rein konsumtiven Zwecken erzwingt, während wir es heute noch in der Hand haben, durch Inanspruchnahme dieses Kredits für produktive Aufgaben zugleich unsere Wirtschaft und unsere öffentlichen Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen."

Der eigentliche Ankurbelungseffekt setze dann ein, "wenn die Industrien, die durch die Lieferung der Materialien für die öffentlichen Arbeiten besonders begünstigt waren, ihre Lager stark räumen könnten und sich hierdurch veranlaßt sähen, wieder mehr zu produzieren als bisher."

Die nun entfachte Debatte inspirierte auch den Leiter des zum Teil vom ADGB finanzierten Berliner Instituts für Kulturforschung Ernst Wagemann (den Woytinsky u.a. bei der Beschreibung der "meteorologischen Sichtweise" im Auge hatte). Bis zum Herbst 1931 stand Wagemann der Wirtschaftslage noch ratlos gegenüber, anschließend machte er ähnliche Vorschläge wie Woytinsky und Lautenbach ("Wagemann-Plan").

Ebenfalls im Herbst 1931 gründete sich die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft um den Industriellen Heinrich Dräger und Wilhelm Grotkopp, der durch sein 1954 erschienenes Buch Die große Krise die Arbeit der "Reformer" der Vergessenheit entriß. Das Denken der Studiengesellschaft schlug sich in Robert Friedländer-Prechtls Zeitschrift Wirtschaftswende nieder, die hauptsächlich von Dräger finanziert wurde. Sie ist geprägt von einem strikt realwirtschaftlichen Denkansatz: "Eine Volkswirtschaft produziert nämlich niemals Geld, sondern immer nur Güter."⁹ Besonders 1932 wurden in der Wirtschaftswende zahlreiche Varianten der von Woytinsky und Lautenbach vorgebrachten Vorschläge erörtert.

DER WOYTINSKY-TARNOW-BAADE-PLAN

Den Gewerkschaftsflügel der "Reformer"-Gruppe bildeten vor allem Woytinsky, Fritz Tarnow und der SPD-Reichstagsabgeordnete Fritz Baade. Woytinsky war aber auch Mitglied der List-Gesellschaft, später wurde er als Referent zu Drägers Studiengesellschaft eingeladen.

Baade war landwirtschaftlicher Sprecher der SPD-Fraktion im Reichstag. Seine realwirtschaftliche Einstellung kam darin zum Ausdruck, daß er es für völlig widersinnig hielt, daß "people should starve in front of overfilled granaries".¹⁰ Daraus ergab sich für ihn die Notwendigkeit einer "aktiven Wirtschaftspolitik".

Fritz Tarnow, der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft, hatte schon 1928 in seinem Buch Warum arm sein? eine eigenständige Kaufkrafttheorie erläutert. Übrigens ganz in Übereinstimmung mit Gottfried Wilhelm Leibniz und Friedrich List war Tarnow überzeugt, daß zu niedrige Löhne der Gesamtwirtschaft schaden, während ordentliche Reallöhne für Kaufkraft und Absatzchancen auf dem Binnenmarkt sorgen. Bei der "roten Gewerkschaftsopposition" mokierte man sich darüber, daß Tarnow den Glauben an den gutwilligen Unternehmer, der freiwillig höhere Löhne zahlt, von seiner Amerikareise 1925 mitgebracht habe. Tatsächlich vertrat Tarnow das Henry-Ford-Prinzip, der seine Arbeiter schon deswegen anständig bezahlte, damit sie sich seine Autos leisten konnten.

Woytinsky war zwar nicht persönlich bei der Konferenz der List-Gesellschaft dabeigewesen, griff jedoch bald darauf den Vorschlag eines auf die deutsche Volkswirtschaft bezogenen Arbeitsbeschaffungsprogramms auf, ebenso die Finanzierung durch die Reichsbank. Dies geschah in enger Abstimmung mit Tarnow und Baade. Während in einem internen Memorandum von Woytinsky vom 9. Dezember 1931 noch ausschließlich von einem internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Goldbonds der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) die Rede ist, legten Dr. Baade, Tarnow und Woytinsky am 23. Dezember 1931 dem ADGB-Vorstand "Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise" vor. Hier wird nun die internationale Arbeitsbeschaffung durch "Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten größten Stils" ergänzt durch einen Abschnitt über "Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft":

"Es muß befürchtet werden, daß die Unvernunft in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik bereits einen derartigen Umfang angenommen hat, daß eine wirksame Krisenbekämpfung auf internationalem Wege nicht in dem für Deutschland lebensnotwendigen Tempo zustande kommt. Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie neben der Forderung nach internationaler Verständigung zwecks internationaler Arbeitsbeschaffung ein ganz konkretes Programm der Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft entwickeln. Dieses Rettungsprogramm darf sich nicht in allgemeinen Forderungen erschöpfen, sondern muß ganz konkret angeben, welche Maßnahmen die öffentliche Wirtschaft zu treffen hat und wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen.

Im Mittelpunkt der planwirtschaftlichen Krisenbekämpfung soll die Beschäftigung von 1 Million Arbeitslosen mit öffentlichen Arbeiten stehen... Die Arbeitsbeschaffung wird eine Belebung der Konsumgüterindustrie hervorrufen und damit einen weiteren erheblichen Teil der Arbeitslosen wieder in die Beschäftigung hineinsaugen.

Für die Finanzierung dieser öffentlichen Arbeiten wäre ein Betrag von etwa 2 Mrd. RM notwendig. Der

Teil dieses Betrages, der auf anderem Wege nicht aufgebracht werden kann, muß dem Reich durch eine Währungsanleihe der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden.

Von einer solchen einmaligen, auf einen bestimmten Betrag begrenzten und für Arbeitszwecke bestimmten Währungsanleihe ist eine uferlose Inflation nach dem Muster der deutschen Inflation von 1922-23 nicht zu befürchten. Die Garantie gegen derartige inflationistische Wirkungen liegt nicht nur in der Begrenzung der Summe und in dem Verwendungszweck, sondern vor allem in der Tatsache, daß heute im größten Umfange brachliegende Kapazität im Produktionsapparat vorhanden ist. Infolgedessen kann die Produktionssteigerung der Kaufkraftsteigerung in dem geplanten Umfange ohne Schwierigkeiten folgen."¹¹

Aus diesen "Thesen" entstand nun der eigentliche "WTB"-Plan, der Arbeitsbeschaffungsplan vom 26. Januar 1932 mit der Unterschrift Fritz Tarnows:

"Der Plan soll die Gewähr bieten, daß zunächst etwa 1 Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen von Reichsbahn, Reichspost, kommunalen Verbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts Aufträge in solchem Ausmaße vergeben werden, daß hierdurch teils unmittelbar, teils mittelbar eine Million bisher Arbeitsloser Beschäftigung findet... Die auftragvergebenden Stellen erhalten einen entsprechenden langfristigen mit niedrigen Zinsen und Amortisationsraten ausgestatteten Kredit gegen Schuldverschreibungen, die von der Reichskredit A.G. (oder von anderen geeigneten Instituten) ausgezahlt werden und bei der Reichsbank rediskontierbar sind."¹²

DAS INFLATIONSARGUMENT

Wir schreiben nun Januar 1932. Das Arbeitslosenheer ist auf 6 Millionen angeschwollen. Nazis und Kommunisten frohlocken, schreibt Julius Leber in sein Tagebuch:¹³ "Denn ihre Mutter ist die Not, ist die Verzweiflung eines Volkes, das keinen Ausweg mehr sieht aus den Wirrnissen einer sinnlos gewordenen Gegenwart." Dies mußte doch auch der SPD-Führung vor Augen liegen, deswegen ist es gar nicht zu fassen, daß die SPD-Spitze – der Fraktionsvorsitzende Rudolf Breitscheid, der Parteichef Otto Wels und die Wirtschaftsexperten Hilferding, Naphtali und Bauer – den WTB-Plan tatsächlich sabotierten!

Das Hauptargument der SPD-Führung war, der ADGB-Plan sei "inflationistisch". Hilferdings Haltung mag sich dadurch erklären, daß er in den 20er Jahren während der Inflationszeit Wirtschaftsminister gewesen war. Auf seinen Vorschlag beschloß das Reichskabinett 1923 die Einführung der Rentenmark. Doch gegenüber dem marxistischen Publikum argumentierte Hilferding nun, wer mit Arbeitsbeschaffung dem kapitalistischen System aus der Klemme helfen wolle, der sei kein Marxist. Auch die Kommunisten argumentierten so: Die Arbeiterklasse sei nicht dazu da, "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" zu spielen. Otto Wels nahm es dem ADGB übel, daß dieser plötzlich in

der Politik der Partei den Ton angeben wolle. Der Hauptwiderstand der SPD-Oberen richtete sich jedoch gegen die Finanzierung durch zusätzliche Kaufkraftschöpfung seitens der Reichsbank, und damit standen sie in einer Front mit dem Reichsbankpräsidenten Luther und dessen Vorgänger Hjalmar Schacht, der zu dieser Zeit bereits mit Hochdruck das "Projekt Hitler" vorantrieb.

Die ideologische Nähe Breitscheids und Hilferdings zu Schacht erhellt sich zum Teil aus der gemeinsamen Vorgeschichte. So war Breitscheid in früheren Jahren zusammen mit Schacht im Handelsvertragsverein tätig gewesen und hatte Schacht damals von linksliberaler Seite propagandistisch unterstützt. Schacht seinerseits sorgte durch geschickte Legendenbildung dafür, daß er selbst und nicht Hilferding 1923 als "Schöpfer der Rentenmark" gefeiert wurde. Solche Details können zwar Zusammenhänge deutlicher machen, aber das verbohnte Verhalten der SPD-Führung entschuldigen können sie nicht.

Auf einer Bundesausschußsitzung am 15. und 16. Februar 1932 kam es zur Auseinandersetzung zwischen SPD- und Gewerkschaftsführung. Die SPD widersetzte sich zwar nicht dem Arbeitsbeschaffungsprogramm als solchem, verlangte jedoch, daß es durch eine sogenannte "volkstümliche Anleihe" finanziert werden sollte. Es war jedoch völlig unrealistisch, eine solche Anleihe jemals am Kapitalmarkt zu plazieren. Die Sitzung endete mit einem Kompromiß: Der ADGB übernahm die Forderung der "volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe", aber mit dem Zusatz, daß die nicht untergebrachten Anleihestücke einstweilen "den Banken als bei der Reichsbank diskontierbare Unterlage zur Zwischenfinanzierung" der Arbeitsbeschaffung dienen sollten. Im Gegenzug stimmte die SPD einem außerordentlichen Krisenkongreß des ADGB zu, bei dem es ausschließlich um Arbeitsbeschaffung gehen sollte.

Damit war endlich der Startschuß zu einer breiten Organisierungskampagne für die Arbeitsbeschaffung gegeben. Der Krisenkongreß fand am 13. April 1932 statt und war ein großer Erfolg. Brüning kam selbst nicht, hatte aber Arbeitsminister Stegerwald geschickt. Der ADGB-Vorsitzende Leipart griff die Deflationspolitik der Regierung direkt an: Indem man die Kaufkraft der Massen vernichtete, trieb man Industrie, Handel und Gewerbe in immer größere Not, und "der Umfang der Arbeitslosigkeit ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen", sagte er. Nach jeder Notverordnung habe die Zahl der Arbeitslosen zugenommen, und die politische Radikalisierung entsprechend auch. In bezug auf Brünings Argument, eine Arbeitsbeschaffung größeren Stils sei in Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen Deutschlands nicht möglich, entgegnete Leipart: "Ich bin der Meinung, daß diese übertriebene Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen, die man uns dauernd predigt, zu weit geht."¹⁴

Wilhelm Eggert trug dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, das in Übereinstimmung mit dem WTB-Plan 2 Mrd. RM vorsah, durch die – gewissermaßen als "Initialzündung" – eine Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden sollten. Als Projekte nannte er Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meliorationen sowie Aufträge von Reichspost und Reichsbahn. Finanziert werden sollte das Programm durch die eingesparte Arbeits-

losenunterstützung, die Steuern und Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Wiederbeschäftigten, Mehreinnahmen durch Verbrauchssteuern und durch die von der SPD verlangte "volkstümliche Anleihe", wobei die nicht verkauften Anleihen aber als bei der Reichsbank diskontierbare Unterlage zur Zwischenfinanzierung dienen sollten.

Nach Eggerts Rede wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet, die den WTB-Plan zum offiziellen Programm des ADGB erhob. Ein Schönheitsfehler war nur ihre Verschwommenheit hinsichtlich der Finanzierung. Woytinsky hatte in *Die Arbeit* (Heft 3, 1932) erläutert, in welcher Weise die nicht untergebrachten Anleihestücke "den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen" sollten: "Von den mit den Arbeiten betrauten Unternehmern werden Wechsel auf die als Träger der Arbeiten in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften gezogen." Die Banken könnten diese Wechsel einlösen und ihrerseits "bei der Reichsbank diskontieren". In der Resolution vom 13. April 1932 fehlte jedoch der entscheidend wichtige Verweis auf die Diskontierbarkeit bei der Reichsbank. Es hieß nur: "Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen."¹⁵

Insbesondere Tarnow war entschieden gegen den Kompromiß mit der Anleihe gewesen. Und Woytinsky hatte immer wieder betont: "Krisenbekämpfung heißt aber Arbeitsbeschaffung. Und wer Arbeitsbeschaffung sagt, der hat von der Kreditschöpfung gesprochen."¹⁶

BRÜNINGS DILEMMA

Woytinsky hielt es für einen schweren Fehler, daß die SPD sich geweigert hatte, gemeinsam mit den Gewerkschaften Brüning zur Aufgabe der Deflationspolitik zu bewegen. In seiner Autobiographie *Stormy Passage*, die lange nach seiner Emigration in die USA erschien, schreibt Woytinsky:

"Es kam mir so vor, als sähe ich förmlich vor Augen, wie Brüning Deutschland in eine Tragödie führte. In einer Zeit, als Kaufkraftschwund und Preisverfall die Hauptübel waren, verabreichte er dem Land ständig mehr Deflation, und mit jedem Schritt, den er unternahm, wuchs die Arbeitslosigkeit, stieg die nazi-kommunistische Flut höher und näherte sich das Land weiter dem Abgrund. Aber Brüning war ein Mann von hoher Intelligenz und tadelloser Integrität. Seine Selbstmordpolitik entsprang seiner allgemeinen Weltanschauung. Er fürchtete das Phantom einer galoppierenden Inflation; er hatte nichts übrig für die Idee, die Arbeitslosen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhätscheln; und er hielt ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm für einen Luxus, den Deutschland sich nicht leisten könne.

Man darf über Brüning und seine Irrtümer aber nicht allzu streng den Stab brechen. Er teilte seine falschen Ideen mit vielen seiner Berater in der eigenen und in der Sozialdemokratischen Partei. Hätte letztere seine Politik nicht unterstützt, hätte er sie womöglich aufgegeben."¹⁷

Woytinsky begriff den Tragödiencharakter der Situation,

er wußte um den "springenden Punkt" – wie der Tragödiendichter Schiller sagen würde, an dem gehandelt werden muß, um die Katastrophe zu verhindern. In diesem historischen Drama gibt es im wesentlichen zwei solcher "springenden Punkte": Der erste und wichtigste fällt noch in die Regierungszeit Heinrich Brüning's. Der zweite betrifft, wie wir noch sehen werden, den Versuch des Generals von Schleicher, die Nazi-Katastrophe abzuwenden.

Brüning stand im Frühsommer 1932 tatsächlich kurz davor, die Deflation durch eine Arbeitsbeschaffungspolitik, wie Regierungsdirektor Lautenbach sie ihm nahelegte, zu ersetzen. Allerdings war seine oberste Priorität stets, erst das Problem der Reparationen auf dem Verhandlungswege loszuwerden. Im Juni 1931 waren die deutschen Reparationszahlungen durch das "Hoover-Moratorium" für ein Jahr gestundet worden. Anfang 1932 sollte eine internationale Konferenz über die endgültige Streichung entscheiden. Sobald das bewältigt wäre, wollte Brüning sich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuwenden. Die Konferenz wurde aber verschleppt, und kurz bevor sie dann im Juni in Lausanne zusammentrat, wurde Brüning – "hundert Meter vor dem Ziel", wie er bitter anmerkte – am 30. Mai 1932 gestürzt. Der Anlaß seines Sturzes war absurd: Die Fraktion der Großgrundbesitzer, die soziale Basis des Herrn von Papen, der nach ihm Reichskanzler wurde, warf Brüning wegen einer milden Landreform "Agrar bolschewismus" vor.

Warum wurde Brüning wirklich gestürzt? Die Deflationspolitik war es nicht, denn von Papen verhängte sofort weitere sozial- und lohnpolitisch einschneidende Notverordnungen. Nein, Brüning wurde gekippt, kurz bevor die Reparationen vom Tisch und der Weg für die längst vorbereitete wirtschaftspolitische Wende frei gewesen wäre.

Schon Anfang 1932 verweist Woytinsky in Die Arbeit auf die Möglichkeit einer solchen Wende. Mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden die Löhne auf das Niveau von 1927 bzw. um maximal 10% gesenkt; Kartellpreise und Altbaumieten wurden ebenfalls um 10% gesenkt und die Zinsen auf 6% begrenzt. In seinem Artikel vom Januar 1932 mahnt Woytinsky die SPD, doch endlich eindeutig gegen diesen "Abbauwahn" Stellung zu beziehen. Dabei verweist er auf einen sehr aufschlußreichen Begleitumstand dieser letzten Brüning'schen Notverordnung:

"Nach der Veröffentlichung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ließ die Reichsregierung die Vertreter der Presse zu sich kommen, um ihnen den inneren Sinn der gefaßten folgenschweren Entschlüsse klarzumachen. Dabei erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Notverordnung einen Schlußstrich unter die Periode der Deflationspolitik in Deutschland ziehe. ‚Was jetzt dem deutschen Volke zugemutet werde, führte er aus, gehe an die Grenze der Opfer- und Tragfähigkeit. Löhne und Gehälter könnten nicht weiter gesenkt werden als durch die neue Notverordnung, weil man sonst schwere Gefahren für Staat und Kultur heraufbeschwören würde.'"

In demselben Sinne äußerte sich der Reichskanzler: Die Notverordnung sei ein absolut zusammenhängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden könne. In diesem Augenblick... werde der Schlußstrich in der uns aufgezwungenen Deflationspolitik gezogen."¹⁸

Woytinsky ruft die SPD dazu auf, den deflationistischen Inhalt dieser Notverordnung energischer zu bekämpfen. Zugleich zeige sie aber auch, welche Möglichkeiten der Staat habe, in die Wirtschaft einzugreifen:

"Die 4. Notverordnung war in dieser Hinsicht eine eindrucksvolle Probe auf das Exempel: Nachdem es bewiesen ist, daß die Regierung die Macht besitzt, nicht nur Lohnsätze, sondern auch Zinsen nach den laufenden Verträgen, stoßartig gemäß einem bestimmten Plan, zu ändern, scheint die Forderung nach einer tatkräftigen ‚Ankurbelungsaktion' nicht mehr gewagt und utopisch zu sein."

Bevor Brüning jedoch die Wende hin zur "Kreditausweitung" vollziehen konnte, wurde er mitten in den Vorbereitungen samt seinem Kabinett entlassen.¹⁹

VOM WTB-PLAN ZUR GEWERKSCHAFTSACHSE

Mit dem Regime von Papen konnte und wollte die Arbeiterbewegung sich nicht abfinden. Franz von Papen verhängte neue Opfer bei Löhnen und Sozialleistungen, wollte Hitler als Vizekanzler ins Kabinett holen (was dieser aber ablehnte), ließ die unter Brüning verbotenen NS-Kampforganisationen SA und SS wieder zu, setzte die preußische Regierung ab und regierte mit Hitlers Tolerierung.

Unterdessen bestimmte das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB und der anderen Reformer die öffentliche Diskussion über ein ernsthaftes wirtschaftspolitisches Gegenprogramm. Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch staatliche Kreditschöpfung wurde zum Dreh- und Angelpunkt einer breiten Interessengemeinschaft, die sich aus einer Vielzahl privater Gruppen und gesellschaftlicher Organisationen zusammensetzte, die jeweils eine der vielen Varianten des WTB-Plans unterstützten. Dazu gehörten neben der Massenorganisation ADGB, den Freien Gewerkschaften (Adolf Reichwein) und den christlichen Gewerkschaften (Adam Stegerwald) die erwähnte Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft (Heinrich Dräger, Wilhelm Grotkopp), das Institut für Konjunkturforschung (Ernst Wagemann), der Landgemeindetag (Günther Gereke), der Deutsche Städtetag (Oskar Mulert), das zur SPD gehörende Reichsbanner und viele mehr.

Einige Kostproben sollen die lebhafte Debatte seit dem ADGB-Krisenkongreß im Frühjahr illustrieren: Wladimir Woytinsky kommentierte in der Gewerkschaftszeitung Pressestimmen zum WTB-plan und nahm sich u.a. die Frankfurter Zeitung (heute Frankfurter Allgemeine) vor, die "den traurigen Ruhm beansprucht, den Chor der Gegner der Arbeitsbeschaffung anzuführen." Die Zeitung hatte vor der "psychologischen Gefahr eines Runs und einer allgemeinen Flucht in die Sachwerte" als Reaktion auf die Arbeitsbeschaffung gewarnt. Woytinsky entgegnet erbot:

"Das Blatt verkennt offensichtlich die ‚psychologische Gefahr' der dauernden Massenarbeitslosigkeit, die die Menschen zur Verzweiflung treibt und die Grundlagen selbst des sozialen und politischen Lebens untergräbt. Es bemerkt nicht, daß es solche ‚psychologischen Gefahren' gibt wie das Unsicherheitsgefühl, das sich

immer mehr der Bevölkerung bemächtigt, das Aufblühen des politischen Radikalismus, das Gespenst des Bürgerkrieges, das über dem Lande schwebt. Es weiß anscheinend nichts über den Zusammenhang dieser Gefahren und der Massenarbeitslosigkeit."²⁰

Auf der Unternehmenseite der Reformer forderte Heinrich Dräger im zweiten Sonderheft der Wirtschaftswende "produktive Kreditschöpfung" zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Höhe von zunächst 2 Mrd. RM. Sollte sich das Programm bewähren, könnte es später auf 5 Mrd. RM aufgestockt werden. Dabei verweist er auf die Tatsache, daß nicht einmal die gänzlich unproduktive Kreditschöpfung von 1 Mrd. RM im Jahre 1931 "zugunsten der Banken und Sparkassen" in Deutschland zu Preissteigerungen und Inflation geführt habe. Daher sei es "nicht zu verantworten, diesen Weg (der Kreditschöpfung, G.L.) nur dann für gangbar zu erklären, wenn es sich um Stützungsaktionen für die Großbanken handelt und ihn als gefährliches Verbrechen zu brandmarken, wenn es sich darum handelt, die zweifellos reichlich vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland nutzbar zu machen für einen Teil all derjenigen, die nach Arbeit hungern."²¹ (Hervorh. v. H.D.)

Die Arbeitsbeschaffungsdebatte und das Sichtbarwerden einer breiten gesellschaftlichen Koalition in dieser Frage, der sogenannten "Gewerkschaftsachse", führte in der zweiten Hälfte 1932 zu einem markanten Stimmungsumschwung: bei den Reichstagswahlen im November erhielten die Nationalsozialisten 2 Mio. Stimmen weniger als noch im Juli. Julius Leber beschreibt die Stimmung während des Wahlkampfes im Oktober: "Die gleichen, die noch vor sechs Wochen voller Enthusiasmus und Begeisterung ‚Heil Hitler‘ brüllten – sie legen heute sorgfältigst Wert darauf, daß niemand mehr an diesen wunden Punkt in ihrer Vergangenheit rührt, denn Hitler ist heute nicht mehr fein, er ist nicht mehr vornehm, er ist – über Nacht – aus der Mode gekommen."²²

Der WTB-Plan hatte den Nazis das Thema Arbeitslosigkeit aus der Hand genommen, dafür sorgte schon die Tatsache, daß die Forderung nach Schaffung von einer Million gesellschaftlich nützlicher Arbeitsplätze von den Gewerkschaften erhoben wurde. Zwar hatte Adolf Hitlers Rivale Gregor Strasser noch im Wahlkampf vor der Juli-Wahl in der NSDAP ein "Sofortprogramm" durchsetzen und massiv verbreiten können, das dem WTB-Plan in manchen Punkten ähnlich sah, doch Hitler ließ es, vermutlich auf Betreiben Schachts und dessen mächtiger Wirtschaftsfreunde, schon im September buchstäblich einstampfen und am 22. Oktober 1932 von der NSDAP-Reichspropagandaleitung ausdrücklich zurückziehen.²³ Die Nazi-Partei war tief gespalten und nach den Stimmenverlusten am 6. November erst recht zerrüttet, Goebbels dem Selbstmord nahe. Die Lage war reif, sie jetzt aus dem Feld zu schlagen.

Die "Reformer" hatten also erfolgreich in die Geschichte eingegriffen, die politischen Gegebenheiten sichtbar verändert. Der in vieler Hinsicht am klarsten denkende Kopf in der Gruppe der Reformer war Woytinsky, darin kann man Fritz Baade gewiß zustimmen.²⁴ So kann man wohl sagen: Ohne Woytinsky kein WTB-Plan, ohne WTB-Plan kein aktives Gewerkschaftsprogramm, ohne dieses keine "Gewerkschaftsachse", welche die Grundlage einer ganz neuen politischen Option lieferte, um mit den Nazis fertig zu werden.

Diese Option ergriff der ehemalige Reichswehrminister Kurt von Schleicher.

DER SOZIALE GENERAL

Mit den meisten Vertretern der "Gewerkschaftsachse" führte General von Schleicher in der zweiten Jahreshälfte 1932 Sondierungsgespräche, ob sie eine von ihm geleitete Regierung, welche die Arbeitsbeschaffung in den Mittelpunkt stellen und die Nazis spalten und ausschalten wolle, unterstützen würden. Alle Gespräche verliefen positiv, nur der SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Breitscheid lehnte ab. Wilhelm Högner, ein alter Sozialdemokrat, schreibt später: "Allein der Versuch, die nationalsozialistische Partei in einen Hitlerflügel und einen Strasserflügel zu spalten und der Sozialdemokratie oder doch den Gewerkschaften Einfluß auf die geistige Haltung der Reichswehr zu verschaffen, durfte nicht von vornherein abgelehnt werden."²⁵

Warum? Die Person von Schleichers bot keine Ausrede für diese Verweigerung. Schließlich hatte er die Weimarer Republik 1918 gegen den Ansturm der Kommunisten und 1923 beim Hitler-Putsch in München gegen die Nazis verteidigt. Zudem stand von Schleicher im Rufe eines "sozialen Generals", manche titulierten ihn weniger wohlwollend als "roten General"; und das nicht erst seit jener Rede vom 26. Juli 1932 – von Schleicher war noch Reichswehrminister –, in der er gesagt hatte, die Reichswehr sei weder eine "Parteiarmee" noch die "Schutzmacht irgendwelcher Klassen oder Interessenten" noch wolle sie "überlebte Wirtschaftsformen oder unhaltbare Besitzverhältnisse decken". Und er betrachte es als besondere Aufgabe, "die Not gerade in den ärmsten Bevölkerungsschichten zu lindern".

Kurt von Schleicher war seit langem mit jenen Kreisen in der deutschen Elektro- und Chemieindustrie verbunden, die an einem sich entwickelnden Handel mit Rußland interessiert waren und deswegen Rathenaus Rapallo-Politik unterstützt hatten. Zu diesen Kräften in der deutschen Wirtschaft gehörte auch Otto Wolff, der sich sehr für den Handel mit China eingesetzt hatte und Schleicher in Wirtschaftsfragen beriet. Diese Industriefraktion stand in starkem Interessengegensatz zu Schacht und dessen Gönnern in der anglo-amerikanischen Finanzwelt und auch zu den Teilen der Schwer- und Rüstungsindustrie, die Hitler unterstützten und sich u.a. im Keppler-Kreis zusammenfanden.²⁶

Hitler ordnete später an, Otto Wolffs Handelsfirma ohne Aufsehen zu liquidieren, ein Befehl der allerdings nur teilweise ausgeführt wurde. Schleichers engste Vertraute bei der Reichswehr waren Generalmajor Ferdinand von Bredow und General Kurt von Hammerstein-Equord. Bredow wurde zusammen mit Schleicher 1934 auf Hitlers Befehl von der SS ermordet. Hammerstein forderte bewaffneten Protest der Reichswehr gegen die Morde, kam aber damit nicht durch. In der Wehrmacht gehörte er von Anfang bis Ende zu den Kräften gegen die Hitler-Diktatur. Dies soll nur andeuten, welche historisch einmalige Kombination von Kräften hier zusammentraf, der es durchaus hätte gelingen können, das Ruder in letzter Minute herumzureißen und Hitlers Machtgreifung zu verhindern.

Sleleichers Plan war durchaus realistisch: Erstens wollte er Arbeit schaffen; und zweitens wollte er, gestützt auf die Reichswehr, eine breite Bürgerbewegung und die Gewerkschaften, die Nazi-Bewegung durch Spaltung der Partei und

Zerschlagung ihrer paramilitärischen Organisationen un-
schädlich machen. Dazu hätte er vorübergehend den
Staatsnotstand erklären müssen. Die SPD-Spitze lehnte dies
jedoch ab und verlangte vom ADGB-Chef dieselbe Haltung.
Leipart verhandelte zwar mit Schleicher, konnte sich aber
zu einem Alleingang ohne die Partei nicht durchringen.
Der Sozialdemokrat Gustav Noske erhebt in seinen Memoi-
ren deswegen schwere Vorwürfe gegen die damalige SPD-
Spitze: "In einer Verrantheit, wie sie in der Geschichte
aller Parteien mir sonst nicht bekannt geworden ist, wider-
setzten sich Leute, die sich einbildeten, Führer zu sein, der
letzten Möglichkeit, sich und ihre Einrichtungen vor der
drohenden Vernichtung zu bewahren."²⁷

Dabei hielt Schleicher, nachdem er am 2. Dezember von
Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war, alle
seine Zusagen gegenüber den Gewerkschaften. Die Be-
kämpfung der Arbeitslosigkeit wurde zur vorrangigen Auf-
gabe erklärt. Günther Gereke wurde Reichskommissar für
Arbeitsbeschaffung und griff auf die Pläne der Reformer
zurück. Der sozial- und lohnpolitische Teil der von Papen-
schen Notverordnungen wurde außer Kraft gesetzt, wie Lei-
part es gefordert hatte. Am 15. Dezember hielt von Schlei-
cher im Rundfunk eine programmatische Rede über die
ergriffenen Maßnahmen. "Die Arbeitseinkommen sind tief
herabgedrückt. Eine weitere Senkung ist weder sozial erträglich
noch wirtschaftlich zweckmäßig." Der markanteste
Satz war jedoch dieser: "Ich bin ketzerisch genug einzuge-
stehen, daß ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch
des Sozialismus bin. Wegen eines Dogmas soll man sich
nicht die Köpfe einschlagen."²⁸

Die Spaltung der NSDAP war leider mißlungen: Hitler
entschied den innerparteilichen Machtkampf für sich, und
am 8. Dezember 1932 mußte Gregor Strasser sämtliche Par-
teiamter niederlegen. Schacht setzte nun alles daran, Hitler
an die Macht zu bringen. Dennoch hätte Schleicher sich
mit Unterstützung der Gewerkschaften, die immerhin über
die Waffe des Generalstreiks verfügten, und der Reichswehr
wahrscheinlich lange genug halten können, bis das
Arbeitsbeschaffungsprogramm Wirkung gezeigt hätte.

Nach langem Hin und Her bewilligte Reichsbankpräsi-
dent Luther schließlich einen Reichsbankkredit von 500
Mio. RM für die erste Tranche des Projekts (der WTB-Plan
hatte 2 Mrd. RM gefordert). Das Programm wurde mit Ver-
ordnung vom 28. Januar 1933 beschlossen. Am gleichen
Tag wurde die Regierung von Schleicher gestürzt – wieder
einmal durch von Papen, der nach dem Krieg zusammen
mit Schacht und den Nazikriegsverbrechern in Nürnberg
auf der Anklagebank saß. Er wurde ebenso wie Schacht frei-
gesprochen, denn die Anklage lautete leider nicht, Hitler an
die Macht gebracht zu haben.

Robert Friedlaender-Prechtel, der Herausgeber der Wirt-
schaftswende kommentierte bitter, die Regierung Schlei-
cher sei "durch die vereinigten Bemühungen der Groß-
grundbesitzer, Großindustriellen und Großbankherren
gestürzt worden, die Sorge hatten, diese Regierung würde
nicht genügend Respekt vor den heiligsten Einrichtungen
der Nation haben, sondern die von den Besten des Landes
schon lange als notwendig erkannten sozialen und wirt-
schaftlichen Reformen durchführen."

Der springende Punkt in dieser Tragödie lag jedoch in der
Frage der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Kredit-
schöpfung, ohne die sie nicht möglich war. Keiner hatte

dies früher und klarer erkannt als die Gruppe um Wladimir
Woytinsky. Fritz Baade schrieb 1960:

"Die ‚Reformer‘ erkannten viele Jahre, bevor Hitler
die Macht im Lande übernahm, welche latente Gewalt
sechs Millionen Arbeitslose darstellten: Kapital in
einem dynamischen Sinn und die wichtigste Reserve,
um sich aus der Depression herauszumanövrieren.
Indem die Weimarer Republik auf die Macht, dieses
Kapital zu nutzen, verzichtete, lieferte sie es den Natio-
nalsocialisten aus, die es zum Einsatz brachten – erst
beim Bau von Autobahnen und Fabriken zur Herstel-
lung synthetischer Rohstoffe, später im steigenden
Maße in der Rüstungsindustrie und zur Kriegsvorberei-
tung."²⁹

Diesen Fehler dürfen die demokratisch regierten Indu-
striestaaten in der heutigen Weltwirtschaftskrise nicht noch
einmal machen.

PERVERSION DURCH DIE NAZIS

Die Nazis bemächtigten sich 1933 nicht nur der Staatsorga-
ne, sondern auch des unter Schleicher durchgeplanten und
beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Das ist
schlimmer als ein Plagiat. Wenn jemand einem anderen
eine Erfindung stiehlt, ist das an sich schon Verbrechen
genug; katastrophaler noch ist, wenn der Räuber die Erfin-
dung dabei verfälscht und ihre Zielsetzung ins böse Gegen-
teil verkehrt.

Nichtsdestoweniger wurde aus dem Verschwinden der
Arbeitslosen unter der Hitler-Diktatur hinterher ein dop-
pelseitiger Fehlschluß abgeleitet: Entweder benutzte man es
als Argument für einen neuen Faschismus, welcher doch im
Grunde ganz attraktiv sei, wenn man nur den Holocaust
wegließe; oder man benutzte es, um jegliche dirigistische
Abweichung vom neoliberal-monetaristischen Kurs als
"faschistisch" (oder sozialistisch) zu verteufeln.³⁰ Beide
Argumente finden wir heute verknüpft mit neoliberalen
Kampfparolen gegen Sozialstaat und Demokratie, während
immer mehr Elemente tatsächlicher Nazi-Politik – von der
Rationierung der Gesundheitsversorgung über die Legalisie-
rung der Euthanasie bis zur Ausbeutung der Arbeitskraft
von Häftlingen in privatisierten Gefängnissen – er-
schreckenderweise in die heutige politische Debatte oder
gar in die konkrete Tagespolitik Eingang finden.

Und deswegen müssen wir das janusköpfige Nazi-Argu-
ment, die Arbeitsbeschaffung und produktive Kreditschöp-
fung betreffend, scharf zurückweisen.

Nur zur Erinnerung: Schacht widersetzte sich noch 1932
allen Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung und predigte stur
Lohnsenkungen und Sparpolitik. Eine Generation sollte
"sich bescheiden, sparen und arbeiten", hatte er 1931 bei
der Konferenz der Harzburger Front gefordert.³¹ Von Kredi-
tschöpfung wollte er nichts wissen. "Alle Projekte, die in
irgendeiner Form zusätzliches Geld drucken wollen, sind
von der Hand zu weisen."³²

Doch mit der Machtergreifung im Januar 1933 wurde das
Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Schleicher,
der "Gereke-Plan" übernommen. Hitler versuchte von
Anfang an, es in Richtung "Wehrhaftmachung" zu perver-
tieren. Nach wenigen Monaten wurde Gereke (nachdem er

sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten) ein Strafverfahren wegen Veruntreuung riesiger Geldsummen angehängt, das nur den einen Zweck hatte, ihn möglichst schnell loszuwerden. Schon im folgenden Jahr 1934 wurde der Rüstungsetat verzehnfacht. Insgesamt wurden 5,5 Mrd. RM für zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte, mehr als 40 Mrd. dagegen für solche im Rüstungsbereich ausgegeben.

Nun zur produktiven Kreditschöpfung, die heutige Monetaristen und Neoliberale oft und gern mit Schachts Mefo-Wechseln vergleichen. Der Vergleich ist grotesk. Zum einen waren die Mefo-Wechsel keine produktive, sondern "unproduktive Kreditschöpfung", denn das Endprodukt diente der Rüstung und trug, im Gegensatz zu zivilen Projekten wie Eisenbahnstrecken oder Staudämmen, nichts zur Erhöhung der Produktivität der Gesamtwirtschaft bei.

Zum anderen waren die Mefo-Wechsel ein ausgemachter Schwindel: "Mefo" leitet sich von der "Metallurgischen Forschungsgesellschaft", die war eine Strohfirma mehrerer großer Rüstungskonzerne mit einem lächerlichen Eigenkapital von 1 Mio. DM war. Mit Schachts Unterstützung, der nun wieder Reichsbankchef war, stellte die Metallurgische Forschungsgesellschaft Wechsel in der 12000fachen Höhe ihres Eigenkapitals, nämlich über insgesamt 12 Mrd. RM aus. Alle "Reformer" waren sich darin einig, daß Reichsbankkredite (oder bei der Reichsbank diskontierbare Wechsel) nur für einen ganz bestimmten Zweck und in einem vorher nach reiflicher Diskussion festgelegten Umfange ausgegeben werden durften. Unter Schacht wurden Mefo-Wechsel heimlich und von keiner öffentlichen Instanz genehmigten oder kontrollierten Höhe in Umlauf gebracht, um mit diesem Megaschwindel die Aufrüstung und Vorbereitung des Angriffskrieges zu tarnen. Ähnlich bedenkenlos treiben die Zentralbanken heute unproduktive Kreditschöpfung, um den Zusammenbruch des bankrotten Weltfinanzsystems hinauszuschieben.

Es war eine Perversion des Arbeitsbeschaffungskonzepts der "Reformer". Von den "Reformern" war es als Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft gedacht, wohingegen Schacht an einen Ankurbelungseffekt nie geglaubt hatte. Er setzte vielmehr auf Zerschlagung der Gewerkschaften, auf die weitere Senkung der Tariflöhne³³, auf die Ausbeutung von Arbeitskräften durch den Pflichtarbeitsdienst und auf Kostensenkung, auch wenn dies Menschenleben kostete. Diese Politik setzte sich später in der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter, der Häftlingsarbeit in den KZs, der Vernichtung angeblich "lebensunwerten Lebens" (Euthanasie) u.ä. fort. Das ist faschistische Wirtschaftspolitik – Nazi-Politik, die wir nie wieder dulden dürfen.

FAZIT

Nach einer klassischen Tragödie im Theater geht der Zuschauer keineswegs deprimiert, sondern innerlich gestärkt davon. Denn er hat etwas erkannt, oder er beginnt zumindest, zu erkennen, welche Handlungen des oder der Helden im entscheidenden Augenblick einen positiven Ausweg aus der verwickelten Lage geboten hätten. So braucht uns also der tragische Ausgang des hier nachgezeichneten Dramas der 30er Jahre nicht in lähmenden Pessimismus zu stürzen. Denn wir haben heute vor allem den großen Vorteil, daß wir daraus lernen und die Fehler der Vergangenheit vermeiden können.

Zudem gibt es heute nicht nur eine kleine Gruppe von Reformern, sondern eine wachsende internationale Bewegung, die sich in vielen Ländern der Erde für eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise einsetzt und in der das Schiller-Institut, die Bürgerrechtsbewegung Solidarität und besonders der Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LaRouche eine intellektuelle Führungsrolle innehaben. Sie verfügt über einen in mehreren Jahrzehnten entwickelten strategischen Durchblick und, dank LaRouche, über das weltweit fortgeschrittenste Wissen über physische Wirtschaftszusammenhänge. Lange vor Ausbruch der jetzigen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sie kohärente, internationale Programme zur Überwindung dieser Krise durch wirtschaftliche Entwicklung vorgelegt.

Jeder kann nun selbst Lehren aus diesem historischen Drama ziehen. Doch soviel als Resümee:

Die Gewerkschaftsbewegung heute – in Deutschland wie in allen anderen Ländern, wo es freie Gewerkschaften gibt – darf sich nicht in Abwehrkämpfen erschöpfen, sondern muß im Sinne Woytinskys für eine "aktive Wirtschaftspolitik", ein klares Gegenprogramm zum deflationären Sparkurs der Regierungen eintreten.

Die Hauptelemente eines solchen Programms sind folgende:

1. Schutz der Volkswirtschaften vor den Auswirkungen eines globalen Finanzkollapses: Zurückdrängen der Finanzspekulation durch Besteuerung; Vorsorge der nationalen Regierungen für den Fall eines Finanzkrachs; international abgestimmte Maßnahmen zur Reorganisation des bankrotten Finanzsystems.
2. Schluß mit dem "Abbauwahn". Aufgabe solcher weitgehend selbst auferlegten Deflationsmechanismen wie der ruinösen Maastricht-Kriterien, welche die Wirtschafts- und Haushaltskrise nur verschlimmern und unweigerlich zu einer faschistischen Austeritätspolitik führen, bei der Kostensenkung über Menschenleben geht.
3. Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Infrastrukturmaßnahmen: Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität hat z.B. für Deutschland ein Programm zur Schaffung von 1 Mio. Arbeitsplätzen bei öffentlichen Baumaßnahmen vorgeschlagen, das eine Vorfinanzierung in Höhe von 80 Mrd. DM erfordern würde. Diese Summe wird jedoch fast völlig durch die eingesparten Arbeitslosengelder bzw. die Steuern und Abgaben der wieder beschäftigten Arbeitslosen gedeckt.³⁴
4. Finanzierung solcher Programme durch produktive Kreditschöpfung (z.B. in Deutschland durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder bei völligem Wegfall der Kapitalmärkte, etwa nach einem Finanzkrach, durch Bundesbankkredite in bestimmten Umfang). Eine Inflationsgefahr ist dann ausgeschlossen, wenn das betreffende Vorhaben a) produktive Arbeitsplätze schafft, b) die güterproduzierende Wirtschaft wieder ankurbelt, und c) die Produktivität und Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft deutlich steigert.
5. Der weltstrategische Rahmen für solche Projekte ist heute von der Politik der "eurasischen Landbrücke" oder "neuen Seidenstraße" gesteckt.³⁵ Hier haben wir das moderne Gegenstück zu Woytinskys Forderung von 1931 nach "Arbeitsbeschaffung durch Verwirklichung eines großzügigen Planes" zum "Wiederaufbau Europas".

ANMERKUNGEN

1. Peregrine Worsthorne, *Sunday Telegraph*, 23.7.95, Überschrift: "A police state beats a welfare state" ("Polizeistaat geht über Wohlfahrtsstaat").
Derselbe in der gleichen Zeitung am 21.5.95 unter dem Titel "The Right-wing path to oppression": "Furthermore the degree of belt-tightening required of this country (gemeint ist England, G.L.) before it could hope to compete with Asia is going to be incomparably greater than anything demanded in the 1930s. William Rees-Mogg talks blithely of reducing public expenditure to not more than 25 per cent of national income... More capitalist stick, less welfare-state carrot – that is the pattern for the future. To govern under such conditions... will require a different class of ruler to anything available today." ("Der rechte Weg zur Unterdrückung": "Des weiteren wird das in diesem Lande erforderliche Maß des Gürtel-enger-Schnallens, bevor irgendwelche Aussicht auf erfolgreichen Wettbewerb mit Asien besteht, unvergleichlich größer sein als alles, was in den 30er Jahren gefordert wurde. William Rees-Mogg spricht fröhlich von der Reduzierung der öffentlichen Ausgaben auf nicht mehr als 25% des Nationaleinkommens... Mehr kapitalistischer Knüppel, weniger Wohlfahrtsstaats-Karotte – das ist das Modell der Zukunft. Unter solchen Bedingungen zu regieren... erfordert eine andere Sorte von Regierenden, als man sie heute zur Verfügung hat.")
Und am 4.2.96: "The big stick may be the next big idea": "It is not easy to write about the politics of fear... But since to a large extent politicians are paid to do the dirty work we do not want to do ourselves – such as imposing taxes, rationing scarce medical resources, locking people up... a reputation for nastiness ought to be an asset rather than a liability..." ("Der große Knüppel ist wohl die nächste große Idee": "Es ist nicht leicht, über die Politik der Angst zu schreiben... Aber da Politiker zum großen Teil dafür bezahlt werden, die Dreckarbeit zu erledigen, die wir nicht selbst tun wollen – etwa Steuern erheben, knappe medizinische Versorgungsleistungen rationieren, Leute einsperren... sollte der Ruf einer gewissen Bösartigkeit eher ein Plus als ein Minus darstellen...")
2. Robert Whelan, Mitarbeiter des Londoner Institute of Economic Affairs, schlug jüngst in der Zeitschrift des Instituts Economic Affairs vor, die afrikanischen Länder an multinationale Gesellschaften nach dem Vorbild der East India Company zu verpachten. In einem Kolonial-"Leasingvertrag" sollen die Pächter alle Staatseinkünfte bei einem festgelegten Höchststeuersatz für 21 Jahre leasen.
3. Vgl. Dringlichkeitsgesetz zur Wiederbelebung der Volkswirtschaft und LaRouches wirtschaftlicher Fünf-Punkte-Notplan in der EIRNA-Studie *Maastricht ruiniert Europa*, "Executive Intelligence Review"-Nachrichtenagentur, Wiesbaden, Mai 1996.
4. EIRNA-Studie Die eurasische Landbrücke, November 1996.
5. "Die Flut des wirtschaftlichen Wahnsinns" erschien in *Volkswirtschaftliche Beilage des Betriebsrates*, Hannover, Nr. 12, 1930, und in *Betriebsräte-Zeitschrift*, Stuttgart, Nr. 1, 1931.
6. W. Woytinsky, *Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise*, Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Hans Buske Verlag, Leipzig 1931.
7. *Die Arbeit*, Nr. 6, 1931, S. 413-440.
8. Die Denkschrift von Wilhelm Lautenbach, "Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung" in: Knut Borchert, Otto Schötz (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik in der Krise*, Die Geheimkonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft vom September 1931, Baden-Baden 1991, S. 307-325.
9. Robert Friedlaender-Prechtel, "Gereke-Plan", in: *Wirtschaftswende*, Sonderheft Februar 1933 (als es in Druck ging, war von Schleicher noch an der Regierung), S. 12.
10. Fritz Baade, *Fighting Depression in Germany*, in: Emma S. Woytinsky (Hrsg.), *So Much Alive. The Life and Work of W.S. Woytinsky*, Vanguard Press, New York 1961, S. 64.
11. "Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Vorgelegt von Dr. Baade – Tarnow – Woytinsky", Berlin, 23.12.31, Msk. im DGB-Archiv bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, veröffentlicht in: Michael Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 225ff.
12. "Der Arbeitsbeschaffungsplan (Baade – Tarnow – Woytinsky)", Berlin, 26.1.32, Msk. im DGB-Archiv bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, veröff. in: Michael Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB*, S. 231ff.
13. Julius Leber (Gustav Dahrendorf Hrsg.), *Ein Mann geht seinen Weg*, Mosaik Verlag, Berlin-Frankfurt 1952.
14. Zit. nach Schneider, S. 93.
15. "Wiederaufbau durch Arbeitsbeschaffung. Beschluß des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses vom 13. April zu Berlin", in: *Gewerkschaftszeitung* Nr. 17, 23.4.32, zit. nach Schneider, S. 235f.
16. W. Woytinsky, "Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?", *Die Arbeit*, Nr. 1, 1932, S. 24.
17. W. Woytinsky, *Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom: 1905-1960*, Vanguard Press, New York 1961, S. 466f.
18. Woytinsky zitiert in *Die Arbeit* Nr. 1, 1932, das Berliner Tageblatt vom 9.12.31.
19. Vgl. Gustav Stolper, *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Mohr (Siebeck), Tübingen 1964, S. 138.
20. W. Woytinsky, "Für und wider Arbeitsbeschaffung", in: *Gewerkschaftszeitung* Nr. 18, 1932, S. 277.
21. Heinrich Dräger, "Produktive Kreditschöpfung", in: *Wirtschaftswende*, Sonderheft Februar 1933, S. 34.
22. Julius Leber, a.a.O., S. 89.
23. Vgl. Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Fischer, Frankfurt 1988, S. 44f.
24. Vgl. F. Baade, *Fighting Depression*, a.a.O., S. 65 und 68.
25. Wilhelm Högner, *Der schwierige Außenseiter*, Isar-Verlag, München 1959, S.74
26. Zu dem Kreis um Hitlers Wirtschaftsberater Keppler zählten neben Schacht, Thyssen und dem Bankier von Schroeder auch Vögler (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat), Rosterg (Wintershall AG), Reinhart (Commerzbank), Helfferich (HAPAG) und Steinbrinck (Friedrich Flick KG). Vgl. Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, Luchterhand, Neuwied-Berlin 1971, S. 54.
27. Gustav Noske, *Erlebtes...*, Bollwerk Verlag, Offenbach 1947, S. 311.
28. Zitiert nach Friedrich Stampfer, *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik*, Bollwerk Verlag, Offenbach 1947, S. 659.
29. F. Baade, a.a.O., S. 65.
30. Lord William Rees-Mogg, Propagandist der "Konservativen Revolution", schafft beides in ein und demselben Artikel, siehe die *Londoner Times* vom 17.10.96. Überschrift: "Europe's fascist spectre". Darin unterstellt Rees-Mogg Franklin Delano Roosevelt und John F. Kennedy eine faschistische Wirtschaftspolitik und räsoniert gleichzeitig darüber, was am Faschismus schon immer so "attraktiv" gewesen sei – z.B. der Neodarwinismus. Auch Hitler habe an das "Überleben des Stärksten" geglaubt.
31. Vgl. Heinz Pentzlin, *Hjalmar Schacht*, Ullstein, Berlin 1980, S.158.
32. Vgl. A. Barkai, a.a.O., S.43 (Fußnote).
33. Nach Hitlers Machtergreifung sanken die Realariflöhne brutto und netto weiter, wegen Mehrarbeit stiegen die Realwochenlöhne jedoch geringfügig an. Vgl. Barkai, a.a.O., Tabelle S. 236.
34. Lothar Komps Arbeitsbeschaffungsplan: "Die Alternative zu Maastricht: Das produktive Dreieck", in: EIRNA-Studie *Maastricht ruiniert Europa*, S. 23ff.
35. Siehe Anm. 4.

Für ihre Unterstützung bei der Materialsammlung zu diesem Artikel möchte ich mich bedanken bei Robert Becker, Edmund Steinschulte und dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Was bedeutet produktive Kreditschöpfung?

Gabriele Liebig

Laut *Gablers Wirtschaftslexikon* bedeutet Kreditschöpfung „Geldschöpfung durch Kreditgewährung“, da der größte Teil des Geldes durch Kreditgewährung entsteht. Kredit bzw. Geld schöpfen können Banken und Zentralbanken. Wenn eine Bank von einer Nichtbank ein Aktivum (Wechsel, Wertpapier, Aktie, etc.) kauft, zahlt die Bank mit einer Forderung auf sich selbst, indem sie dem Verkäufer ein Sichtguthaben einrichtet. Hebt dieser das Guthaben ab, erhöht sich die umlaufende Geldmenge. Solche Kredit- bzw. Geldschöpfung durch eine Bank ist durch ihre Liquidität bzw. ihren Kreditrückhalt bei der Zentralbank begrenzt. Der letztendliche Kredit- bzw. Geldschöpfer ist mithin die Zentralbank.

Der Unterschied der *produktiven Kreditschöpfung* zu anderen Kreditarten hängt von der Verwendung des Kredits ab, nämlich hier zu dem Zwecke, andernfalls brachliegende Arbeitskräfte und Produktionsanlagen in Tätigkeit zu versetzen. Während z.B. bei Hypothekarkrediten der reale Gegenwert und die Sicherheit für den Kreditgeber in dem entsprechenden Haus oder Grundstück liegen, besteht der reale Gegenwert bei der produktiven Kreditschöpfung in den Gütern, die aufgrund des Kredits nun hergestellt werden und einen Wertzuwachs bewirken, der im Erfolgsfall über die Summe von Zins und Tilgung des Kredits hinausgeht.

Die Kreditschöpfung der Zentralbank erfolgt z.B. durch zinsgünstige Kredite an Banken, den Ankauf von Wertpapieren oder die Diskontierung von Wechseln. Bei der *pro-*

duktiven Kreditschöpfung muß die Zentralbank streng darauf achten, daß der zusätzlichen Geldmenge stets eine mindestens entsprechend wachsende Menge produzierter, volkswirtschaftlich wertvoller Güter entspricht. Denn ein Überhang auf der Geldseite bedeutet Inflation, d.h. Geldentwertung.

Zu warnen ist daher vor allen Formen der unproduktiven (und meist heimlichen) Kreditschöpfung, indem die Zentralbank z.B. durch billiges Geld praktisch bankrotten Banken unter die Arme greift (siehe Japan) oder Löcher im Staatshaushalt durch Anwerfen der Notenpresse stopft (siehe Rußland heute oder Deutschland 1922-23).

Dagegen wäre z.B. eine produktive Kreditschöpfung der Bundesbank zur Vorfinanzierung Arbeitsplätze schaffender Infrastrukturprojekte schon des wirtschaftlichen Ankurbelungseffekts wegen geldpolitisch unbedenklich; ja sie wirkte sogar antiinflationär, da durch Beschäftigung einer großen Zahl bis dahin arbeitsloser Menschen weit mehr reale Werte (z.B. Bahnstrecken, Wohnungen, die dafür benötigten Teile und Materialien, etc.) geschaffen werden als die Gütermenge, welche in Geldform zuvor als Bundesbankkredit vorgeschossen wurde. (Ganz abgesehen von den Ersparnissen beim Arbeitslosengeld und der Sozialhilfe durch Beschäftigung dieser vorher Arbeitslosen, und den Zusatzeinnahmen der öffentlichen Hand, weil diese Beschäftigten nun wieder Steuern und Sozialabgaben zahlen können.)

Aus *Neue Solidarität* Nr. 27 / 1997

Notenbankkredite für öffentliche Investitionen sind gar nicht so tabu, wie immer getan wird. Bereits in den 80er Jahren wurde darüber intensiv debattiert.

Neue Wege der Kreditschöpfung

Lothar Komp

Das Paradox ist uns allen sehr vertraut: Die Wirtschaftsnachrichten sprechen Tag für Tag von „überschäumender Liquidität“, die die Aktienkurse in Frankfurt und New York in schwindelerregende Höhen treibt und sich zugleich in immer gefährlicherem Ausmaß in die „aufstrebenden Volkswirtschaften“ ergießt, so daß hier in den vergangenen Monaten bereits einige spekulative Blasen platzten. Auf der anderen Seite führen die Finanznöte der öffentlichen Haushalte zu einem bedrohlichen Substanzverlust der physischen und sozialen Infrastruktur, von der die Produktivität unserer Wirtschaft in entscheidendem Maße abhängt. Auch von privater Seite wird immer weniger Kapi-

tal für Investitionen in neue Bauten und Ausrüstungen aufgebracht. Das Resultat ist Arbeitslosigkeit auf Weimarer Niveau, die wiederum die öffentlichen Finanzen belastet und die Nachfrage nach den Produkten der privaten Wirtschaft weiter drückt.

Der Hintergrund dieser Fehlentwicklungen ist der Zusammenbruchsprozeß des weltweiten Finanzsystems, der durch ein unkontrolliertes Auseinanderlaufen der Wachstumskurven von Finanztiteln, Geldmenge und Güterproduktion charakterisiert ist. Finanztitel wie Aktien oder Regierungsanleihen sind Versprechen auf zukünftige Geldzahlungen. Die von den Kreditinstituten geschaffenen Buchgelder,

etwa in Form von Kontoguthaben oder Sparbüchern, können vom Bankkunden in Bargeld umgetauscht werden. Für dieses Bargeld wiederum garantiert der Staat eine Einlösbarkeit gegen Dienstleistungen und Güter. Wenn die Güterproduktion stagniert, während das Volumen von Finanztiteln in nie dagewesenem Tempo exponentiell anwächst, ist der Kollaps vorprogrammiert.

Die Antwort von Lyndon LaRouche auf diese Scherenentwicklung ist in dieser Zeitung wiederholt vorgetragen worden. Die beiden Kernpunkte sind sehr einsichtig und rufen bei der Schar der spekulativen Investoren verständlicherweise blankes Entsetzen hervor: Ein erheblicher Teil der überschüssigen Finanztitel, das „fiktive Kapital“, muß im Rahmen eines geordneten Bankrotverfahrens abgeschrieben werden. Weiterhin muß für das nachfolgende Finanzsystem sichergestellt werden, daß stets genügend finanzielle Mittel für Investitionen in Infrastruktur und neue Technologien bereitgestellt werden, weil nur so ein dauerhaftes Wirtschafts- und Finanzsystem gewährleistet werden kann. Dies läßt sich auf effektivste Weise durch eine produktive Kreditschöpfung bewerkstelligen, wobei die Notenbank einen Teil ihrer Geldschöpfung unmittelbar mit produktiven Investitionen, und eben nicht mit spekulativen Orgien nach heutigem japanischen Muster, verknüpft.

Dem gewöhnlichen, studierten Ökonomen dürfte spätestens bei diesen Worten die Hutschnur geplatzt sein, werden hier doch allerheiligste Dogmen der liberalen Wirtschaftslehre angerührt. Um so erstaunlicher ist, daß vor einigen Jahren eine hochkarätige Gruppe von Politikern und Finanzexperten in kleinem Kreise genau zu diesem Thema intensive Beratungen abhielt, wie aus der Schrift „Notenbankkredit an den Staat?“ (Schriften zur monetären Ökonomie, Band 22, Nomos-Verlag) hervorgeht, auf die der Autor von einem Leser dieser Zeitung aufmerksam gemacht wurde.

Am 23. Februar 1983 hatte der damalige Hamburger Regierungschef Klaus von Dohnanyi in einer Regierungserklärung eine „fatale finanzielle Scherenbewegung“ der öffentlichen Haushalte festgestellt. Aufgrund der „Krise der Weltwirtschaft“ und weiterer Einflüsse seien die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Steuereinnahmen des Staates rückläufig, obwohl gerade diese Situation zusätzliche öffentliche Ausgaben in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung und Folgekosten der Arbeitslosigkeit notwendig mache. Angesichts immer höherer Zinslasten stehe der Staat hier, konventionelle Finanzpolitik vorausgesetzt, vor Alternativen, die im Grunde allesamt politisch unannehmbar seien. Andererseits sei zwar reichlich privates Kapital vorhanden, aber die private Nachfrage stagniere, ebenso die privaten Investitionen, und die bestehenden Produktionskapazitäten seien völlig unzureichend ausgelastet. Gibt es keinen Ausweg? fragte er.

„Unsere Welt wird durch die Phantasie der Wissenschaftler und Ingenieure im Sturmschritt verändert“, heißt es in der Regierungserklärung. Nun müsse aber auch die Politik genügend Phantasie aufbringen, um „Menschen, die arbeiten wollen, und Aufgaben, die lebenswichtig sind, auch finanzierbar zusammenzuführen“. Andernfalls „wird uns eines Tages der Strudel sozialer Unruhen wegreißen. Übrigens zu Recht. Der Staat kann und darf so nicht handeln. Der Senat ist deswegen der Auffassung, daß Bund, Länder und Gemeinden für eine überschaubare Phase neue Wege

der Kreditfinanzierung der öffentlichen Hände zur sozialen Steuerung des Strukturwandels finden müssen, die Gegenwart und Zukunft versöhnen.“

Es wurde daher angeregt, Symposien zu veranstalten, auf denen „eine weitere Überlegung“ zur Diskussion gestellt werden solle, nämlich die Finanzierung öffentlicher Investitionen durch „Notenbankkredite an Bund und Länder mit besonderen Zins- und Tilgungskonditionen“. In der Folge fanden tatsächlich drei solcher Symposien in Hamburg statt, und zwar am 3. Dezember 1983, am 16. Juni 1984 und schließlich am 22. Juni 1985. Zu den Teilnehmern gehörten u.a. Claus Köhler aus dem Direktorium der Deutschen Bundesbank, der Präsident der Hamburger Landeszentralbank Wilhelm Nölling, der geschäftsführende Direktor der Hamburgischen Landesbank Hans Fahning, der Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) Armin Gutowski, der Präsident des Hamburger Rechnungshofs Harald Schulz, die Wirtschaftsprofessoren Willi Albers, Wolfgang Filc und Karl Schiller, sowie mehrere hochrangige Vertreter der Hamburger Senatskanzlei und natürlich der Hamburger Oberbürgermeister selbst.

Von den Befürwortern des neuen Finanzierungsinstruments Filc und Albers wurde im Detail auseinandergesetzt, daß eine Gewährung von Notenbankkrediten an den Staat weder eine Quelle für Inflation darstelle, noch die Autonomie der Bundesbank in Frage stelle, sofern die Kredite allein für öffentliche Investitionen vergeben würden und ihr Gesamtumfang sich nach dem von der Bundesbank vorgegebenen Ziel der Geldmengenausweitung orientiere. Heutzutage entsteht neues Geld in erster Linie durch eine Ausweitung der Kreditvergabe der Banken an Unternehmen, Staat und private Haushalte. Die Bundesbank steuert diesen Prozeß durch Festlegung von Mindestreserven, die eine Bank abhängig von ihrer Kreditvergabe an „Nichtbanken“ bei der Bundesbank hinterlegen muß, und durch Festlegung von Zinssätzen für Kredite der Bundesbank an die Geschäftsbanken. Beispielsweise wuchs die Geldmengenkategorie M3 (Bargeldumlauf ohne „Bankkasse“, Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei Geschäftsbanken sowie bestimmte Zentralbankeinlagen und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) im Jahre 1996 um 174 Mrd. DM.

Statt über die Geschäftsbanken, könnte die Bundesbank aber ebenso über direkte Notenbankkredite an öffentliche Haushalte neue Liquidität in die Volkswirtschaft pumpen, ohne dabei in irgendeiner Weise das angestrebte Ziel der Geldmengenausweitung abändern zu müssen. Dabei würde es sich um niedrigverzinsten oder gar zinslose Kredite handeln, die Bund und Länder allerdings nur für Investitionen, also vor allem in die Infrastruktur, verwenden dürfen. Der Bundesbankgewinn würde dann wegen entgangener Zins-einnahmen etwas geringer ausfallen. Aber der volkswirtschaftliche Gewinn durch die zusätzlichen Investitionen, die keine Erhöhung der staatlichen Schuldendienste zur Folge haben, wäre weitaus größer.

Offenbar ist die Bonner Regierung nicht imstande, die angesprochene Phantasie für neue Finanzinstrumente zur Schaffung produktiver Arbeitsplätze aufzubringen, allenfalls eine zunehmend peinliche „Kreativität“ bei buchhalterischen Tricks. Die sozialdemokratisch geführten europäischen Nachbarn machen es nicht besser. Wird sie „eines Tages der Strudel sozialer Unruhen wegreißen“?

Die Nationalbankreform – Schlüssel zur Lösung der Weltwirtschaftskrise

Dr. Jonathan Tennenbaum

EINLEITUNG

Die schwere Wirtschaftskrise in den Entwicklungs- und Industrieländern gibt Anlaß zur Suche nach Alternativen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ein zentrales Problem stellt dabei die Finanzierung umfangreicher Infrastrukturprojekte und anderer Verbesserungen im produktiven Sektor dar, welche für die Wiederherstellung eines gesunden Wirtschaftswachstums und für die Beschäftigungssicherung dringend notwendig sind.

Alexander Hamilton, der erste Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika, entwickelte in Verbindung mit einer Nationalbank die staatliche Kreditschöpfung im großen Maßstab zur landwirtschaftlichen, industriellen und infrastrukturellen Entwicklung der neugeborenen Nation. Ähnliche Methoden wurden von zahlreichen Nationen an entscheidenden Punkten ihrer Geschichte angewandt, so in den Vereinigten Staaten bei dem industriellen Aufschwung, der auf die Große Depression der frühen 30er Jahre folgte, und in Westeuropa beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heute steht Hamiltons Werk wieder im Zentrum der Debatte über die zukünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik. In den USA hat ein Vorschlag für die Reform der Federal Reserve (Zentralbank) entlang Hamiltonischer Grundsätze weite Verbreitung gefunden. In Frankreich wurde im vergangenen Jahr von einer Gruppe bekannter Wirtschaftswissenschaftler unter E. Malinvaud ein Plan für eine wirtschaftliche Erholung durch Infrastrukturprojekte vorgelegt, die über eine indirekte Form der Kreditschöpfung finanziert würden. Auf der Ebene der Europäischen Union könnte ein großer Teil der Finanzierung des Plans für europäische Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetze, wie im *Weißbuch* von Jacques Delors vorgeschlagen, bereitgestellt werden, indem man die Europäische Investitionsbank nach Hamiltonischen Prinzipien operieren läßt.

Im folgenden wollen wir die Grundsätze Hamiltonischer Nationalbankpolitik und Kreditschöpfung anhand historischer Beispiele analysieren. Die historische Sicht ist notwendig, weil das Hamiltonische Nationalbanksystem kein formales Schema darstellt, sondern praktisches Herangehen an konkrete Situationen. Weiter behandeln wir die Aussichten für eine Rückkehr zu Hamiltonischen Grundsätzen im Kontext einer Finanzreform auf nationaler und internationaler Ebene. Schließlich wenden wir uns einigen häufig vorgebrachten Einwänden von Kritikern der Hamiltonischen Methode zu, u.a. der Frage möglicher inflationärer Effekte der Kreditschöpfung.

HAMILTONS NATIONALBANK

Das beste Beispiel für die Anwendung Hamiltonischer Nationalbankprinzipien ist wahrscheinlich immer noch Hamiltons eigene Tätigkeit als erster Finanzminister (Schatzminister) der Vereinigten Staaten, was seine entscheidende Rolle bei der Einrichtung der Ersten Nationalbank der USA beinhaltet. Es ist deshalb nützlich, einige interessante Details dieses historischen Falls, die als Beispiel für nationale Wirtschaftspolitik bis heute von Bedeutung sind, etwas genauer zu schildern.

Die Erste Nationalbank der Vereinigten Staaten wurde formal im Februar 1791 durch ein Gesetz des Kongresses gegründet und arbeitete 20 Jahre lang als größte Geschäftsbank der USA. Mit ihrer Hilfe konnte Hamilton innerhalb kurzer Zeit das gewaltige Schuldenproblem der jungen Nation bewältigen und ein schnelles Wirtschaftswachstum in Gang setzen.

Um die Bedeutung der Ersten Nationalbank zu verstehen, müssen wir zunächst Hamiltons Gesamtstrategie betrachten — eine kühne und geniale Strategie. Sein Ziel war, auf der Basis einer institutionalisierten Politik zur Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Wohlstands des Landes die amerikanische Föderation als echten Nationalstaat zu konsolidieren.

Im Jahr 1790 hatte das Land etwa drei Millionen Einwohner, saß aber auf einem Schuldenberg von 79 Millionen Dollar, für die damalige Zeit eine gewaltige Summe. Ein großer Teil davon waren Auslandsschulden, die sich in der Folge des Unabhängigkeitskriegs angehäuften hatten. Hamilton handelte entschlossen im Sinne des zukünftigen Wohls der USA und entschied, daß die Bundesregierung die Verantwortung für alle Schulden im In- und Ausland, einschließlich der Kriegsschulden der einzelnen Bundesstaaten, übernehmen würde.

Zu diesem Zweck wurden mit dem *Funding Act* (Finanzierungsgesetz) vom August 1790 Bundesanleihen in Höhe der gesamten Schulden ausgegeben. Dabei handelte es sich hauptsächlich um langfristige Anleihen mit niedrigen, festen Zinssätzen. Für ein Drittel der Schulden wurden die Zinszahlungen für zehn Jahre ausgesetzt. Die akkumulierten ausstehenden Schulden wurden durch die Ausgabe von dreiprozentigen Anleihen abgedeckt.

Die in- und ausländischen Gläubiger waren de facto gezwungen, einen niedrigeren Zinssatz als zuvor zu akzeptieren; dafür waren die Schulden aber nun von einer Zentralregierung abgesichert, die auf Grundlage einer Politik der realwirtschaftlichen Expansion entschlossen war, die

notwendigen Gelder zu erwirtschaften und schließlich zurückzuzahlen. Die Gläubiger im In- und Ausland waren allgemein recht froh über diese Regelung, denn in ihrer ursprünglichen Form waren die Schulden buchstäblich unbezahlbar.

Das Finanzierungsgesetz von 1790 wies nicht nur bestimmte Einnahmen des Schatzministeriums den Zinszahlungen für die neuen Bundesschulden zu, sondern sah auch einen *Purchase Fund* (Einkaufsfonds) vor, der den Preis der Bundesanleihen — die nach dem Willen Hamiltons frei übertragbar waren — stützen sollte, indem diese nötigenfalls mit Mitteln aus dem Fonds auf dem freien Markt angekauft wurden. Als die verfügbaren Mittel sich als zu diesem Zweck nicht hinreichend herausstellten, wurden weitere Methoden zur Preisstützung erfunden. Der Erhalt des Marktwerts der Bundesanleihen war ein wesentlicher Teil von Hamiltons genialer Strategie, die Schulden de facto in Kredite zur Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit umzuwandeln. Da ein vorteilhafter Marktwert der Anleihen garantiert wurde, konnten diese als Zahlungsmittel in der Wirtschaft, als eine Art Währung verwendet werden, zumindest bei sehr umfangreichen Geschäften. Vor der Gründung der Nationalbank gab es keine nationale Papierwährung; als allgemeines Zahlungsmittel dienten Gold (Goldmünzen), dazu Banknoten unterschiedlicher Qualität, die von den Banken der einzelnen Bundesstaaten ausgegeben wurden.

Im Dezember 1790 übergab Hamilton dem Kongreß seinen berühmten *Bericht über eine Nationalbank*. Darin schlägt er die Gründung einer nationalen Geschäftsbank vor, die „die Erhöhung des aktiven oder produktiven Kapitals des Landes über die durch die Tätigkeit der Bank geschaffenen Kreditwerte“ ermöglichen soll. Formal sollte die Bank u.a. folgende Funktionen haben:

- 1) Sie würde als große Geschäftsbank unter Aufsicht des Schatzministeriums arbeiten. Hamilton sprach sich zwar gegen ein direktes Management der Bank durch die Regierung aus, betonte aber, daß „das natürliche Gewicht und der Einfluß einer Regierung immer dafür sorgen werden, daß weitgehend auf ihre Wünsche eingegangen wird“.
- 2) Die Nationalbank würde als wichtigstes Depot für Einlagen des Schatzministeriums und als wichtigster finanzieller Vertreter der Regierung dienen, der die Transfers von Regierungsgeldern im Land vornimmt.
- 3) Sie würde Kredite an die Regierung und an private Kunden ausgeben.
- 4) Die Nationalbank wäre zur Ausgabe von Banknoten als legales Zahlungsmittel ermächtigt, die über Regierungsanleihen abgesichert, in Goldwert ausgewiesen, und damit die in der Wirtschaft verfügbare Geldmenge stark erhöhen. Die bestehenden Goldreserven wären unter gut verwalteten Finanzbedingungen ausreichend, um ein viel größeres Volumen an Papierwährung zu stützen.

Mit der Schaffung einer solchen Nationalbank wollte Hamilton das Finanzsystem der Vereinigten Staaten konsolidieren und von der Abhängigkeit von Sonderinteressen in- und ausländischer Bankiers befreien, Guthaben des Schatzministeriums in aktive Kreditquellen umwandeln und die rasch wachsende Wirtschaft mit einer adäquaten Geldmenge in einer stabilen Währung versorgen.

Tatsächlich erfüllte die Erste Nationalbank der USA diesen Zweck zu einem hohen Grade. Allerdings hätte dieser Erfolg nicht allein durch finanzielle Manöver zustande kommen können. Entscheidend war Hamiltons Politik zur schnellen Steigerung der realen, physischen Produktivität der amerikanischen Wirtschaft durch Verbesserungen in Infrastruktur, Landwirtschaft und Manufakturwesen. Diese Politik wird in seinem berühmten *Bericht über das Manufakturwesen* zusammengefaßt, den er dem Kongreß im Dezember 1791 übergab. Tatsächlich wird das Wesen der Hamiltonischen Nationalbankpolitik erst dann deutlich, wenn wir den Bericht über die Nationalbank mit dem Bericht über das Manufakturwesen kombinieren.

Es ist für Hamiltons Herangehensweise typisch, daß er als Finanzminister – ein Posten, von dem gewöhnlich angenommen wird, er habe hauptsächlich mit Geldangelegenheiten zu tun – auch die Hauptverantwortung für die Entwicklung der physischen, produktiven Seite der Wirtschaft übernahm.

Der *Bericht über das Manufakturwesen* hebt zwei zentrale Punkte hervor: Erstens bewies Hamilton, daß die Entwicklung der Manufakturen (Industrie) der Schlüssel zur Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft insgesamt war. Zweitens stellte er fest, daß es ein äußerst wichtiges Ziel der Regierung ist, selektiv jene produktiven und anderen Tätigkeiten zu fördern und zu stützen, die dem Allgemeinwohl und der Gesamtwirtschaft am meisten dienen. Die Nationalbank war ein mächtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen.

Nachdem er grundsätzlich festgestellt hat, daß die Regierung die Manufakturen gezielt fördern müsse, schlägt Hamilton eine Reihe praktischer Maßnahmen vor. Eine der wichtigsten war die selektive Ausgabe billiger Kredite durch die Nationalbank für Aktivitäten, die für die Nation insgesamt als wünschenswert angesehen wurden, besonders auch für den Aufbau neuer Manufakturzweige. Zusätzlich schlug Hamilton Subventionen für einheimische Produkte sowie die Erhebung von Schutzzöllen auf importierte Manufakturwaren vor, um die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Waren auf dem Inlandsmarkt zu sichern. Er spricht auch von Maßnahmen, die den Rohstoffexport reduzieren und statt dessen die Fertigung höherwertiger Güter im eigenen Land fördern. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen sollen neue Erfindungen und Verbesserungen durch Vergabe von Prämien sowie Unterstützung und Schutz durch den Staat stimulieren. Schließlich wird den staatlichen Verbesserungen der Transportwesens, die einen Schlüssel zum Wachstum von Landwirtschaft und Industrie darstellen, große Aufmerksamkeit gewidmet.

Hamiltons Strategie war, wie gesagt, äußerst erfolgreich. In den ersten zehn Jahren nach Gründung der Ersten Nationalbank der Vereinigten Staaten erlebte das Land ein außerordentliches Wirtschaftswachstum. Die Regierungseinnahmen, zunächst hauptsächlich aus Zöllen und später zunehmend aus Steuern, verdoppelten sich zwischen 1792 und 1796, und ein weiteres Mal zwischen 1796 und 1808. Das Schatzministerium erwirtschaftete große Überschüsse, und die Staatsschulden wurden in der Zeit bis zur Auflösung der Ersten Nationalbank 1811 und dem zweiten Krieg gegen Großbritannien 1812 um 50% abgebaut. Obwohl sich die in Umlauf befindliche Geldmenge drastisch erhöhte, gab es offenbar nur eine äußerst geringe bzw. keine Inflation.

HAMILTONISCHE PRINZIPIEN IM ALLGEMEINEN

Wenn wir von den besonderen historischen Umständen abstrahieren, können wir den Kern der Hamiltonischen Nationalbankpolitik in folgenden zwei Punkten zusammenfassen:

1. Ein nationales Finanzinstitut unter Aufsicht der Regierung wird eingerichtet, das einen beherrschenden, stabilisierenden Einfluß auf das Finanzsystem des Landes ausübt, und das die Möglichkeit einer kontrollierten Ausweitung von Kredit und Geldumlauf sowie die Kanalisierung von billigen Krediten in die für die Gesamtwirtschaft am nützlichsten befundenen Bereiche staatlicher und privater Investitionen schafft.
2. Die Ausweitung von Kredit und Geldumlauf muß unmittelbar mit Investitionen verknüpft sein, welche die Produktivität der Wirtschaft, d.h. die Erzeugung nützlicher materieller Werte pro Person und pro Einheit bewohnter Fläche erhöhen. Dazu müssen die Bereiche bevorzugter Investition auf der Grundlage einer Analyse der gesamten (Real-)Wirtschaft festgestellt werden.

Wir können Hamiltons praktischen historischen Nachweis hinzufügen, daß es aufgrund der Macht der Regierung und der Autorität des souveränen Nationalstaates mittels der beiden eben genannten Prinzipien möglich ist, selbst einen großen Schuldenberg zu überwinden und diesen sogar in Kredite zur realwirtschaftlichen Expansion zu verwandeln. Der Erfolg einer solchen Maßnahme ist größtenteils eine politische, keine technische Frage.

In dieser Hinsicht ist Hamiltons Methode völlig verschieden von den „Strukturanpassungen“ und der damit verbundenen Austeritätspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Tatsächlich unterscheiden sich beide wie Tag und Nacht. Der IWF verlangt z.B. drastische Kürzungen der Regierungsausgaben, legt den Schwerpunkt auf die Schuldentrückzahlung statt auf interne Investitionen, verhindert große staatliche Infrastrukturinvestitionen, befürwortet wucherisch hohe Zinsen und verbietet protektionistische Maßnahmen zur Förderung der einheimischen Produktion. Alles in allem diktiert er Bedingungen, die es Nationen ganz unmöglich machen, die Maßnahmen zu ergreifen, welche Alexander Hamilton in den entscheidenden frühen Jahren der Vereinigten Staaten anwandte.

Das Resultat der IWF-Politik ist allgemein Stagnation und Verfall der Realwirtschaft und somit eine wachsende Unfähigkeit, Schulden abzutragen. Die Hamiltonische Methode dagegen ermöglicht selbst die Rückzahlung sehr großer Summen, indem die Schulden für einige Zeit „eingefroren“ werden und gleichzeitig der Schwerpunkt auf interne Verbesserungen und reales Wirtschaftswachstum gelegt wird.

Zur Rechtfertigung der IWF-/Weltbankpolitik wird heute oft argumentiert, diese sei so angelegt, daß sie die maximale Entwicklung privaten Unternehmertums fördert, indem alle Hindernisse perfekter Freiheit in der „Marktwirtschaft“ aus dem Weg geräumt werden. Dabei wird jedoch absichtlich die Tatsache vergessen, daß gerade Hamiltons Politik — bei der die Regierung eine sehr starke Rolle in der Wirtschaft spielte —, in den USA zur größten Ausweitung privaten Unternehmertums und privater Initiative in der Weltgeschichte führte! Der „Trick“ ist, daß eine florierende private Wirtschaft und eine starke Regierung Hand in Hand

gehen, solange beide das Verständnis teilen, wie reales, physisches Wirtschaftswachstum tatsächlich zustande kommt.

Im Endeffekt liegt die Quelle realen Wachstums in den kreativen geistigen Fähigkeiten des Individuums, durch die wissenschaftliche Entdeckungen gemacht, weitervermittelt und in Form neuer Technologien angewendet werden, welche die physisch-produktive Arbeitskraft erhöhen. Damit aber Individuen auf diese Weise frei am Reichtum der Gesellschaft teilhaben können, brauchen sie eine Transport-, Energie-, Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur, brauchen sie ein Gesundheits- und Erziehungssystem sowie ein Finanz- und Kreditsystem, das produktive Beiträge fördert und exzessive Vergeudung und Spekulation bestraft. Die allgemeine Verantwortung für solche günstigen „Rahmenbedingungen“ liegt bei der Regierung.

DER INTERESSANTE FALL DEUTSCHLAND

Wenn man die historische Rolle der „Hamiltonischen“ Politik und ihre Anwendung auf die heutigen Probleme studiert, muß man sich der Tatsache bewußt sein, daß die richtige Beziehung zwischen privatem Unternehmertum und den Aufgaben der Regierung variabel ist und nicht streng formal definiert werden kann. Das gleiche gilt für die Beziehung zwischen der Geld-/Kreditpolitik und der Realwirtschaft.

So sehen wir beim Studium der Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert, daß eine echte Nationalbankpolitik erst relativ spät in diesem Prozeß auftritt — Deutschland war zu Beginn des Jahrhunderts in 300 Staaten gespalten —; die Hauptrolle spielten eine gewisse Form privaten Industriebankwesens und einige außergewöhnliche Privatunternehmer. So organisierte Friedrich List den Deutschen Zollverein und den Aufbau des deutschen Eisenbahnnetzes als Privatperson ohne formale Regierungsfunktion. Harkort und Mewissen bauten die große Kohle- und Stahlregion an der Ruhr im wesentlichen auf der Grundlage der Arbeit von Privatbanken auf. Und Raiffeisen begründete das Netz landwirtschaftlicher Sparkassen, das für die bemerkenswerte Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in der zweiten Jahrhunderthälfte sorgte, in privater Initiative.

Andererseits merken wir bei genauerem Hinsehen, daß im Falle Deutschlands private Initiativen fast immer mit offiziellen Einrichtungen in einer engmaschigen „Verschwörung“ zusammenarbeiteten, und daß die führenden Persönlichkeiten stark von den Ideen Hamiltons und der sogenannten „Amerikanischen Schule“ der politischen Ökonomie beeinflusst waren.

Das wird besonders deutlich daran, wie der Freiherr vom Stein, der große Reformator der preußischen Verwaltung, und der preußische Erziehungsminister Wilhelm von Humboldt in den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts die Grundlage für die Industrialisierung Deutschlands legten. Vom Stein befreite die Bauern und etablierte die privaten bäuerlichen Familienbetriebe. Gleichzeitig war er ab 1806 Direktor der Königlich Preußischen Giro- und Kreditbank, die 1765 gegründet worden war und für einen begrenzten Zeitraum für den preußischen Staat eine ähnliche Funktion ausübte wie eine Hamiltonische Nationalbank.

Vom Stein setzte die berühmte „Technische Kommission

für Manufakturen“ ein, deren Direktor ab 1819 Christian Beuth war, der auch als „Vater der preußischen Industrie“ bezeichnet wird. 1821 gründete Beuth zusätzlich den „Gewerbeverein“, eine Vereinigung von Industriellen, Wissenschaftlern, Militärs und politischen Denkern, die sich zusammenschlossen, um die industrielle Entwicklung Deutschlands zu planen und durchzuführen. Eine der wichtigsten Bemühungen Beuths diente der Organisation direkter staatlicher Hilfen bei der Gründung privater Manufakturen. Eine einzigartige und sehr erfolgreiche Praxis war, daß der Staat jungen Unternehmern Maschinen schenkte, die auf dem neuesten Stand der Technik waren. Daran war im allgemeinen die Bedingung verknüpft, daß der Empfänger für den Staat eine oder mehrere Kopien der Maschine anfertigte und außerdem die Tore seines Unternehmens allen Interessierten öffnete, die diese Maschine bei der Arbeit studieren wollten. So wurden aus den neuen Fabriken Modellfabriken, die zur Verbreitung technischen Wissens beitrugen.

Friedrich List, ein erklärter Anhänger Hamiltons, arbeitete zunächst im baden-württembergischen Staatsdienst, reiste dann 1825 mit dem Marquis de Lafayette in die Vereinigten Staaten und wurde dort mit Mathew Carey und anderen führenden Vertretern des „Amerikanischen Systems“ bekannt. Er wurde amerikanischer Staatsbürger und schließlich amerikanischer Konsul in Leipzig, bevor er 1834 den Deutschen Zollverein gründete. Lists Zollverein und das von ihm begründete Eisenbahnnetz waren das wichtigste Fundament für die Einigung der deutschen Staaten.

Gustav Mewissen, der zum großen Teil die Finanzierung der industriellen Entwicklung des Ruhrgebiets organisierte, ist eine weitere sprichwörtliche Ausnahme von der Regel. Er trat für eine zentrale Institution im Sinne einer Hamiltonischen Nationalbank ein, welche an industrielle und technologische Entwicklung gebundene, niedrigverzinsten Kredite ausgab. Er betonte: „Nur von einer Zentralstelle aus kann der Bewegung des großen Ganzen die nötige Richtung gegeben werden, nach Umständen der Unternehmenseinstimmung der Nation stärker angeregt oder gefährlichem Schwindel eine Schranke gezogen werden.“ Als die politische Lage die Verwirklichung dieses Plans unmöglich machte, gab Mewissen nicht auf, sondern setzte eine lange Reihe von Privatinitiativen in Gang, um ein ähnliches Resultat zu erreichen.

Zusammen mit Hansemann, der während der stürmischen Revolutionsperiode von 1848 für kurze Zeit preußischer Finanzminister wurde, half Mewissen bei der Gründung von Diskontkreditbanken für industrielle Entwicklung, die in 13 preußischen Provinzen Banknoten ausgaben. Später wurde ihm die Reorganisation der bankrotten Schaffhausener Bank-Union anvertraut, die er in ein zentralisiertes Bankinstitut umwandelte, dessen Zweck nicht die Profitmaximierung war, sondern in seinen Worten „die Überwältigung und Nutzbarmachung der Naturkräfte durch die Macht des menschlichen Geistes, die vernunftmäßige Gestaltung der materiellen Güterversorgung, die Entfesselung der produktiven Kräfte des Vaterlandes“. In den 50er Jahren war sein wichtigstes Projekt die Entwicklung der berühmten Bank für Handel und Industrie, die ihren Sitz ursprünglich in Darmstadt hatte und Zweigstellen und Kooperationsvorhaben in ganz Europa und sogar den USA gründete.

HAMILTONISCHE NATIONALBANKPOLITIK

Mewissen stand vor dem Problem — und ähnlich eingestellten Menschen geht es in vielen Ländern bis heute so —, daß es Privatbanken so gut wie unmöglich ist, bevorzugt reale, produktive Investitionen in Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur zu tätigen und damit längere Zeit zu bestehen, wenn die Regierung nicht ein günstiges, unterstützendes Klima dafür schafft. Ohne die aktive Rolle einer Hamiltonischen Nationalbank oder anderer staatlicher Interventionen, die eine gesunde allgemeine Orientierung der Wirtschaft sicherstellen, werden die Banken und das Finanzsystem bald vom „Gesetz des Dschungels“ regiert, wo kurzfristige spekulative Operationen weit profitabler scheinen als langfristige produktive Investitionen.

Der stürmische Lebensweg Lists, Mewissens und anderer illustriert, wie umstritten die Hamiltonische Nationalbankpolitik von Anfang an war. Der Grund ist nicht schwer zu erraten. So gut wie nichts entscheidet mehr über zukünftige Stärke oder Schwäche einer Nation als ihr Kreditssystem. Die Fähigkeit „Hamiltonischer“ Methoden, die Produktivkraft einer Nation rasch zu steigern, macht sie in Augen der Mächte, die die Welt mittels Wucher und Geopolitik zu manipulieren und zu kontrollieren suchen, zu einer gefährlichen Waffe. Daher betrachtete der Premierminister und Stratege des britischen Imperiums Lord Palmerston List als den gefährlichsten Mann auf dem europäischen Kontinent, und wahrscheinlich wurde List sogar während eines Besuches in London 1846 vergiftet. Mewissen befand sich praktisch im dauernden Kriegszustand mit Metternich, den Rothschilds usw. Hamilton selbst kam bei einem Duell mit Aaron Burr, einem bekannten britischen Spion, ums Leben. Wohin wir auch schauen, immer war das Hamiltonische Bankwesen umstritten und sein Schicksal höchst stürmisch. Die Zweite Nationalbank der Vereinigten Staaten wurde 1817 gegründet, 1833 jedoch wieder geschlossen, nachdem Präsident Andrew Jackson, ein Gegner Hamiltonischer Prinzipien, den Abzug der Einlagen der Regierung aus ihr angeordnet hatte. Eine Dritte Nationalbank der USA hat es bisher nicht gegeben.

Andererseits gab es in Amerika immer die Tendenz, in Krisenzeiten in irgendeiner Form auf Hamiltonische Prinzipien zurückzugreifen. Diese Tendenz könnte sich in der gegenwärtigen Lage als entscheidender Faktor herausstellen. Insbesondere behielt das US-Schatzministerium in den 200 Jahren seiner Existenz seit Hamilton die Macht und die Tendenz, gewisse Schlüsselfunktionen einer Zentralbank zu übernehmen. Hamiltonische Prinzipien traten während des Bürgerkriegs hervor, als der Ökonom der „Amerikanischen Schule“ Henry Carey als Berater Abraham Lincolns tätig war, wofür die berühmten *Greenbacks*, mit denen die Union den Krieg finanzierte, bezeichnend sind. Nach der Ermordung Lincolns 1865 wurde die Kreditschöpfung für Landwirtschaft und Industrie durch die *Greenbacks* jedoch politisch scharf attackiert. Der *Specie Resumption Act* von 1875 übertrug dann die staatliche Finanzmacht auf die New Yorker Privatbanken.

DER ROOSEVELT-AUFSCHWUNG

Das 1913 gegründete Federal-Reserve-System war von Anfang an das Gegenteil einer Hamiltonischen Nationalbank

und von den Finanzinteressen der Wall Street stark beeinflusst. Dennoch erwuchs aus der Reaktion auf die Große Depression der frühen 30er Jahre ein Wiedererstarken „Hamiltonischer“ Methoden. Die wirtschaftliche Erholung, die Amerika aus der Großen Depression herausbrachte, entstand aus einer Kombination massiver staatlicher Krediterschöpfung mit dirigistischen Maßnahmen der Roosevelt-Administration zum Wiederaufbau von Schlüsselindustrien und zur Beschäftigung ungenutzter Arbeitskräfte in großen, staatlich finanzierten Infrastrukturprojekten. Wir bemerken die Kombination des ersten und des zweiten Hamiltonischen Grundprinzips, wie wir sie oben beschrieben haben.

Typisch für die eine Seite dieser Politik war die Gründung der Reconstruction Finance Corporation (RFC) im Januar 1932, die auf Empfehlung des US-Schatzministeriums erfolgte. Die RFC war als eine Art Bank konzipiert, ähnlich den großen Handels- und Investmentbanken, mit der Ausnahme, daß sie im wesentlichen als Vertreter der amerikanischen Regierung handelte. Sie war zur Ausgabe von Banknoten, Anleihen und anderen Obligationen autorisiert, die von der Regierung garantiert wurden. Diese summierten sich anfänglich auf 500 Mio. Dollar, wuchsen aber innerhalb weniger Monate auf 2,3 Mrd. Dollar an, was einem Drittel der gesamten damals in Umlauf befindlichen Geldmenge entsprach. Der Finanzminister war autorisiert, auf Wunsch der RFC jede ihrer Obligationen zu übernehmen. Die der RFC so zugänglich gemachten Gelder wurden direkt an Eisenbahnen, Banken und Unternehmen verliehen, und über das Landwirtschaftsministerium auch an den Agrarsektor, der stark unter der Depression zu leiden hatte.

Weiter wurden trotz des Widerspruchs der Federal Reserve das Federal-Reserve-Gesetz geändert und andere Maßnahmen ergriffen, um die Ausgabe von Federal-Reserve-Banknoten stark auszuweiten. Diese Banknoten wurden über Regierungsanleihen mit 3 3/8% Zinsen oder weniger abgesichert.

Für die andere, realwirtschaftliche Seite der Aufschwungspolitik ist z.B. die Gründung der Tennessee Valley Authority (TVA) 1933 typisch. Die TVA war ein grandioses Entwicklungsprojekt und mit 200 000 unmittelbar daran Beschäftigten seinerzeit das größte der Welt. Innerhalb zweier Jahrzehnte wurde das Tennessee-Tal durch den Bau von ca. 20 Stau- und Hochwasserdämmen sowie der Elektrifizierung weiter ländlicher Gebiete umgestaltet. Der billige Strom wurde für den Aufbau agrochemischer und anderer Industrieunternehmen mit zusammen einer halben Million Arbeitern genutzt. Trotz der enorm hohen Investitionskosten der TVA zahlten sich die Investitionen mehrfach aus, weil die Steuereinnahmen aufgrund des sich entwickelnden Reichtums der Region drastisch anstiegen. Hamiltons frühe diesbezügliche Aussage wurde völlig bestätigt.

Natürlich beschleunigte die Wirtschaftsmobilisierung für den Zweiten Weltkrieg die Erholung der US-Wirtschaftskraft. Deshalb wird manchmal gesagt, „der Krieg hat die USA von der Depression befreit“. Dabei wird ignoriert, daß der Aufschwung schon vor dem Beginn der Kriegsmobilisierung in vollem Gange war.

Es muß gesagt werden, daß Roosevelts „New Deal“ keineswegs Hamiltonische Grundsätze in ihrer reinen Form repräsentiert; es gab dabei Aspekte, gegen die Hamilton große

Einwände gehabt hätte. Trotzdem ist die Kombination von staatlicher Kreditschöpfung und „dirigistischer“ Kanalisierung von Investitionen in Bereiche und Projekte, welche die physische Produktivität der Wirtschaft erhöhen, typisch für das Hamiltonische Nationalbankwesen, und deshalb brachte sie ein relativ positives Ergebnis.

JÜNGERE REFORMVORSCHLÄGE

Diese historische Beschäftigung mit Hamiltonischer Politik in den Vereinigten Staaten und in Deutschland hat für die gegenwärtige Weltlage unmittelbare Bedeutung. Die Weltwirtschaft insgesamt ist von einer schweren Krise und einem unmittelbar drohenden katastrophalen Finanzkollaps, schlimmer als der von 1929, erfaßt. Die reale Arbeitslosigkeit — einschließlich der sog. „versteckten“ Arbeitslosigkeit — in den USA und mehreren anderen Industrieländern ist bereits so hoch oder höher als beim höchsten Stand in den 30er Jahren. Die bereits katastrophale Lage in der früheren Sowjetunion und Teilen Osteuropas, die verheerende Lage im größten Teile Afrikas usw. muß noch hinzugenommen werden.

Diese Krisenlage wird zu unterschiedlichem Grade in führenden Kreisen in einer Reihe von Ländern verstanden, und es wird immer dringender nach Lösungen gesucht. Insbesondere in den USA wird die Lage zunehmend mit der Großen Depression verglichen und der Roosevelt-Aufschwung als mögliches Modell für die heutige Zeit gesehen. Könnte Präsident Clinton trotz seiner Schwächen ein neuer „F.D.R.“ werden?

Eine andere, entgegengesetzte „Lösung“, die in gewissen Machtzirkeln debattiert wird, ist eine Art globaler Faschismus, der sich an Elementen von Hitler und Mussolini orientiert, aber noch weit mehr Bertrand Russells Traum von einer diktatorischen Weltregierung ähnelt, die eine Bevölkerungsreduktion großen Ausmaßes notfalls mit Gewalt durchsetzen soll. Dieses Denken ist an der Spitze der UN-Bürokratie und besonders bei den Organisatoren der berüchtigten Kairoer Weltbevölkerungskonferenz sehr verbreitet.

Die klarste und verständlichste Lösung hat der amerikanische Ökonom Lyndon LaRouche vorgelegt, der schon vor mehreren Jahrzehnten die heutige Finanzkrise kommen sah. LaRouches Lösung ist programmatischer Natur und berücksichtigt die großen Unterschiede, in Ausmaß und Schwere ebenso wie bezüglich des politischen und kulturellen Kontexts, zwischen der heutigen Krise und jener der 30er Jahre. Vor allem kann die Krise nicht auf der Ebene einzelner Nationen gelöst werden, sondern sie erfordert nichts geringeres als eine grundlegende Reform des Weltwährungssystems und ein Ende der mit dem IWF verbundenen Politik.

Den Hamiltonischen Kern von LaRouches Politik kann man schon seinem Vorschlag von 1975 für eine neue „Internationale Entwicklungsbank“ (IDB) entnehmen, die den Technologietransfer (hauptsächlich) über große Infrastruktur- und agroindustrielle Entwicklungsprojekte in die sogenannte Dritte Welt finanzieren sollte. Die IDB war als Herzstück eines neuen, goldgestützten Weltwährungssystems gedacht. LaRouche schlug vor, die Schulden der Entwicklungsländer ähnlich handzuhaben, wie Hamilton damals mit den ursprünglichen Schulden der USA verfuhr. Der Außenminister Guyanas stellte diesen Vorschlag im

September 1976 auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen offiziell zur Diskussion, und er wurde auf verschiedenen Treffen der Bewegung der Blockfreien Staaten aufgegriffen. In vielen Nationen wurde die Unterstützung für LaRouches Vorschlag von den hinter dem IWF stehenden Kräften mit brutalen Methoden unterdrückt, dennoch wirkt er bis heute nach. Ein Echo von ihm war etwa der Vorschlag des japanischen Mitsubishi-Forschungsinstituts für einen Globalen Infrastrukturfonds (GIF), der noch heute in der Debatte ist.

Der IDB-Vorschlag besitzt zwar noch Gültigkeit, aber in der Zwischenzeit hat LaRouche ebenso die entscheidende Rolle „Hamiltonischer“ Reformen in den einzelnen souveränen Nationen betont, einschließlich der Vereinigten Staaten, Europa, den Entwicklungsländern und jüngst Rußland und die anderen ehemals sozialistischen Staaten. Das benötigte neue Weltwährungssystem wird in der Folge kooperativer Vereinbarungen zwischen Regierungen entstehen, die in ihren Volkswirtschaften nach Hamiltonischen Nationalbankprinzipien arbeiten.

Schon 1977 brachten Mitarbeiter LaRouches einen ersten Vorschlag zur Auflösung der Federal Reserve und ihrem Ersatz durch eine „Dritte Nationalbank der Vereinigten Staaten“ nach dem Modell von Hamiltons Erster Nationalbank in Umlauf. Es scheint, daß damals wenige Personen in offiziellen Positionen die Notwendigkeit einer so drastischen Reform sahen. Dies ändert sich jedoch, weil sich die Krise ausweitete und die Praktiken der Federal Reserve und ihre Begünstigung der katastrophalen Spekulationsblase immer mehr in Frage gestellt werden.

Der bislang detaillierteste, von LaRouches Mitarbeitern verbreitete Vorschlag ist die *Gesetzesinitiative zur Nationalisierung der Federal Reserve 1992*. Diese beginnt wie folgt:

„Laut Artikel I der Verfassung über das Monopol der US-Regierung bei der Ausgabe gesetzlicher Zahlungsmittel wird das Federal-Reserve-System hiermit nationalisiert und unter Verwaltung des Schatzministeriums der Vereinigten Staaten gestellt. Sein Name wird hiermit in ‚Nationalbank der Vereinigten Staaten‘ geändert...“

Der wesentliche Unterschied zwischen der neuen Nationalbank und der Federal Reserve läge diesem Gesetzesvorschlag zufolge in der Art der Kredit- und Geldschöpfung. Dieser Unterschied wird in dem begleitenden erläuternden Text wie folgt beschrieben:

„Das Problem bei der Federal Reserve ist die Methode, wie sie Geld schafft. Heute bringt die Fed zusätzliches ‚fiat money‘ (Buchgeld ohne Gegenwert) in Umlauf, indem sie neue Federal-Reserve-Banknoten druckt, mit denen ein gewisser Teil der Schulden des US-Schatzministeriums aufgekauft wird — jenen Anteil, der sonst nicht mit bereits in Umlauf befindlichem Geld erworben würde... Aber die Federal Reserve erwirbt diese Schulden des Schatzministeriums nicht vom Schatzministerium selbst, sondern von den zwei Dutzend im Handel mit Staatsschulden führenden Wall-Street-Häusern wie Solomon Brothers und Goldman Sachs, welche die Schulden des Schatzministeriums im Vorfeld kaufen... Die Wertpapierhändler legen dann die Einkünfte aus den Verkäufen von Schulden des Schatzministeriums — das neue Papiergeld, das die Federal Reserve gerade gedruckt hat — auf Konten bei den 20 New Yorker Handelsbanken an... So werden für diese Handelsbanken aus dem Nichts neue Einlagen geschaffen. Dann demonstrieren

diese Banken das Prinzip des ‚keynesianischen Multiplikators‘: Sie schaffen mehr Geld aus dem Nichts, indem sie diese Einlagen an einen Kunden verleihen, der Kredit des Kunden wieder angelegt wird, usw. Die schrittweise, völlige Abschaffung von Mindestreserven im Zuge der Deregulierung der 80er Jahre hat es erlaubt, daß der Multiplikator unendlich wächst.“

Der Text erklärt weiter, wie diese Praxis zu einer sich selbst vergrößernden Spekulationsblase führte, welche das amerikanische Finanzsystem unterminiert und die Wirtschaft ruiniert hat. Nach dem vorgeschlagenen neuen Gesetz unterläge die Ausmünzung der Staatsschulden durch die Nationalbank einer vorgeschriebenen Obergrenze. Federal-Reserve-Banknoten würden nach und nach aus dem Verkehr gezogen und durch Noten des US-Schatzministeriums ersetzt, die bei der Bank eingelegt und vor allem über Diskontgeschäfte der Nationalbank in Umlauf gebracht werden.

„Das Gesetz schlägt vor, daß das US-Schatzministerium über die Nationalbank neue langfristige, niedrig verzinsten Kredite in Höhe von 300 Mrd. Dollar jährlich ausgibt. Die Nationalbank wird ihr Diskontfenster für die neue Vergabe zielgerichteter Kredite an Industrie, Infrastruktur und die damit verbundenen realwirtschaftlichen Sektoren weit öffnen. Die Bank kann ohne Angst vor Inflation unbegrenzt Kredit ausgeben, solange dieser der Bildung neuen, produktiven Reichtums dient. Von den jährlich ausgegebenen 300 Mrd. Dollar gibt das Schatzministerium selbst etwa 100 Mrd. Dollar in Form von grundlegenden Infrastrukturprojekten aus, ausgeführt von Bundes-, Bundesstaats- und lokalen Behörden und Vertragsfirmen. Das Ziel ist die Beschäftigung von etwa drei Millionen Menschen direkt in Wasserprojekten, der Energieerzeugung und -verteilung, Transport, städtischer Infrastruktur, dem Bau medizinischer Einrichtungen, Schulen usw.

Diese Regierungsprojekte werden einen zusätzlichen Kreditbedarf für Anschaffungen und Investitionen privater Zulieferer dieser Projekte in der Größenordnung von 200 Mrd. Dollar jährlich erzeugen... Der Privatsektor wird die Beschäftigung ebenfalls um drei Millionen Beschäftigte erhöhen, was zusammen einen Anstieg der produktiven Beschäftigung um sechs Millionen Menschen ausmacht. Das Schatzministerium wird über die Steuern das ausgegebene Geld mehr als zurückerhalten.

Der Vorteil dabei, alle Nationalbankkredite über das Diskontfenster abzuwickeln, ist, daß man umfangreiche Warenwechsel leicht diskontieren kann. Diese Wechsel, in der Form von Bankkrediten an produktive Unternehmen, stehen für die reale Produktion von Gütern und Dienstleistungen... Damit wird es ein System gerichteten Kredits, das sogenannte ‚zweigleisige Kreditsystem‘ geben. Private Unternehmen werden gefördert, aber produktive mehr als andere. Unternehmen, die bei den Banken Kredite für produktive Zwecke aufnehmen wollen, werden feststellen, daß die Banken diese Papiere bereitwillig für billigen Kredit diskontieren. Wer für eher spekulative Zwecke Geld leihen will, wird feststellen, daß sein Kredit nur zu höheren Zinsen oder gar nicht diskontiert wird.“

Der Vorschlag enthält außerdem die Wiedereinführung verschiedener Mindestreserven und Regulierungen von Bankgeschäften, die bis vor wenigen Jahrzehnten Standard waren und vor allem in den 80er abgeschafft wurden.

LaRouches Nationalbankvorschlag wäre unter der Bush-Administration als völlig undurchführbar betrachtet worden. Jetzt aber haben sich die Zeiten geändert.

Bemerkenswerterweise hat Präsident Clinton sich in einem Fall offiziell für eine quasi Hamiltonische Lösung ausgesprochen — nicht in Amerika, aber in Europa. Er gab seine besondere Unterstützung für den als *Weißbuch* bekannten Infrastrukturplan des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors zu verstehen.

Das *Weißbuch* schätzt, daß in der Europäischen Gemeinschaft für Transport-, Energie- und Kommunikationsprojekte bis zum Jahr 2010 etwa 500 Mrd. Dollar an Investitionen notwendig sind. Es listet 26 Projekte höchster Priorität auf, wozu die umfangreiche Entwicklung eines europaweiten Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes gehört. Die EU diskutiert weiter den Bau einer modernen Bahnverbindung von Berlin über Warschau nach Moskau; dies bedeutete eine wichtige Verbesserung der „Kontinentalbrücke“ zum asiatischen Teil Rußlands und nach China.

Bei der Finanzierung der vorgeschlagenen Projekte schlägt Delors eine wichtige Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) vor, die bereits mit etwa 80 Mrd. ECU an europäischen Investitionen beteiligt ist. Nach Delors soll Kredit für die neuen Projekte über neue Finanzinstrumente geschaffen werden, darunter Anleihen, die von der EIB, oder über sie, ausgegeben und auf den Kapitalmärkten verkauft werden. Zusätzlich wurde ein Europäischer Investitionsfonds eingerichtet; in Verbindung mit diesem Fonds gibt die EU Garantien für private Investitionen in bestimmte Infrastruktur- und andere Projekte.

Das *Weißbuch* ist Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen zwischen der britischen Regierung, die das Konzept insgesamt ablehnt, und den kontinentaleuropäischen Nationen, besonders Deutschland und Frankreich, die es im Grundsatz unterstützen. Man bedenke, daß Delors für eine Fraktion im französischen Establishment steht, die ihre Erfahrung ursprünglich in der „dirigistischen“ Wiederaufbauperiode unter de Gaulle sammelte und ähnliche Methoden zur Lösung der gegenwärtigen Krise befürwortet. Sie glauben, daß große staatliche Investitionen nötig sind, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die produktive Aktivität wiederzubeleben.

Eine Gruppe von 13 französischen Ökonomen unter Führung Edmond Malinvauds, eines bekannten Veteranen des gaullistischen Wiederaufbaus nach dem Kriege, ist mit ihrem Vorschlag eines „europäischen New Deal“ noch bedeutend weiter gegangen als Delors. Sie riefen die EU auf, allein in den kommenden vier Jahren ca. 300 Mrd. Dollar in staatliche Infrastrukturprojekte und Erziehungsprogramme zu investieren. Einen Teil dieser Summe sollen die europäischen Nationen über niedrig verzinste Anleihen finanzieren, welche in Verbindung mit der EIB ausgegeben werden. Ein anderer von Malinvauds Gruppe vorgeschlagener Plan sieht vor, daß die Regierungen einen Teil der Zahlungen für die Gesundheitsversicherung übernehmen, den zur Zeit die Arbeitgeber zahlen, und diese dann die entsprechenden Summen in zuvor genehmigte Projekte investieren müssen. Diese Finanzierungsvorschläge sind offenbar so konzipiert, daß sie eine direkte staatliche Kreditschöpfung — die von den Briten und ihren Freunden für „tabu“ erklärt wurde — vermeiden, aber im Endeffekt ungefähr zu dem gleichen Resultat führen. Vom britischen

Standpunkt gesehen ist die „Fratze des Hamiltonismus“ wieder auferstanden.

HÄUFIGE EINWÄNDE GEGEN HAMILTONISCHE METHODEN

Es gibt zwei typische Einwände, die in der Vergangenheit und heute immer wieder gegen die Hamiltonischen Methoden vorgebracht wurden und werden. Erstens heißt es, sie seien „dirigistisch“, „interventionistisch“ oder gar „totalitär“, weil sie in die Freiheit des Marktes eingreifen und dem Staat enorme wirtschaftliche Macht geben. Der zweite Haupteinwand ist, daß die Erzeugung von „Fiat-Kredit“ für produktive Investitionen zu Inflation führt.

Es ist sicher richtig, daß Hamiltonische Methoden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft in großem Ausmaß beinhalten. Aber diejenigen, welche in diesem Zusammenhang das Schreckgespenst des Kommunismus oder Stalinismus an die Wand malen, unterschlagen dabei geflissentlich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika — das „Land der Freiheit“ — mit Hilfe von Schutzzöllen und „dirigistischen“ Hamiltonischen Methoden aufgebaut wurden. Das gleiche gilt in etwas abgewandelter Form für Frankreich, Deutschland, Japan und die anderen Industrienationen. Selbst im Falle Englands war es weitgehend so, auch wenn die britischen Thatcheristen gegenüber anderen immer gerne den „Freihandel“ predigen.

Die zweite Entgegnung auf den Einwand des „Dirigismus“ ist, daß eine schwere Wirtschaftskrise, wie die der 30er Jahre oder die heutige, unweigerlich zu starken Eingriffen der Regierung führt. Die Frage ist nicht, ob eine solche Intervention geschieht, sondern welche Form sie annimmt. Die Tragödie der Weimarer Republik kann uns hier eine Lehre sein. 1931-32 traten in Deutschland eine Reihe einflußreicher Leute, u.a. der Industrielle Heinrich Dräger und Wilhelm Lautenbach vom Wirtschaftsministerium, mit detaillierten Plänen zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit auf. Die wirtschaftliche Aktivität sollte auf der Grundlage großer Infrastruktur- und ähnlicher staatlicher Investitionen wiederbelebt werden, finanziert über verschiedene Mechanismen produktiver Kreditschöpfung. Diese Vorschläge wurden auf höchster Ebene diskutiert. Unglücklicherweise lehnte die vorherrschende anglo-amerikanische Fraktion hinter dem Versailler Vertrag eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands mit solchen Methoden vehement ab. Hjalmar Schacht, ein enger Freund des Chefs der Bank von England Montagu Norman, war es, der die Lautenbach-Dräger-Pläne am lautesten als „inakzeptabel“ und „inflationär“ abwies.

Die Ironie ist natürlich, daß Schacht später selbst, nachdem er Hitlers Finanzminister geworden war, sehr ähnliche Methoden der Kreditschöpfung anwandte, um den Aufbau der Kriegsmaschinerie der Nazis zu finanzieren (die berühmten „Mefo-Wechsel“). Der Unterschied war, daß Lautenbach und Dräger Hitler stoppen und die Weimarer Republik retten wollten, indem sie die Depression beenden, während Schacht und seine anglo-amerikanischen Freunde Hitler an die Macht bringen wollten. Hitlers „Erfolg“ bei der Beendigung der Massenarbeitslosigkeit und dem Neubeginn der Produktion in den frühen Jahren seines Regimes beruhte ausschließlich auf Programmen und Methoden, die seine politischen Gegner vor der Machtübernahme ausge-

arbeitet hatten. Allerdings benutzte Hitler Polizeistaatsmethoden und machte aus dem ursprünglich produktiv orientierten Plan ein Programm zur Kriegsmobilisierung durch Sklavenarbeit. Die massenhafte Ausgabe von Mefo-Wechseln und anderen Instrumenten der Kreditschöpfung für den nutzlosen Zweck der Rüstungsproduktion würde nicht mit realem, gesundem Wirtschaftswachstum, sondern mit dem Fleisch und Blut der Millionen Opfer „bezahlt“.

Bezüglich der Inflation ist die entscheidende Frage, wie der „Fiat-Kredit“ verwendet wird. Was ist der Effekt der Kreditschöpfung auf die Realwirtschaft — wird die Erzeugung realer, materieller Werte ausgeweitet, und in welchem Maße?

Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Hamiltonischen Politik ist, daß neues Geld *nur* über Kredite und staatliche Investitionen in Umlauf gebracht wird, die unmittelbar zu einer ausgeweiteten Produktion materieller Werte führen. Anders gesagt, wenn ein neuer Dollar in Umlauf kommt, muß die Wirkung derart sein, daß der materielle Ausstoß der Wirtschaft im Gegenwert von einem Dollar oder mehr gesteigert wird. Das impliziert z.B., daß wir kein neues Geld ausgeben dürfen, um laufende Verwaltungskosten der Regierung zu begleichen, und es nicht für rein finanzielle Operationen verwenden. Natürlich fließt neu ausgegebenes Geld im Endeffekt in den allgemeinen Pool der finanziellen Aktivitäten und erhöht so die für produktive wie für nicht-produktive Zwecke verfügbare Gesamtsumme. Wichtig ist, daß neu geschaffener Kredit mindestens einmal einen Zyklus erweiterter realer Produktion durchläuft und dort

seine Arbeit tut, bevor er in diesen allgemeinen „Pool“ einfließt. Auch eine Anzahl anderer Maßnahmen im Bereich von Steuern, Zöllen und Zinspolitik sind notwendig, aber sie alle gehen aus diesem gleichen entscheidenden Grundsatz hervor.

In der Großen Depression war es sehr leicht zu arrangieren, daß der neu ausgegebene Kredit eine unmittelbare realwirtschaftliche Erweiterung bewirkte. Damals gab es gewaltige Reserven an nicht beschäftigten Arbeitskräften und nicht ausgelastete Produktionskapazitäten, die sofort wieder arbeiten konnten. Wie Dräger und Lautenbach zeigten, hätte dies sogar einen deflationären Effekt. Insbesondere würde der Staat große Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sparen, und diese würden sich in Löhnen für die Produktion realer Güter verwandeln.

Interessanter wird es, wenn Hamiltonische Methoden unter Bedingungen angewandt werden, wo kein großer ungenutzter Pool für die Produktion da ist. In diesem Fall ist die physische Expansion eine direkte Funktion des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Die Hamiltonische Politik ist daher direkt mit der Förderung von Erziehung und wissenschaftlicher Forschung verknüpft sowie mit staatlich gestützten Projekten — wie heutzutage High-Tech-Infrastruktur, Erforschung und Kolonisierung des Weltraums, Entwicklung der Kernenergie etc. —, die den technischen Fortschritt beschleunigen und zur „Injektion“ neuer Technologien in die Gesamtwirtschaft führen. Das führt uns in den Bereich der physikalischen Ökonomie, worüber an anderer Stelle gesprochen werden soll.

Wo bleibt die aktive Wirtschaftspolitik?

Vorbemerkung

Im Januar 2003 berichtete die BüSo-Vorsitzende Helga Zepp-LaRouche in einer Rede in Berlin über die Vorschläge von 1930-32 zu einer „aktiven Wirtschaftspolitik“, womit die Massenarbeitslosigkeit damals überwunden und die Machtübernahme der Nazis hätte verhindert werden können.¹ Was der Regierungsdirektor im Wirtschaftsministerium der Weimarer Republik, Dr. Wilhelm Lautenbach, und der Leiter der Statistischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wladimir S. Woytinsky, vorschlugen, war nahezu deckungsgleich: Arbeit für mindestens eine Million Arbeitslose bereits im ersten Jahr in öffentlichen Eisenbahn-, Straßen- u.a. nützlichen Infrastrukturprojekten, die durch produktive Kreditschöpfung der Reichsbank finanziert werden sollten. In der *Neuen Solidarität* erschienen immer wieder ausführliche Artikel über den Lautenbach-Plan und das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB².

Immer wieder hat die BüSo außerdem eigene aktuelle Vorschläge zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gemacht, den neuesten finden Sie auf Seite 2. Aber jedesmal, wenn es aussah, als käme diese lebenswichtige Debatte endlich in Gang, und endlich mal ein mutiger Ökonom das Thema der öffentlichen Kreditexpansion und die Parallelen der Wirtschaftsdebatte Anfang der 30er Jahre aufgriff, sorgte die Gegenseite dafür, daß sie schnell wieder abgewürgt wurde.

So veröffentlichte der ehemalige Wirtschaftsweiser Herbert Giersch einen Artikel über die letzte Depression in der *Welt am Sonntag* vom 24. November 2002, worin er schrieb: „Vor siebzig Jahren, als die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen war, beeilten sich einige namhafte Ökonomen unterschiedlicher Couleur wie Wagemann, Woytinsky, Baade, Lautenbach, Sombart, Löwe und Lederer die politische Klasse und die öffentliche Meinung für eine aktive Ausgabenpolitik zu erwärmen: die hätte sehr wahrscheinlich den Nationalsozialisten den Wahlsieg vom Sommer 1932 gekostet.“

Helga Zepp-LaRouche stellte damals fest: „Das ist meines Wissens das erste Mal, daß das Argument, eine Kreditpolitik gemäß des Lautenbach-Plans hätte die Machtergreifung Hitlers verhindern können, von jemand anderem als von LaRouche und der BüSo in die öffentliche Diskussion gebracht worden ist.“³ Doch Gierschs Versuchsballon wurde offenbar abgeschossen, jedenfalls verstummte er wieder.

Prof. Heiner Flassbeck sagte Ende 2004 in einem Interview mit der *Neuen Solidarität*, diese öffentliche Diskussion werde sich auf Dauer nicht verhindern lassen, „die Umstände werden sie erzwingen“. Allerdings könne man gegenwärtig in Deutschland „diese Debatte nicht führen, ohne sofort als esoterischer Außenseiter gebrandmarkt zu werden“.⁴

So kommt es, daß diese verbotene Debatte über eine aktive Wirtschaftspolitik konsistent und beharrlich bisher exklusiv in der *Neuen Solidarität* geführt wurde. Hier haben wir zuvor der „Lautenbach-Plan“ abgedruckt⁵, in dieser und den nächsten zwei Wochen wollen wir der heutigen Öffentlichkeit einige Originaldokumente zum „Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan“ zugänglich machen. Der besondere Reiz liegt darin,

daß Wladimir Woytinsky selbst die Geschichte dazu erzählt.

Warum schrieb ein Russe das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB? Wer war dieser Wladimir Saweljewitsch Woytinsky (12.11.1885 - 11.06.1960)? Sein Vater war Mathematikprofessor in St. Petersburg, die Familie jüdischer Herkunft. Als Student trat Woytinsky 1905 der sozialistischen Bewegung bei. Während der ersten russischen Revolution war er zunächst Vorsitzender des Studentenrates, später Präsident des Rates der Arbeitslosen in St. Petersburg. Er konnte tatsächlich in Verhandlungen mit der Regierung (Graf Witte) durchsetzen, daß viele Arbeitslose gegen zufriedenstellende Bezahlung bei öffentlichen Infrastrukturprojekten (z.B. Brückenbau) beschäftigt wurden. Die Niederschlagung der Revolution und Wittes Entlassung machten dem leider ein Ende.

1908 wurde Woytinsky verhaftet und wegen Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) zu vier Jahren schwerer Zwangsarbeit und lebenslanger Verbannung nach Sibirien verurteilt. 1917 kehrte er mit seiner jungen Frau nach St. Petersburg zurück, unterstützte die Oktoberrevolution, nicht aber Lenins bolschewistischen Staatsstreich. Deshalb wurde er wieder in ein Lager gesperrt, aus dem er aber entfliehen konnte.

1922 kamen die Woytinskys nach Berlin. Wladimir schrieb Artikel für mehrere Zeitungen über wirtschaftliche Themen, u.a. für das sozialdemokratische Magazin *Die Gesellschaft*. Dessen Chefredakteur Rudolph Hilferding druckte gerne seine wirtschaftlichen Analysen und Kommentare, doch über Fragen der Wirtschaftstheorie kam es zum Bruch. Hilferding duldet es nicht, die marxistische Wirtschaftstheorie in irgendeiner Weise auf den Prüfstand zu stellen. Woytinsky wollte Marx' Berechnung des Mehrwerts durch eine empirische Studie überprüfen, welche das Verhältnis zwischen Löhnen und Mehrwert in der amerikanischen Industrie statistisch untersuchte. Hilferding weigerte sich, den Artikel zu drucken.

1923 begann die Arbeit an dem großen statistischen Almanach *Die Welt in Zahlen*, die Woytinskys Ruf als ernstzunehmender Wirtschaftswissenschaftler festigte. 1929 machte ihm die ADGB-Führung das Angebot, die Statistische Abteilung zu übernehmen. „Die sozialistischen Gewerkschaften mit ihren sechs Millionen Mitgliedern waren die Bastion der Demokratie in Deutschland“, schreibt Woytinsky. „Ich setzte mehr Vertrauen in sie als in die SPD oder die Zentrumsparterie. Ich kritisierte an ihnen bloß die mangelnde Initiative, ihre zögernde Abneigung, sich schwierigen Problemen zu stellen, und ihre Bereitschaft, sich alle Entscheidungen von der SPD abnehmen zu lassen. Nun verlangten sie meinen Rat in wirtschaftlichen Fragen. Ich hatte kein Verlangen danach, mich wieder in politische Kämpfe zu stürzen, aber die Gewerkschaften wirtschaftspolitisch zu beraten, wäre vielleicht etwas anderes. Mein Rat könnte ihnen und der ganzen Arbeiterbewegung in Deutschland von Nutzen sein. Es war einen Versuch wert. Ich beschloß, das Angebot des ADGB anzunehmen.“

gal

Wir veröffentlichen einen dreiteiligen Auszug aus den Memoiren Wladimir Woytinskys, die unter dem Titel *Stormy Passage* (Stürmische Überfahrt) 1961 in New York erschienen. Darin berichtet der damalige Leiter der Statistikabteilung und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über den Kampf um das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, den Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan von 1931-32.

Die Große Depression in Deutschland

VON WLADIMIR WOYTINSKY

Deutschlands Große Depression begann 1929 als Teil des weltweiten wirtschaftlichen Niedergangs, verschlimmerte sich aber mit der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik der Regierung.

Zunächst waren die Menschen über die sinkenden Preise und das schrittweise Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht allzu besorgt. Die offizielle Arbeitslosenstatistik in Deutschland richtete sich nach den Berichten der Gewerkschaften über die prozentuale Arbeitslosigkeit unter ihren Mitgliedern. 1927-28 lag der Anteil zwischen 8 und 9 Prozent und stieg 1929 auf 13 — die gleiche Höhe wie ein Jahr später in den Vereinigten Staaten. Ich überarbeitete die Arbeitslosigkeitsstatistiken der Gewerkschaft, um Industriebereiche mit saisonalen Schwankungen in der Beschäftigung von den übrigen Bereichen zu unterscheiden, in denen die Arbeitslosigkeit eine Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen widerspiegelte; auf diese Weise erhielt ich saisonbereinigte Arbeitslosenzahlen. Anfang 1930 alarmierte uns im ADGB die kontinuierliche Zunahme der Arbeitslosenrate in der nicht saisonabhängigen Gruppe, aber Beobachter außerhalb der Gewerkschaften nahmen die Lage nicht ernst.

Die Regierung war ganz mit dem Problem der Reparationen beschäftigt. Dies war eine rein politische und keine wirtschaftliche Frage. Tatsächlich zahlte Deutschland weniger an Reparationen, als es an Krediten und Darlehen von den Alliierten erhielt. Aber jetzt machte der Rückgang im Außenhandel es für Deutschland schwierig, auch nur geringfügige Reparationen, wie sie der Dawes-Plan vorsah, an die Gläubigernationen zu zahlen. Reichskanzler Brüning forderte eine Verbesserung des Planes und konnte sie auch erreichen. In ihrer Freude über diesen Erfolg schlossen viele deutsche Politiker daraus, daß die Depression ihrem Lande helfe, sich von der Schmach des Versailler Vertrages zu befreien. Ich hingegen hielt die Lage für sehr ernst und bereitete für den Vorstand eine Reihe von Diagrammen und Tabellen vor, welche die Entwicklung der nationalen Arbeitslosigkeit zeigen. Ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder war ohne Arbeit, und eine Besserung war nicht in Sicht. Ich erklärte, die deutsche Wirtschaft sei gefangen in einer deflationären Spirale von Löhnen und Preisen, Produktion und Arbeit. Eine hitzige Diskussion folgte. Die Gewerkschaftsvorsitzenden stimmten zu, daß die Lage alarmierend war, aber Otto Wels, der Vorsitzende der SPD, war über mein Papier höchst verstimmt. Er war ein kräftiger Mann mit Riesenhänden, einem starken Nacken, Doppeltinn und kleinen Augen unter einer kurzen Stirn. Er war

zwar nicht sehr helle, aber er war wohlmeinend und in der Partei respektiert. „Das ist alles blanker Unsinn“, knurrte er. „Die Lage ist nicht schlecht. Die Arbeitslosigkeit hat uns sogar bei den Reparationen geholfen.“

Leipart schloß die Sitzung, nachdem er mich gebeten hatte, den Vorstand zu informieren, falls es neue Entwicklungen gäbe. Einen Monat später berichtete ich, daß sich die Arbeitslosenrate in den nichtsaisonalen Industrien weiter erhöht habe und eine Verschlechterung der Lage der Unternehmen abzusehen sei. Leipart fragte mich nach praktischen Vorschlägen. Ich hatte keine parat, aber er bat mich, über diese Frage nachzudenken.

Im September (1930) fanden Wahlen zum Reichstag statt. Hitlers Bilder und sein Hakenkreuz waren überall. Die Kommandos der Kommunisten und der Nazis marschierten mit ähnlichen braunen Uniformen und ähnlichen roten Bannern auf den Straßen. Die Menschenmengen bei den Massenkundgebungen der SPD waren träge und teilnahmslos. Bei der Wahl siegten die Extremisten: Die Nazis erhielten 6,4 Millionen Stimmen gegenüber nur 800 000 im Jahre 1928, die Kommunisten vergrößerten ihren Anteil von 3,3 auf 4,6 Millionen Stimmen, die SPD, immer noch die stärkste Partei im Reichstag, schrumpfte von 9,2 auf 8,6 Millionen.

Im Reichstag gab es keine arbeitsfähige Mehrheit. Alle rechten Parteien standen jetzt hinter Hitler. Zusammen hatten sie 260 Sitze im Vergleich zu den insgesamt 231 Abgeordneten der Fraktionen von SPD, Zentrum und Demokraten. Die Kommunisten stellten den Rest. Ich war besessen von der Idee, daß man diese zerstörerischen politischen Entwicklungen abwenden könnte, wenn die Deflationsspirale gebrochen würde und die Menschen Arbeit bekämen und wieder Hoffnung schöpften. Ich erinnerte mich an den Rat der Arbeitslosen von St. Petersburg und begann über öffentliche Arbeiten nachzudenken, im großen Rahmen natürlich — nicht als Wohlfahrtsmaßnahme, sondern als Mittel zur Umkehrung der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber wie das Projekt finanzieren? Je länger ich darüber nachdachte, desto klarer wurde mir, daß Arbeitslosigkeit, das Hauptproblem unserer Organisation und der Arbeiterschaft im allgemeinen, tatsächlich nur ein dramatischer Ausdruck des allgemeineren wirtschaftlichen Problems in Deutschland war — der Deflation. Diese Frage war neu und kaum erforscht, aber ich spürte, daß die Gewerkschaften dieses breitere nationale Problem — einer Deflation auf Grund einer falschen Ausrichtung der gesamten Wirtschaftspolitik der Republik — angehen mußten, um sich

gegen diese Welle der Massenarbeitslosigkeit zu verteidigen.

Eine zufällige Beobachtung bestätigte dieses Gefühl. Die Zeitungen schrieben über den „Verbraucherstreik“: Anschaffungen wurden in der Erwartung weiter fallender Preise aufgeschoben. Unweit des ADGB bot ein großes Fachgeschäft Möbel zu herabgesetzten Preisen an. Eines Morgens bemerkte ich, daß die alten Preisschilder durch eine große Ankündigung ersetzt worden waren: „Dies ist unser letztes Angebot. Es wird keine weiteren Preisnachlässe geben. Wir werden eher unseren ganzen Vorrat verbrennen oder ihn verrotten lassen, als den heutigen Preis um auch nur eine einzige Mark zu unterbieten.“ War das nicht der Weg, den Verbraucherstreik zu brechen?

An diesem Tage beschloß ich, dem Vorstand ein Wirtschaftsprogramm vorzulegen, das zwei Ideen miteinander verband: die Einführung öffentlicher Arbeiten und den Kampf gegen die Deflation durch Zuführung zusätzlicher Kaufkraft in die Wirtschaft in Form von Bankkrediten. Zwei Wochen später war mein Bericht fertig. Er löste eine hitzige Kontroverse aus. Die Gewerkschaftsvorsitzenden waren alle für öffentliche Aufträge, aber sie verstanden das Konzept der Finanzierung dieser öffentlichen Aufträge durch Kredite als antideflationistische Maßnahme nicht. Einer von ihnen rief verärgert: „Ich verstehe jetzt überhaupt nichts mehr. Ich habe 60 Mark für meinen Anzug bezahlt. Wollt Ihr, daß ich nun 80 Mark dafür zahle?“

Ich antwortete: „Wärest du ohne Arbeit, könntest du dir nicht einmal eine neue Weste für fünf Mark leisten. Ich möchte, daß du hundert Mark für den Anzug und zusätzlich 20 Mark für die Weste bezahlst, und dann immer noch genügend Geld hast, um dir eine Hose für 50 Mark zu kaufen.“

Dieses Argument saß. Er verstand es und benutzte es später in seinen Reden. Leipart sagte in Gedanken versunken: „Zumindest haben wir einen praktikablen Vorschlag, die erste praktische Anregung seit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Vielleicht ist da etwas dran... Doktor, übertragen Sie die Statistikabteilung jemand anderem oder lassen Sie sie zum Teufel gehen. Konzentrieren Sie sich von nun an ausschließlich auf Ihr Wirtschaftsprogramm.“

Ein Programm zur Beendigung der Depression

Nach der Sitzung schlug Erdmann vor, ich solle sofort eine Werbekampagne für mein Programm zu beginnen, ohne auf die formelle Entscheidung des Vorstands zu warten. Er bot mir an, meine Artikel in *Die Arbeit* zu publizieren. Seine Zeitschrift wurde als Verfechterin der „aktiven Wirtschaftspolitik“ bekannt, die auf zwei Ideen aufbaute: öffentliche Aufträge und Stützung der Preise durch Bankkredite zur Finanzierung dieser Aufträge. Der zweite Vorschlag implizierte öffentliche Ausgaben und einen nicht ausgeglichenen Haushalt, nicht nur als Mittel zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten, sondern auch als Instrument, um die Kaufkraft innerhalb eines „blutarmen“ ökonomischen Systems zu stärken und die Deflationsspirale umzukehren.

Damals kannte ich noch nicht Keynes' frühe Werke, die mir bei meiner Argumentation hilfreich gewesen wären. Aber in den Berichten der Finanzabteilung des Völkerbunds zur Goldpolitik fand ich die Antwort auf das Problem. Eine moderate Steigerung der Kaufkraft oder des Geldumlaufs würde das Preisniveau erhöhen oder zumindest seinen Ver-

fall aufhalten und eine Ausweitung der Produktion fördern, ohne die Gefahr einer galoppierenden Abwertung der Währung. Auch unter dem Einfluß dieser Berichte beschloß ich, meinen Plan als internationale Politik im Kampf gegen die Weltkrise darzustellen.⁶

Selbst in dieser Form bedeutete die Behauptung, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit müsse mit einem steigenden Preisniveau verknüpft sein, eine direkte Kampfansage an Reichskanzler Brüning, der glaubte, die Krise könnte nur durch weitere Preissenkungen gelöst werden. Und es war auch eine Herausforderung an die SPD, die stillschweigend Brünings Wirtschaftspolitik unterstützte und nur insoweit dagegen opponierte, als sie die Reallöhne bedrohte. Ich war dermaßen mit der Ausarbeitung der technischen Details meines Projektes beschäftigt, daß ich die politischen Implikationen nicht bemerkte. Lothar warnte mich: „Du trittst vielen wichtigen Leuten auf die Zehen.“

Die Reaktion der SPD auf meinen ersten Artikel in *Die Arbeit* zeigte mir, wie recht er hatte. Das Hauptorgan der Partei, der *Vorwärts*, warf mir in zwei Artikeln vor, ich wolle die Gewerkschaften zu einer neuen Inflation verleiten. Ich betrachtete diese Angriffe als Appell an die Vorurteile und Ignoranz der Leser. Die ökonomisch ungebildete Öffentlichkeit verband mit dem Wort „Inflation“ die galoppierende Inflation der Jahre 1922-23, die ehrenwerte Leute an den Bettelstab brachte und an der sich eine Handvoll Spekulanten bereichert hatten. „Inflation“ war ein böses Wort und „Deflation“ eines, das der Mann von der Straße nicht verstand. Ich schickte sofort eine Widerlegung an den *Vorwärts*, aber der Chefredakteur weigerte sich, sie zu veröffentlichen, mit der Ausrede, dies sei eine zu komplizierte technische Frage und die Zeitung habe ja schon zwei Artikel dazu in anderen Ausgaben gedruckt. Weitere SPD-Zeitungen folgten dem Beispiel des *Vorwärts*.

Unterdessen verschlechterte sich die Wirtschaftslage weiter. Nach der Wahl vom September 1930 suchte Brüning verzweifelt nach einer Möglichkeit, seine Regierung zu stärken, und kam zu dem Schluß, eine Wirtschaftsunion mit Österreich sei der richtige Schritt dazu. Der Schuß ging nach hinten los. In der Ankündigung der Regierung, eine solche Union voranzutreiben, sah man im Ausland einen Beweis für Deutschlands Absicht, einen politischen Zusammenschluß mit Österreich herbeizuführen, was eine Verletzung des Versailler Vertrages bedeutet hätte. Zur Strafe kündigten ausländische Banken ihre kurzfristigen Kredite an deutsche und österreichische Firmen, woraus beträchtliche Zahlungsschwierigkeiten entstanden. Mehrere Banken in Österreich brachen zusammen. In Berlin brach eine Panik aus. Die Menschen liefen zu ihrer Bank, um sich ihre Guthaben auszahlen zu lassen. Im Juli sahen sich die Banken gezwungen zu schließen. Das war eine Krise in der Krise, ähnlich des Bankfeiertages in den USA 1933.

Mangels einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag regierte die Regierung das Land durch Notverordnungen. Aufgeschreckt von der Bankenkrise, erließ der Kanzler eine Reihe neuer Notverordnungen, die die Produktionskosten sowie Löhne und Preise weiter senkten. Die SPD billigte diese Politik, war aber gegen einige Aspekte der Brüning'schen Verordnungen, und Hilferding kam zum ADGB, um die Haltung der Partei klarzustellen. Nach seinem Vortrag fragte ich ihn: „Kritisieren Sie die Verordnungen, weil Sie glauben, daß die Preise nicht tief genug fallen, um die Lohnkür-

zungen aufzuheben? Wären Sie für die Verordnungen, wenn Sie sicher wären, daß die Preise stärker fielen als die Lohngehälter?“ „Ganz entschieden“, antwortete er. „Ich bin ebenfalls gegen die neuen Verordnungen,“ sagte ich, „aber aus einem anderen Grund. Sie werden die Preise drastisch kürzen, ohne die Reallöhne zu senken, aber letztendlich werden wir einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erleben.“

Eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Hilferding und mir klärte das Problem für den Vorstand nicht. Die Gewerkschaftsführer verfolgten unseren Disput mit tragem Schweigen. Sie waren von meiner Idee öffentlicher Arbeiten angetan, aber sie waren gewöhnt, Hilferding für die größte Autorität in Sachen Wirtschaftstheorie seit Karl Marx anzusehen.

Nach der Vorstandssitzung diskutierte ich mit Lothar in seinem Büro die Lage. „Du trittst immer noch wichtigen Leuten auf die Füße“, sagte er mir: „Sind diese Verordnungen denn so wichtig für dein Programm?“

„Sie betreffen den Kern des Problems“, antwortete ich. „Die Frage ‚öffentliche Arbeiten‘ oder ‚keine öffentlichen Arbeiten‘ ist Nebensache. Worauf es ankommt, ist, ob man die Depression mit deflationistischen oder antideflationistischen — d.h. inflationistischen — Maßnahmen bekämpft. In diesem Punkt steht mein Programm im Konflikt mit Hilferding und Brüning. Ich bin zutiefst überzeugt, daß die beiden, trotz all ihren guten Willens, Deutschland in eine schreckliche Tragödie führen werden. Schau mich nicht an, als ob ich verrückt sei.“

„Es gibt nur wenige Leute, die dermaßen von etwas überzeugt sind, daß man sie für verrückt hält“, bemerkte Lothar, „aber ohne solche Verrückten wären wir verloren.“

Ich war weiterhin besessen von einer aktiven Wirtschaftspolitik mit großangelegten öffentlichen Arbeiten als ihrem Eckpfeiler. Es schien mir, als ob ich sähe — physisch, mit meinen Augen — wie Brüning Deutschland in ein tragisches Ende führte. In einer Zeit, in der das Schwinden der Kaufkraft und die Zerrüttung der Preise die Hauptübel waren, unterzog er das Land immer größerer Deflation, und mit jedem seiner Schritte wuchs die Arbeitslosigkeit, die nazi-kommunistische Flut stieg, und das Land näherte sich dem Abgrund. Brüning war sicherlich ein Mann hoher Intelligenz und einwandfreier Integrität. Seine selbstmörderische

Politik entsprang seiner eigenen Philosophie. Er fürchtete sich vor einer galoppierenden Inflation; ihm gefiel die Idee nicht, die Arbeitslosen durch Schaffung von Arbeit zu hätscheln; und er hielt ein Programm öffentlicher Arbeiten für einen Luxus, den Deutschland sich nicht leisten könne.

Man sollte Brüning seiner Irrtümer wegen aber nicht allzusehr schelten. Er teilte seine falschen Ideen mit vielen seiner Berater in seiner eigenen Partei und in der SPD. Hätten letztere seine Politik nicht unterstützt, hätte er sie vielleicht aufgegeben. Unglücklicherweise bestimmte Hilferding die Wirtschaftspolitik der SPD-Fraktion. Er hatte sich und seine Partei auf ein bestimmtes Programm festgelegt und verabscheute den Gedanken, es unter dem Druck der Gewerkschaften aufzugeben.

wird fortgesetzt

Anmerkungen

1. Helga Zepp-LaRouche, „Die Bedeutung des Lautenbach-Plans heute“, *Neue Solidarität* Nr. 1-3, 2003 (www.solidaritaet.com/neuesol/2003/1/zepp-lar.htm)
2. Gabriele Liebig, „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB hätte die Hitler-Diktatur verhindern können“, *Neue Solidarität* Nr. 47-48, 1996 (www.solidaritaet.com/neuesol/aktuelle/krise/woytin1.htm)
3. Helga Zepp-LaRouche, „Nur große Infrastrukturprojekte können die deutsche Wirtschaft retten“, *Neue Solidarität* Nr. 49, 2002 (www.solidaritaet.com/neuesol/2002/49/zepp-lar.htm)
4. Interview mit Heiner Flassbeck, *Neue Solidarität* Nr. 47, 2004 (www.solidaritaet.com/neuesol/2004/47/flassbeck.htm)
5. Dr. Wilhelm Lautenbach, „Der Lautenbach-Plan: Produktive Kreditschöpfung als Notmaßnahme gegen die Depression“, *Neue Solidarität* Nr. 1-2, 2002 (www.solidaritaet.com/neuesol/2002/1/finanz.htm)
6. Anmerkung Woytinskys: Diese Ideen legte ich in dem Buch *Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Weltkrise* und einer Artikelserie in *Die Arbeit*, im *International Labor Review* des Internationalen Arbeitsamtes sowie anderen Zeitschriften aus. Mein Buch, das von der *Gesellschaft für Konjunkturforschung* in Frankfurt verlegt wurde, fand nicht allzuviel Beachtung. Erst in den letzten Jahren [d.h. den 50er Jahren] erregte es einige Aufmerksamkeit in Deutschland.

Internationale Arbeitsbeschaffung

VON WLADIMIR WOYTINSKY

Die Weltkrise spitzt sich mehr und mehr zu. Die einander folgenden wirtschaftlichen Zusammenbrüche erschüttern das Gefüge der kapitalistischen Welt. Das internationale Währungssystem ist zerschlagen, nicht weniger als 25 Länder haben die Goldwährung preisgegeben. Der internationale Warenaustausch geht immer weiter zurück, die Staaten rüsten zum neuen Zollkrieg aller gegen alle. Die Massenarbeitslosigkeit nimmt zu. In *Deutschland* bewegt sich die Arbeitslosenzahl um 1,4 Millionen über dem Stand des Vorjahres. Den *Engländern* ist es bisher nicht gelungen, ihren Arbeitsmarkt fühlbar zu entlasten. In *Frankreich*, das sich bis vor kurzem einer guten Beschäftigung erfreute, lautet die Zahl der Arbeitslosen auf Hunderttausende, während weitere Millionen Menschen verkürzt arbeiten. Auf eine geradezu katastrophale Weise hat sich in den letzten Wochen die Lage im *Südosten Europas* verschlechtert — in Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien.

Mit der Not wächst die Verzweiflung, der wirtschaftlichen Depression folgt die politische Unsicherheit. Aber je unsicherer die politische Lage ist, um so geringer werden die Aussichten der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, die mit Recht als die *Voraussetzung* der Belebung der Wirtschaft betrachtet wird. Alles was durch mühselige Arbeit in den Jahren des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas erreicht wurde, ist in wenigen Monaten durch das Spiel von blinden wirtschaftlichen Kräften zerstört worden, die Völker Europas stehen wieder wie etwa vor 10 Jahren vor Trümmern. Nur eine gewaltige Anstrengung des Willens kann sie in dieser ersten Stunde von weiteren unübersehbaren Leiden und Nöten retten.

Kein Volk ist imstande, *allein* gegen die Weltkrise zu kämpfen. Jeder Staat, der in der rücksichtslosen „Selbsthilfe“ den Ausweg sucht, schadet sich selbst nicht weniger als den anderen. Ist aber nicht eine Wirtschaftspolitik möglich, die sich gegen die gemeinsame Not der von der Weltkrise heimgesuchten Völker richtet und ihnen *allen* Hilfe bringt, ohne einzelnen Ländern besondere Opfer zuzumuten?

Eine solche Aktion *ist* möglich, ihr Zweck muß *internationale Arbeitsbeschaffung* sein.

Bereits im Sommer zählte man im europäisch-amerikanischen Kulturkreis über 20 Millionen Arbeitslose, die *industrielle Produktion* lag unter dem vorher erreichten Hochstand: in *Deutschland* um 32 v.H., in Großbritannien um 28 v.H., in Frankreich um 14 v.H., in Polen um 32 v.H., in Österreich um 40 v.H., in Schweden um 30 v.H., in den Vereinigten Staaten um 31 v.H., in Kanada um 33 v.H. Seitdem hat sich die Lage weiter verschlechtert. Sämtliche von der

Krise betroffenen Länder haben ein Interesse daran, ihre Industrie wieder in Bewegung zu bringen. Sie werden dies aber niemals auf dem Wege des Wettbewerbes, durch den Druck auf die Löhne und Preise erreichen. Die *Preise auf dem Weltmarkt* sind in den letzten Monaten um 40 bis 50 v.H. gesunken. Für zahlreiche Waren liegen sie bereits tief unter dem Stand der Vorkriegszeit, dies hat aber keine Voraussetzungen für die Belebung der Wirtschaft geschaffen.

Der *Preisabbau* kann nur dann die Belebung der Wirtschaft fördern, wenn er zur Steigerung der Kaufkraft der Massen führt. Gegenwärtig ist das aber nicht der Fall. Der gewaltige Rückgang der Großhandelspreise wurde in einzelnen Ländern (z.B. in Deutschland) durch die Zollpolitik aufgefangen. Die Kleinhandelspreise, die für die Kaufkraft der Volksmassen allein ausschlaggebend sind, halten mit den Großhandelspreisen nicht Schritt: wo der Großhandelsindex um 40 v.H. oder sogar auf die Hälfte gesunken ist, weisen *die Lebenshaltungskosten* eine Abnahme von 10 bis 15 v.H. auf. Zugleich aber entwickelt sich ein Lohndruck, dem die Arbeiterschaft nicht widerstehen kann. Volkswirtschaftlich ist es gleichgültig, ob die Tariflöhne gekürzt oder übertarifliche Verdienste abgebaut werden, ob die Arbeiter sich unter den tariflichen Bedingungen bezahlen lassen oder gezwungen sind, für den früheren Lohn mehr Arbeit zu leisten. Wichtig ist nur, daß der Preissturz der letzten Monate der Industrie *keine neuen Absatzmöglichkeiten* verschaffen konnte.

Das Wettrennen der Preissenkung und des Lohnabbaus, der abnehmenden Produktion und der wachsenden Arbeitslosigkeit hatte zur Folge, daß trotz der Stilllegung der Betriebe die Industrie sich vom Druck der chronischen Überproduktion nicht befreien konnte. Dagegen hat sich der Preissturz auf dem Weltmarkt, der ursprünglich eine Auswirkung der Weltkrise war, in einen *gefährlichen Faktor der Depression* verwandelt. Jede Verschiebung des Preisniveaus ist mit der Veränderung der Kaufkraft (oder des Wertes) des Geldes gleichbedeutend: *Die Preissenkung bedeutet die Aufwertung des Geldes, die Preissteigerung seine Entwertung.* Die Verschiebung des Wertes des Geldes hat aber einen entscheidenden Einfluß auf den ganzen Kreislauf der Wirtschaft.

Die kapitalistische Produktion beruht auf Kredit. Es werden stets Verpflichtungen aufgenommen, die in einer bestimmten Frist erfüllt werden müssen. Bei den dauernd sinkenden Warenpreisen wird jedesmal die beim höheren Preisstand abgeschlossene Vereinbarung mit teurer, schwerer gewordenem Geld erfüllt. Die Schuldner werden auf die-

se Weise systematisch zugunsten der Gläubiger *enteignet* (genau wie bei der inflationistischen Preissteigerung die Gläubiger zugunsten der Schuldner enteignet werden). Dies übt *eine verhängnisvolle Wirkung auf die Produktion* aus: jedem Betrieb, der mit fremdem Gelde arbeitet, wird immer wieder eine neue Last aufgebürdet, die er bei der Aufnahme von Schulden nicht voraussehen konnte. Die Rentabilität der Betriebe wird gefährdet und kann *durch keinen Lohnabbau gerettet* werden. Mit der Verminderung der Rentabilität des Betriebes geht aber sein Kapitalwert zurück, Dies tritt im Zusammenbruch der Aktienkurse in Erscheinung. Wenn man die Aktienkurse von Ende 1927 = 100 setzt, so machte der Wert derselben Wertpapiere im September 1931 aus (Indexziffern des American Economic News Service): in Berlin 25,1, in London 30,9, in Paris 65,8, in Mailand 67,2, in Brüssel 29,2, in Amsterdam 26,0, in Stockholm 35,7, in Zürich 46,1, in Wien 42,3, in Prag 59,5 und in New York 60,9 v.H. (In dieser Übersicht scheint New York verhältnismäßig gut abzuschneiden. Dies geschieht aber nur deshalb, weil hier die Aktienkurse von September 1931 mit den bescheidenen Notierungen Anfang 1927 verglichen werden. Wählt man aber die Kurse vom Sommer 1929 als Vergleichsgrundlage, dann ergibt sich auch für die Vereinigten Staaten ein Kursrückgang von etwa 70 v.H.)

Die *Sparer*, die ihr Geld produktiv in Aktien angelegt hatten, haben etwa die Hälfte (in Deutschland drei Viertel) ihres Vermögens verloren. Und diejenigen von ihnen, die in der Hoffnung auf bessere Zeiten ihre Effekten aufbewahren, fühlen, wie ihr Vermögen mit jedem Monat weiter zusammenschrumpft. Das Gesetz der kapitalistischen Produktion wird auf diese Weise auf den Kopf gestellt. Das produktiv angelegte Geld wirft keinen Gewinn mehr ab und wird der Gefahr der Verpulverung ausgesetzt, während das brachliegende Geld mit jedem Monat an Kaufkraft gewinnt. Das Geld hört auf, sich in Kapital zu verwandeln, es entsteht die Flucht aus den Sachwerten; die Welt schwimmt im Geld und im Gold, Gold und Geld nehmen aber nicht die Form des Kapitals an.

In allen Ländern entwickelt sich die wahnsinnige *Hamsterei von Noten und Hartgeld*. Man traut den Banken nicht mehr, man will das Bargeld zu Hause haben, man sammelt nicht nur Goldstücke (wo es solche im Umlauf gibt), sondern auch minderwertige Silberstücke, wertlose Scheidemünzen und Noten. Die Beträge solchen aus dem Verkehr gezogenen Geldes belaufen sich auf viele Milliarden Reichsmark (in Deutschland allein handelt es sich um rund 1,5 bis 2 Milliarden).

Hinzu kam das *internationale Mißtrauen*, das die Zerrüttung des gesamten Kredit- und Geldsystems der Welt vollendet hat. Aber ohne die Bedeutung des politischen Faktors zu unterschätzen, darf man sehr stark daran zweifeln, ob politische Deklarationen der Regierungen, welcher Art sie auch seien, neue nennenswerte Investitionsmöglichkeiten schaffen und Kapitalien flüssig machen können, solange der *Preissturz*, d.h. die Entwertung der Kapitalanlagen und die Aufwertung des brachliegenden Geldes und der Schulden andauert.

Die Aufgabe der Weltwirtschaftspolitik im Kampf gegen die Weltkrise ist somit klar: sie muß versuchen, *den Preissturz auf dem Weltmarkt zum Stillstand zu bringen und das allgemeine Preisniveau auf einem vernünftigen Stand zu stabilisieren*.

Und die Aufgabe kann nur auf eine Weise gelöst werden: *Es muß eine neue Kaufkraft, eine zusätzliche Nachfrage ins Leben gerufen und in den Kreislauf der Weltwirtschaft, möglichst gleichmäßig an verschiedenen Stellen, eingeschaltet werden*. Diese Aufgabe kann durch eine Vereinbarung der Notenbanken über eine planmäßige Erweiterung des Volumens der Kredite gelöst werden. Über die *Verwertung dieser neuen Kredite* sind zwei Auffassungen möglich:

1. **sie können den kapitalistischen Unternehmern zur Verfügung gestellt werden;**
2. **sie können der öffentlichen Hand für die Arbeitsbeschaffung zufließen.**

Das Gefährliche des ersten Weges ist, daß dabei auf die Kontrolle über die weitere Leitung der neu geschaffenen Mittel von vornherein verzichtet wird, die Sache bleibt dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen. Man hat dabei keine Gewähr dafür, daß die neuen Kredite den volks- und weltwirtschaftlich richtigen Weg finden. Geschieht dies aber nicht, so werden sich die Disproportionalitäten der Weltwirtschaft weiter verschärfen, was die endgültige Überwindung der Krise erschweren muß. Nicht minder wichtig ist die Gefahr der Fehlinvestitionen, die zur Steigerung der Überkapazität der Produktionsanlagen führen.

Es scheint überhaupt zweifelhaft, ob bei der gegenwärtigen Lage neue nennenswerte Investitionen im Rahmen der Privatwirtschaft möglich wären. Die Ankurbelung der Wirtschaft muß vielmehr von der Konsumseite kommen. Und dieser Forderung entspricht der Gedanke der öffentlichen Arbeiten. Der wirtschaftliche Sinn der Aktion besteht darin, daß die neuen Mittel *in der Form von Löhnen und Gehältern* dem Markt zufließen, die Nachfrage nach den Artikeln des Massenverbrauches steigern und die Erweiterung ihrer Produktion anregen, was der weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes Anstoß gibt. In den meisten Fällen wird die Erweiterung der Produktion keine neuen Investitionen erfordern, es werden sich lediglich die gegenwärtig brachliegenden Mittel in produktives Betriebskapital verwandeln.

Die *Einzelheiten der Arbeitsbeschaffungsaktion* sollten der Zukunft vorbehalten bleiben. Hier will ich aber einen der möglichen Pläne dieser Aktion präzisieren:

In Erkenntnis der Notwendigkeit, der Flut des Preissturzes und der Arbeitslosigkeit solidarisch entgegenzuwirken, schließen die leitenden Notenbanken ein Übereinkommen gemäß den Empfehlungen des *Goldausschusses des Völkerbundes* ab: sie unternehmen eine gemeinsame Aktion, die sich die Einschaltung zusätzlicher Kaufkraft in die Weltwirtschaft zum Ziel setzt. Auf Grund einer *internationalen Vereinbarung* über eine gleichmäßige Herabsetzung der Mindestgrenze der Golddeckung wird ihre Manövrierefreiheit erweitert. Auf diese Weise wird, ohne Beanspruchung des offenen Kapitalmarktes und ohne Neuverteilung der vorhandenen Goldvorräte, die internationale Schaffung *zusätzlicher Geldmittel* ermöglicht. Die neuen Mittel dürfen nicht im Rahmen einzelner Volkswirtschaften unmittelbar in den Verkehr gesetzt werden; vielmehr müssen sie einen Fonds bilden, der zum Besten sämtlicher Völker verwendet werden muß. Seine Verwaltung könnte der *Baseler Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* übertragen werden, die *ermächtigt wird, eine „Internationale Anleihe des wirtschaftlichen Aufstieges“ herauszugeben. Die Schuldverpflichtungen der Anleihe werden von einzelnen Notenbanken übernom-*

men und voll mit dem neu geschöpften Geld bezahlt. Die BIZ, die über den aufgebrachtten Fonds verfügt, wird einzelnen notleidenden Ländern billige Arbeitsbeschaffungskredite gewähren.¹ Die Operation wird von einem Ausschuß kontrolliert, an dem auch Arbeitnehmervvertreter teilnehmen. Als Gegenstand der öffentlichen Arbeiten kommen in Frage: Straßen- und Kanalbau, Ausbau des elektrischen Netzes, Verbesserung der Eisenbahnen sowie ihres rollenden Materials, Bodenmeliorationen u.ä.m.

Zwei Bedenken machen sich gegen diesen Plan geltend:

1. Ob die zusätzliche Kredit- und Geldschöpfung in den goldarmen Ländern ohne Erschütterung ihrer Währung möglich ist?
2. Ob die Aktion nicht zur inflationistischen Kürzung des Reallohnes führen würde?

Die Erschütterung der Währung einzelner Länder kommt in diesem Falle nicht in Frage, weil die internationale Kontrolle eine ausreichende Sicherheit gegen die Inflation bildet. Vielmehr wird die Aktion zur Verbesserung der Währung derjenigen Länder führen, die in den letzten Monaten gezwungen waren, die legale Mindestgrenze der Golddeckung zu unterschreiten.

Für *Deutschland* könnte sich die Operation etwa wie folgt abspielen: Bei der normalen Lage verfügte die Reichsbank über einen Gold- und Devisenvorrat für etwa 2,4 Milliarden Reichsmark, der für die Untermuerung eines Geldumlaufes von rund 6 Milliarden Reichsmark ausreichte. Nach dem Zusammenschrumpfen der Produktion und dem Rückgang der Preise könnte das Reich sich mit einem viel geringeren Notenumlauf begnügen, es hat aber infolge der Notenumlaufmehrung mehr Geld als früher im Umlauf. Aktiv bewegen sich allerdings nicht mehr als 5 Milliarden Reichsmark. Für ihre legale 40prozentige Deckung müßte die Reichsbank 2 Milliarden Reichsmark in Gold und Devisen besitzen, sie hat aber etwa 1,5 Milliarden Reichsmark. Die Mindestgrenze der Deckung ist unterschritten, es besteht ein Fehlbetrag von 500 Millionen Goldmark, der eine neue Erweiterung des Geldumlaufes ungemein erschwert. Nun wird aber eine internationale Vereinbarung über die Herabsetzung der Mindestgrenze auf 30 v.H. getroffen — und sogleich ist der deutsche Notenumlauf *legal voll gedeckt*, der Fehlbetrag ist verschwunden, die Reichsbank erhält wieder ihre Manövrierefreiheit. Es kommt nunmehr die neue Vereinbarung zustande: Deutschland muß — gemäß seiner finanziellen Macht — in den internationalen Fonds, sagen wir, eine Milliarde Reichsmark, einzahlen, es kann aber aus diesem Fonds, angesichts der besonders schwierigen Lage seines Arbeitsmarktes, 2 bis 2,5 Milliarden als Arbeitsbeschaffungskredit erhalten. Im Rahmen des letzteren Betrages — es handelt sich hier selbstverständlich lediglich um ein Rechnungsbeispiel — erhält es teils Beträge in eigener Währung (1 Milliarde), teils fremde Devisen. Es kann, gemäß dem Sinn der Aktion, abgemacht werden, daß ein

Teil der erhaltenen Devisen (und zwar jener Teil, der für diesen Zweck besonders geeignet ist) zur Deckung der von der Reichsbank zusätzlich herauszugebenden Noten verwendet wird.

Von dem erhaltenen Kredit müssen also etwa 300 Millionen Reichsmark als Sicherung für die zusätzlich herausgegebenen Noten in der Reichsbank bleiben. Die Reichsbank verfügt für die Arbeitsbeschaffung über einen zusätzlichen 30prozentig gedeckten, international genehmigten Betrag von 1 Milliarde Reichsmark und außerdem über Devisen für 0,7 bis 1,2 Milliarden. Der vom Goldausschuß des Völkerbundes empfohlene Weg der Herabsetzung der Mindestgrenze der Golddeckung erweist sich also als gangbar und praktisch auch in dem Fall, wenn die legale Mindestgrenze bereits unterschritten ist.

Vielleicht aber könnte dabei die Gefahr der *inflationistischen Verminderung des Reallohnes* entstehen?

Die Arbeitsbeschaffung auf Grund der internationalen Kreditschöpfung wird die allmähliche Rückkehr der Preise etwa zum Stand, den sie vor der Krise hatten, zur Folge haben. Dagegen läßt sich nichts sagen, weil dies eben die Voraussetzung der Belebung der Wirtschaft ist. Diese Bewegung läßt sich aber leicht meistern: in *Deutschland* könnte z.B. die Steigerung der Lebensmittelpreise durch die Zollpolitik aufgefangen werden, das beste Mittel zum Schutze des Reallohnes während der in Aussicht gestellten Aktion wäre aber die Verknüpfung des Nominallohnes mit dem Lebenshaltungindex.

Übrigens ist der Reallohn nichts anderes als der *Anteil des Arbeiters an dem Sozialprodukt*. Seine Höhe wird durch zwei Bedingungen bestimmt: durch den *Umfang* des zu verteilenden Produktes und durch das soziale *Kräfteverhältnis* bei seiner Verteilung. Eine Aktion, die das Sozialprodukt durch die Belebung der Wirtschaft vergrößert und die Lage der Arbeiterschaft durch die Entlastung des Arbeitsmarktes verstärkt, kann nicht zur Herabsetzung des Reallohnes führen!

Das Gesagte darf keine Illusionen erwecken: es geht hier um eine Aktion, die nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Es sind harte Widerstände zu brechen, zahllose Hindernisse zu überwinden. Die *internationale Arbeitsbeschaffung auf Grund der internationalen Kreditschöpfung* ist aber möglich. An objektiver Schwierigkeit, an Geldmangel, an Inflationsgefahr kann der Plan nicht scheitern. Wenn er scheitert, so wird er am Mangel an Willen der Menschen scheitern. Sein Erfolg wird zwar nicht die Disproportionalitäten und Widersprüche des kapitalistischen Systems beseitigen, er wird aber den Völkern den Ausweg aus der *heutigen* Krise eröffnen und einen gewaltigen Schritt nach vorwärts, zur Bändigung der blinden wirtschaftlichen Kräfte bedeuten.

¹ Anmerkung der *Neuen Solidarität*: Woytinsky selbst erkannte bald, daß seine Hoffnungen auf wirtschaftliche Vernunft der internationalen Finanzwelt oder der BIZ illusorisch waren.

Der zweite Auszug aus den Memoiren Wladimir Woytinskys, die unter dem Titel *Stormy Passage* (Stürmische Überfahrt) 1961 in New York erschienen. Darin berichtet der damalige Leiter der Statistikabteilung und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über den Kampf um das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, den Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan von 1931-32.

Ein Programm gegen die Depression

VON WLADIMIR WOYTINSKY – TEIL 2

Eines Morgens rief Leipart in meinem Büro an: „Wir haben heute Nachmittag ein Vorstandstreffen. Sind Sie bereit, Ihr Programm vorzustellen?“

Ich war bereit. Ich hatte den internationalen Teil meines ursprünglichen Planes aufgegeben. Die Weltwirtschaft erholte sich langsam, und Deutschland stand im Zentrum der Depression. Es war das Gebot der Stunde, sofort mit öffentlicher Arbeitsbeschaffung im großen Stil auf Kosten einer kontrollierten Inflation zu beginnen. Das hatte ich mit vielen Experten diskutiert. Ein prominenter Bankier trat mit dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht in Kontakt, der seine Meinung kundtat, daß Kredite in Höhe von 2 Mrd. RM für öffentliche Arbeitsbeschaffung sofort vergeben werden könnten.¹ Um den Beginn des Programms zu beschleunigen, setzte ich ein sehr bescheidenes Ziel — Arbeit für eine Million Menschen. Das wäre der erste Schritt.

Konflikt mit der SPD

Leipart eröffnete das Vorstandstreffen. „Vor vier Monaten“, sagte er, „diskutierten wir die Ereignisse in Großbritannien. Hilferding sagte den Ruin der britischen Wirtschaft voraus, Woytinsky eine Erholung. Die Briten haben bewiesen, daß sie weiser als die Deutschen gewesen sind. Heute müssen unsere Gewerkschaften die volle Verantwortung für die Wirtschaftspolitik für die deutsche Arbeiterschaft übernehmen.“² Der Vorstand nahm mein Programm einstimmig an. Wels sagte während der Diskussion nichts, bemerkte aber hinterher: „Ihr, die Gewerkschaften, habt über ein Programm zur Gesetzesvorlage abgestimmt. So etwas hat es ja noch nie gegeben. In der Vergangenheit entwickelte die Partei das Programm und klärte es mit euch ab. Habt ihr vor, euer Programm mit uns abzuklären?“

„Wir vertrauen darauf, daß die Partei uns unterstützen wird“, antwortete Leipart, „nicht wahr, Otto?“ Wels schwieg. Eine Sache, von der er nichts verstand, interessierte ihn nicht. Alles, was für ihn zählte, war der formaljuristische Aspekt der Kontroverse: Wer bestimmte die Politik der Partei?

In den kommenden Wochen diskutierte der Vorstand die Einzelheiten meines Plans weiter. Ich regte an, einen Regierungsvertreter, einen Fachmann für öffentliche Arbeiten, zum Vorstandstreffen einzuladen. Er erklärte den Mechanismus bei Bankkrediten zur Finanzierung von Projekten und versuchte aufzuzeigen, daß solche Vorfinanzierung keine galoppierende Inflation verursacht. Die Mitglieder waren sichtlich interessiert, aber Otto Wels fragte sarkastisch:

„Was wollen Sie bauen? Wir haben genügend Straßen, genügend Häuser. Wollen Sie, daß wir Pyramiden bauen wie in Ägypten?“

Unser Experte antwortete schlagfertig: „Eine ausgezeichnete Idee, Herr Reichstagsabgeordneter. Ein Land, das an nichts Besseres denken kann, muß Pyramiden als ewiges Monument seiner Dummheit bauen. Ich hoffe allerdings, daß uns in Deutschland mit ein bißchen Nachdenken bessere Projekte einfallen werden.“

Die Idee öffentlicher Arbeitsbeschaffung gewann wachsende Zustimmung bei den Gewerkschaften, die am stärksten von der Depression betroffen waren — den Baugewerkschaften und den Eisen- und Stahlarbeitern. Das Argument der Inflation schien auszuleiern, zum Teil, weil weithin bekannt wurde, daß die Banken dem Projekt nicht abgeneigt waren. Scheinbar hatten wir die erste Runde der Kampagne gewonnen. Eines Morgens aber rief Leipart den Vorstand zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen und gab bekannt, daß die SPD es abgelehnt hatte, den ADGB zu unterstützen. Das Zentralkomitee betrachtete unser Programm als einen Akt der Meuterei, mehr noch, das ZK hatte entschieden, daß es vor allem an die beschäftigten Arbeiter, die Mehrzahl der Wähler, denken müsse. Die Arbeitslosen würden ohnehin für die Kommunisten oder Nazis stimmen, sollten also diese Parteien sich den Kopf zerbrechen, was man für sie tun könne.

Ich weiß nicht mehr, in welcher Form diese Entscheidung des ZK bekannt wurde, oder ob sie jemals öffentlich bekannt gegeben wurde, aber das war es, was Leipart uns mitteilte. Das war ein schwerer Schlag und machte unsere Hoffnungen zunichte: Die Partei würde mit aller Macht

gegen uns vorgehen, nach der Devise: Meuterei muß man niederschlagen. Um den ADGB zu unterlaufen, bereitete die Partei hastig ein eigenes Programm vor, mit allerlei sozial wünschenswerten Plänen, aber ohne spezielle Maßnahmen gegen die Depression und ohne öffentliche Bauprojekte. Die Gewerkschaftsführer lehnten verächtlich den Köder ab.

Im Mai [1932] trat Brüning nach einem Zusammenstoß mit Hindenburg, der dessen Plan einer gemäßigten Agrarreform abwies, zurück. Von Papen, ein Vertreter des reaktionären Landadels, wurde Reichskanzler. Er hatte gute Wirtschaftsberater, und sein erster Schritt war die Abkehr von Brünings deflationärer Politik. Aber er kannte keinen anderen Weg, Geld in Umlauf zu bringen, als die Steuern der Reichen zu senken. Das half den Arbeitslosen überhaupt nicht. Die arbeitslosen Arbeiter lungerten massenweise vor den Arbeitsämtern herum. Die meisten hatten schon seit langem ihre Ansprüche verloren. Viele verbrachten die Nächte auf Bänken der öffentlichen Plätze oder in Tunneln. Aber die kommunistischen Kommandos und die Nazi-Sturmabteilungen boten jungen robusten Männern Jobs an. Jene, die anmusterten, erhielten ein Dach über dem Kopf, genügend Essen, eine schicke Uniform, ausreichend Taschengeld und somit Hoffnung auf die Zukunft.

Während all dieser Ereignisse setzten wir unsere Kampagne fort. Die Idee öffentlicher Arbeitsbeschaffung erregte mehr Aufmerksamkeit bei der Presse — nur leider bei den sozialdemokratischen Blättern nicht! Viele Ökonomen waren bereit anzuerkennen, daß öffentliche Arbeitsbeschaffung das angemessene Mittel sei, mehr Geld in Umlauf zu bringen. Es wurde Zeit, den Plan des ADGB zu erweitern. Ich bat den Reichstagsabgeordneten Fritz Baade und Fritz Tarnow, Vorsitzender der Holzarbeiter-Gewerkschaft, mit mir einen praktischen Plan auszuarbeiten. Baade war einer der fähigsten Ökonomen in der SPD, ein Mann mit starkem Willen, einem unverdorbenen Realitätssinn und Einbildungskraft. Sein Hauptinteresse galt der Landwirtschaft, aber er erkannte, daß das Elend der deutschen Bauern an der Deflation lag. Er sprach sich mehrfach zugunsten einer aktiven Wirtschaftspolitik aus, wie sie die Industriegewerkschaften forderten. Er hatte nicht nur gute Argumente, sondern auch neue Ideen für das Programm. Tarnow war offensichtlich Leiparts Nachfolger im ADGB, ein Autodidakt und intelligenter Gewerkschaftsführer, in seinem Urteil unabhängig und ein exzellenter Redner. Er brachte nicht mehr als seinen guten Ruf in unsere Arbeit ein. Wir brachten das Dokument gemeinsam heraus — als Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan (WTB-Plan) —, ein komisches Anagramm, denn die offizielle deutsche Nachrichtenagentur Wolff-Telegraphen-Büro zeichnete ihren Nachrichtenverkehr mit den gleichen drei Buchstaben. *(wird fortgesetzt)*

Anmerkungen der Neuen Solidarität

1. Was Bankiers unter sich für machbar halten, und wofür sie sich öffentlich und hinter den Kulissen stark machen, sind zwei verschiedene Dinge. Schacht begriff, daß der WTB-Plan funktionieren würde, und gerade deshalb bekämpfte er ihn. Denn sein Interesse galt nicht der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, sondern Hitlers Machtergreifung und der Beseitigung der Weimarer Republik. Er war 1930 als Reichsbankpräsident zurückgetreten, um sich ganz diesem synarchistischen Projekt zu widmen. Also propagierte er öffentlich und hinter den Kulissen – ganz ähnlich wie die Neocons heute – Lohnsenkungen, eisernes Sparen und vor allem: Regimewechsel. Am 11. Oktober 1931, bei der großen Kundgebung in Bad Harzburg („Harzburger Front“), wo auch Adolf Hitler auftrat, sagte Schacht in seiner Rede: „In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse.“ Und nach einer weitgehend zutreffenden Schilderung der Depression und der „Illiquidität der Finanzinstitute und der öffentlichen Hand“ kam Schacht auf den Punkt: „Wir sollen mit einem Programm herauskommen, verlangt man. Auch das beste Programm, dessen sich die jetzt Maßgebenden bemächtigen würden, müßte sich in ihren Händen zum Unheil auswirken. Die Gesundung Deutschlands ist nicht eine Frage von einzelnen Programmpunkten, ist nicht eine Frage der Intelligenz, sondern ist eine Frage des Charakters... Uns hilft kein Zauberstück, kein Gelddrucken und kein Auslandskredit. Das Programm, das eine nationale Regierung durchzuführen haben wird, beruht einzig in wenigen Grundgedanken:... aus dem heimischen Boden herausholen, was nur irgend herauszuholen ist, und im übrigen sich für eine Generation bescheiden, sparen und arbeiten... Darum wünsche ich, daß der nationale Sturmwind, der durch Deutschland fegt, nicht ermatten möge, bis die Wege zur Selbstbehauptung und zum Enderfolg wieder freigebracht sind.“ (Heinz Pentzlin, *Hjalmar Schacht*, Ullstein, Frankfurt 1980, S.157f)
Während der Nürnberger Prozesse und danach stellte Schacht es so hin, als wäre die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu Anfang des Dritten Reiches seinem „improvisatorischen Genie“ zuzuschreiben. Diesem weitverbreiteten Mythos widersprechen Schachts eigene öffentliche Äußerungen aus dieser Zeit. Noch 1932, als die Massenarbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreichte, „widersetzte er (Schacht) sich sehr entschieden allen umlaufenden Projekten öffentlicher Arbeitsbeschaffung durch ‚deficit-spending‘ und Kreditausweitung“, berichtet der israelische Historiker Avraham Barkai in seinem Buch *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus* (Fischer, Frankfurt 1988). Barkai zitiert aus Schachts Buch *Grundätze deutscher Wirtschaftspolitik*, Oldenburg 1932, S.47, vgl. auch S.21 u. 56f): „Alle Projekte, die in irgendeiner Form zusätzliches Geld drucken wollen, sind von der Hand zu weisen. Es fehlt uns nicht an Geldumlaufmitteln in Deutschland, sondern es fehlt uns an Kapital. Kapital aber kann man nicht mit der Papierpresse drucken, Kapital muß erarbeitet und erspart werden.“
2. Leipart bezieht sich auf die Abwertung des britischen Pfund Sterling im Sommer 1931, die zu einer relativen Erholung der britischen Wirtschaft geführt hatte, während der deflationäre Abbauwahn in Deutschland das Elend noch vergrößert hatte. Woytinsky zählte im Winter 1931-32 mehr als acht Millionen Arbeitslose, das waren 40% der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft; fast die Hälfte der Beschäftigten hatten nur einen Teilzeitjob.

IM WORTLAUT. Gemeinsam mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Baade und dem Vorsitzenden der Holzarbeiter-Gewerkschaft Fritz Tarnow legte Wladimir Woytinsky 1931 ein Thesenpapier für den Umgang mit der Wirtschaftskrise vor, in dem sie staatliche Investitionen als Mittel zur Mobilisierung der Wirtschaft fordern. (Hervorhebungen alle im Original.)

Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise

VORGELEGT VON DR. BAADE — TARNOW — WOYTINSKY

Berlin, den 23. Dezember 1931.

I. Das Versagen des Automatismus der kapitalistischen Krise

Der Mechanismus des kapitalistischen Systems, dem die Fähigkeit und Kraft zugeschrieben wird, ökonomische Krisen automatisch zu überwinden, kann in der gegenwärtigen Krise nicht funktionieren. Dieses Versagen ist vornehmlich durch zwei Tatsachen begründet, deren Vorhandensein die heutige Krise von den früheren wesentlich unterscheidet:

a) Die *Totalität der Krise* in doppelter Beziehung: Sie erstreckt sich räumlich über die ganze Welt und hat gleichzeitig alle Zweige der industriellen und agrarischen Wirtschaft erfaßt. Es fehlt deshalb an dem gesunden Sektor, von dessen erhalten gebliebener Lebenskraft früher die Wieder- gesundung der erkrankten Teile ausging.

b) Die vollständige nationale und internationale *Zerstörung des Kreditmechanismus* zu einem Zeitpunkte, an dem bei „normalem“ Krisenverlauf durch das Einströmen großer und billiger Kredite in die Wirtschaft der Umschwung eingeleitet wurde.

Es wäre denkbar, daß durch einen erfolgreichen Ausgang der begonnenen internationalen Verhandlungen die Kreditlage verbessert wird. Angesichts der vollkommenen Desorganisation der Kapitalmärkte, der Währungsanarchie in großen und wichtigen Teilen der Welt, der schon eingetretenen Zahlungsunfähigkeit ganzer Volkswirtschaften und Staaten sowie der rigorosen handelspolitischen Kriegsmaßnahmen, die schon ergriffen worden sind, ist es aber selbst im günstigsten Falle ganz unwahrscheinlich, daß der Kreditmechanismus in absehbarer Zeit wieder so funktionieren könnte, wie es zur Überwindung der Krise erforderlich wäre.

Da die Selbstheilung auf dem Wege über den Zinsfuß nicht mehr funktioniert, ist versucht worden, eine Heilung auf dem Wege über das Preisniveau herbeizuführen. Diese Politik der allgemeinen Preis- und Kostensenkung, insbesondere auch Lohnsenkung, hat die Krisis jedoch nicht nur nicht gelindert, sondern ausgesprochen verschärft, so daß heute kein Zweifel mehr daran bestehen kann, daß auch auf diesem Wege eine Überwindung der Krisis nicht erfolgen wird (vergl. auch Abschnitt III).

In dieser Situation wird es für die Arbeiterbewegung eine Lebensnotwendigkeit, nach den Mitteln der *bewußten Beeinflussung des Konjunkturverlaufes* (Ankurbelung der Wirtschaft) zu suchen.

Selbst wenn in absehbarer Zeit den Unternehmern reichliche und billigere Kredite zur Verfügung stehen würden, wäre ein schneller Wiederanstieg der Wirtschaft noch nicht wahrscheinlich. Sämtliche Produktionsmittel und Produktionsvoraussetzungen (Arbeitskräfte, Sachkapitalien und Rohstoffe) sind sowohl international, wie auch in der deutschen Volkswirtschaft reichlich und sogar überreichlich vorhanden. Durch die Schrumpfungspolitik ist jedoch die vorhandene Kaufkraft und Konsumkraft auf allen Gebieten in ein immer stärkeres Mißverhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten gelangt. *Der Anstoß muß daher von der Konsumseite her* erfolgen. Damit wird die Aufgabe der Konjunkturpolitik bestimmt.

II. Öffentliche Arbeiten als Konjunkturanstoß

Da in der privatwirtschaftlichen Sphäre ein Auftrieb der Konsumkraft vorerst nicht zu erwarten ist, muß von außen her dieser Sphäre eine zusätzliche Kaufkraft zugeführt werden. Die bestgeeignetste Methode für diesen Zweck ist die *Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten größten Stils*, deren Kosten im wesentlichen aus Löhnen und Gehältern bestehen. Diese zusätzliche Kaufkraft würde bei entsprechender Größe der Gesamtwirtschaft den Anstoß zum Wiederaufstieg geben.

Für die Behebung der Weltkrise wäre eine große *internationale Aktion* in diesem Sinne das wirksamste Mittel (siehe Abschnitt IV). Da es aber fraglich ist, ob eine solche internationale Aktion rechtzeitig zustande kommt, muß auch im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft die Arbeitsbeschaffung das Kernstück unseres konjunkturpolitischen Aktionsprogramms bilden.

Das Programm der Arbeitsbeschaffung gipfelt aber in der Frage der Finanzierung. Die Staatskassen verfügen dafür in der Gegenwart über keine Mittel. Die Finanznöte zwingen sie im Gegenteil sogar zur Einschränkung der normalen Auftragserteilung. Eine Finanzierung dieser Arbeiten auf dem Weg der üblichen Kreditbeschaffung erscheint angesichts der heutigen Verfassung der Kapitalmärkte ausgeschlossen. Es bleibt also nur der Weg einer *zusätzlichen Kre-*

ditschöpfung übrig. Alle derartigen Pläne sind bisher in der deutschen Öffentlichkeit als „Inflation“ kritisiert worden. Die tatsächliche deutsche Wirtschaftspolitik ist gerade den umgekehrten Weg gegangen, nämlich den der planmäßigen Preis- und Lohnsenkung, die heute allgemein als „Deflation“ bezeichnet wird. Am Anfang jedes planmäßigen Ankurbelungsprogrammes muß daher die Auseinandersetzung mit den Begriffen „Deflation“ und „Inflation“ stehen.

III. Kredit- und Währungspolitik

1. Begriffsbestimmungen: Die Definitionen der Begriffe „Deflation“ und „Inflation“ sind nicht einheitlich. Es kommt aber nicht darauf an, allgemeingültige Begriffsbestimmungen zu finden, sondern nur auf die Kennzeichnung derjenigen Erscheinungen an, die in diesen Ausführungen darunter verstanden werden sollen. Danach soll als „Deflation“ angesehen werden jede allgemeine Senkung des Warenpreisniveaus oder – was gleichbedeutend ist – allgemeine Erhöhung des Geldwertes, gleichgültig, ob sie von der „Warenseite“ oder von der „Geldseite“ hergekommen ist. Inflation wird entsprechend umgekehrt definiert.

Diese Definition erscheint deshalb auch zweckmäßig, weil nicht die Änderung der Währungseinheit im Verhältnis zum Golde, sondern die Kaufkraftverschiebung zwischen dem Geld und den Waren von entscheidender Bedeutung ist. Die Wirkungen einer allgemeinen Änderung des Preisniveaus auf Gläubiger und Schuldner, Reallöhne und Staatshaushalt sind weitgehend die gleichen, ob die Entwicklung von der Geldseite oder Warenseite gekommen ist.

Mit den Mitteln der Kredit- und Währungspolitik können sowohl deflatorische wie inflatorische Wirkungen erzielt werden. Um sich Klarheit über die wünschenswerte Richtung dieser Politik zu verschaffen, müssen die wahrscheinlichen Auswirkungen nach beiden Seiten hin und in Beziehung zur Aufgabe der Krisenüberwindung untersucht werden.

2. Auswirkung der Deflation: Die Preissenkung kann zur Überwindung der Krise nur so weit beitragen, als sie sich auf diejenigen Warengruppen beschränkt, deren Überproduktion die Krise verursacht hat. Eine „allgemeine Preissenkung“ (Deflation) kann im System der Konjunkturpolitik höchstens die Funktion haben, die Konkurrenzfähigkeit eines bestimmten Landes auf dem Weltmarkte gegenüber anderen Ländern zu heben. Die Möglichkeiten dieses Erfolges sind in der Gegenwart sehr stark beschränkt durch die handelspolitischen Maßnahmen, die überall in der Welt dagegen getroffen werden.

Den möglichen Vorteilen einer Deflation stehen jedoch für die innere Wirtschaft Nachteile auf folgenden Gebieten gegenüber:

- a) Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern,
- b) Unternehmungslust und Beschäftigungsgrad,
- c) Reallohn,
- d) Öffentliche Haushalte.

zu a) Durch eine Deflation wird die Realbelastung sämtlicher Schuldner automatisch erhöht. Beispielsweise betragen die Schulden der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1929 rund 11 Milliarden Mark. Über den Agrarindex

gerechnet hat sich diese Summe bis zur Gegenwart real auf 15 Milliarden (in RM mit der Kaufkraft von 1929) erhöht, oder anders ausgedrückt ist die Zinsenlast für die gleiche Schuld, in Agrarprodukten gerechnet, im Verhältnis wie 11 zu 15 angewachsen. Für die gesamte deutsche Wirtschaft dürfte sich durch die allgemeine Senkung des Preisniveaus von 1929 bis 1931 der Realwert der Schulden von 95 auf 125 Milliarden Reichsmark erhöht haben. Diese automatische Erhöhung der Schuldenlast durch Deflation ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem ebenso großen Wertzuwachs bei den Gläubigern, weil durch die Vermehrung der Reallast viele sonst lebensfähige Schuldner zusammenbrechen.

zu b) Für die Unternehmungslust bedeutet eine Periode sinkender Preise naturgemäß eine scharfe Drosselung. Deflation ist eine Strafe auf wirtschaftliche Betätigung und eine Prämie für das Brachliegenlassen von Geld. Dies trifft ebenso auf die Konsumenten zu wie auf die Produzenten. Die Aussicht auf weitere Preissenkungen drosselt auch die Kaufkraft.

zu c) Auf die reale Kaufkraft des Stundenlohnes wirkt die Deflation nur im ersten Stadium günstig ein, wenn die Preissenkung der Lohnsenkung vorangeht. Bei einer planmäßigen Deflationspolitik, wie sie zur Zeit in Deutschland betrieben wird, wird dieses Stadium überhaupt übersprungen, da der Angriff auf die Lohnhöhe schneller und wirksamer zum Zuge kommt als der auf die Preise. Bei längerer Dauer der Deflation brechen in Auswirkung der wachsenden Arbeitslosigkeit auch ohne staatlichen Zugriff die Löhne schneller zusammen als die Preise. Die Einwirkung auf den Gesamtverdienst der Arbeiterklasse ist unter allen Umständen ungünstig, da die Preissenkung des täglichen Lebensbedarfs bei längerer Deflationsdauer die Verluste nicht wettmachen kann, die der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung zugefügt werden.

zu d) Für die öffentlichen Haushalte hat die Deflation ebenso wie die Inflation eine ausgesprochen zerstörende Wirkung, weil die Einnahmen automatisch sinken, während die Ausgaben infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit steigen. Der Versuch, eine durch Wirtschaftskrisen und Deflation verursachte Störung der Staatsfinanzen durch weitere Deflation, das heißt Sparpolitik und Schrumpfungspolitik auszugleichen, wirkt um so verhängnisvoller, je größer die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des betreffenden Staates sind. Der Staat beginnt, sich „zu Tode zu sparen“, und die Deflation überschlägt sich ebenso in sich wie die Inflation.

3. Die Auswirkungen der Inflation sind in Deutschland genügend in Erinnerung. Es ist aber notwendig, die einzelnen Phasen der Inflation auseinanderzuhalten und zu prüfen, ob die Voraussetzungen für den Ablauf der Inflationserscheinungen heute ebenso liegen wie in der Zeit von 1918 bis 1923. Im Vergleich zu den Deflationsauswirkungen ergeben sich bei einer Inflation (allgemeines Steigen der Warenpreise) folgende Auswirkungen:

a) Das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern gestaltet sich genau umgekehrt wie bei der Deflation: Die Reallast der Schulden vermindert sich, bei hemmungsloser Inflation bis zur völligen Entwertung der Schuldverpflichtungen und bis zur völligen Vernichtung der Gläubigervermögen.

b) Auf die Unternehmungslust und die Konjunktur wirkt die Inflation zunächst günstig ein, bei starker und hemmungsloser Inflation sind jedoch die Wirkungen infolge Zerstörung der Kalkulationsbasis und des Produktionsplanes katastrophal.

c) Der Reallohn sinkt, da die Löhne nicht so schnell steigen wie die Preise. Bei leichter Inflation kann der reale Gesamtverdienst der Arbeiterklasse trotzdem steigen, weil Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zurückgehen. Am Ende der Nachkriegsinflationsperiode sanken individueller und Gesamtreallohn im schnellen Tempo auf ein unerhört niedriges Niveau.

d) Die Wirkungen auf die öffentlichen Haushalte sind ungünstig, da die Ausgaben schneller der Geldentwertung angepaßt werden müssen, als die Einnahmen der Entwertung entsprechend erhöht werden können. Diese Wirkung kann bei leichter Inflation ausgeglichen und überkompensiert werden durch die Ausweitung der volkswirtschaftlichen Umsätze und der damit wachsenden öffentlichen Einnahmen. Werden die Defizite immer von neuem durch die Notenpresse gedeckt, überschlägt sich die Inflation ebenso in sich wie die Deflation.

4. Stellung zur Währungspolitik.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Arbeiterklasse weder eine Deflation noch eine Inflation wünschen kann, sofern darunter ein *hemmungsloses* Abfallen oder Aufsteigen des allgemeinen Preisniveaus verstanden wird. Das schließt aber nicht aus, daß von einem gegebenen Preisniveau aus ein begrenztes Steigen oder Fallen durchaus erwünscht sein und als Mittel der Konjunkturpolitik zweckmäßigerweise angewendet werden kann.

Dabei ist folgendes zu beachten: Die schlimmen Folgen einer Inflation stellen sich besonders dann ein, wenn die Produktionskraft der Wirtschaft gering ist und durch Geldschöpfung der Versuch gemacht wird, die Konsumkraft über das Maß der vorhandenen und mobilisierbaren Produktionskraft hinaus zu steigern. Bei einer Deflation treten umgekehrt die schlimmen Folgen dann ein, wenn ein Übermaß von brachliegender Produktionskraft vorhanden ist und der Versuch unternommen wird, durch aufgezwungene Sparsamkeit im Verbrauch die Wirtschaft beleben zu wollen.

Die Arbeiterbewegung muß sich entschieden gegen die Fortsetzung der Politik der Reichsregierung wenden. Allerdings dürfen die eingeleiteten Preissenkungsmaßnahmen nicht in einem Augenblick abgebrochen werden, da gerade die Löhne zwangsweise abgebaut sind. Unbeschadet der aktuellen Forderung, entweder die Preise an das gesenkte Lohnniveau anzupassen, oder aber die Löhne den Preisen entsprechend zu erhöhen, muß ein rascher und endgültiger *Schluß mit der Deflationspolitik* verlangt werden.

IV. Internationale Konjunkturpolitik

Die Finanzierung öffentlicher Arbeiten zum Zwecke der Wirtschaftsankurbelung kann durch Kredit- bzw. Geldschöpfung mit Hilfe der Währungsinstitute erfolgen, ohne die Stabilität der Währungen zu gefährden. Die beste Methode wäre ein internationales Vorgehen nach einem vereinbarten Plane. Es könnte dabei so verfahren werden, daß durch einheitliche Veränderung der Golddeckungsvorschriften im Sinne der Empfehlungen des Goldausschusses

beim Völkerbund die Voraussetzungen für eine Notenvermehrung geschaffen werden, oder daß aus den Goldüberschußländern ein Teil des Goldes einer internationalen Stelle zu Deckungszwecken zur Verfügung gestellt wird.

Es ist möglich und bei entsprechender Größe der Aktion wahrscheinlich, daß durch eine zusätzliche Geldschöpfung das Preisniveau zum Steigen gebracht wird. Das bedeutet aber weder hemmungslose Inflation noch eine Aufhebung der Währungsstabilität, wenn die zusätzliche Notenmenge kontingentiert bleibt. Eine hemmungslose Inflation mit ihren katastrophalen Folgen tritt nur dann ein, wenn der Geldumlauf *dauernd* vergrößert werden muß, ohne daß der Güterumlauf mitwächst. Durch die vorgeschriebene Verwendung des zusätzlichen Geldes müssen aber der Güterumsatz und die Produktion steigen.

Eine begrenzte Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus würde lediglich den Deflationsprozeß der letzten Zeit wieder rückgängig machen. Eine solche Redeflation würde der Wirtschaft aus den selben Gründen Auftriebstendenzen geben, aus denen ihr durch die Deflation Niedergangstendenzen aufgezwungen wurden. Das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern würde zu Gunsten der Letzteren wieder der Wertbasis angenähert werden, auf der das Schuldenverhältnis zustande kam, was eine ebenso gerechte wie den allgemeinen Interessen dienende Lösung wäre.

Diese internationale Aktion ist allerdings nur möglich, wenn eine Reihe von Hindernissen auf dem Gebiet der allgemeinen Politik beseitigt sind. Sie hat zur Voraussetzung, daß die Frage der bestehenden Schulden, insbesondere der in Deutschland festgefrorenen kurzfristigen Auslandsanleihen vorher geregelt wird. Dies ist wiederum nur möglich, wenn vorher die Reparationsfrage bereinigt ist. Hierzu wiederum ist eine internationale politische Verständigung, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich notwendig.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, welche die deutsch-französische Verständigung als Angelpunkt für die politische und wirtschaftliche Gesundung der Welt und jedes einzelnen Landes betrachtet, ist daher grundsätzlich richtig. Sie muß jedoch durch eine Aktion ergänzt werden, die sich zum unmittelbaren Ziel *die internationale Arbeitsbeschaffung auf Grund einer internationalen Kreditschöpfung* stellt.

V. Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft

Es muß befürchtet werden, daß die Unvernunft in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik bereits einen derartigen Umfang angenommen hat, daß eine wirksame Krisenbekämpfung auf internationalem Wege nicht in dem für Deutschland lebensnotwendigen Tempo zustande kommt.

Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie neben der Forderung nach internationaler Verständigung zwecks internationaler Arbeitsbeschaffung ein ganz konkretes Programm der Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft entwickeln. Dieses Rettungsprogramm darf sich nicht in allgemeinen Forderungen erschöpfen, sondern muß ganz konkret angeben, welche Maßnahmen die öffentliche Wirtschaft zu treffen hat und wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen.

Im Mittelpunkt der planwirtschaftlichen Krisenbekämpfung

fung soll die *Beschäftigung von 1 Million Arbeitslosen mit öffentlichen Arbeiten* stehen. Dabei sind solche Arbeiten zu bevorzugen, die keine Produkte auf den Markt werfen und bestehenden Produktionszweigen infolgedessen keine Konkurrenz machen. Die Arbeitsbeschaffung wird eine Belebung der Konsumgüterindustrie hervorrufen und damit einen weiteren erheblichen Teil der Arbeitslosen wieder in die Beschäftigung hineinsaugen.

Für die Finanzierung dieser öffentlichen Arbeiten wäre ein Betrag von etwa 2 Milliarden RM notwendig. Der Teil dieses Betrages, der auf anderem Wege nicht aufgebracht werden kann, muß dem Reich durch eine Währungsanleihe der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden.

Von einer solchen einmaligen, auf einen bestimmten Betrag begrenzten und für Arbeitszwecke bestimmten Währungsanleihe ist eine uferlose Inflation nach dem Muster der deutschen Inflation von 1922-23 nicht zu befürchten. Die Garantie gegen derartige inflationistische Wirkungen liegt nicht nur in der Begrenzung der Summe und in dem Verwendungszweck, sondern vor allem in der Tatsache, daß heute im größten Umfange brachliegende Kapazität im Produktionsapparat vorhanden ist. Infolgedessen kann die Produktionssteigerung der Kaufkraftsteigerung in dem geplanten Umfange ohne Schwierigkeiten folgen.

Um jeder Gefahr einer unerwünschten Preissteigerung vorzubeugen, sind die heute bestehenden Preisbindungen, sofern sie die obere Grenze der Preise festlegen, zu verstär-

ken; dies betrifft insbesondere die Mieten sowie Eisen-, Kohlen- und die sonstigen Kartellpreise.

Festzuhalten ist insbesondere auch der in den Agrarzollgesetzen niedergelegte Verbraucherschutz, die Höchstpreise für Brot und Zucker sowie die Höchstgrenze der Ernährungskosten (Maximum des Ernährungskostenindex von 133%). Die Durchführbarkeit dieser Forderung ist heute durch die elastische Handhabung der Agrarzölle in vollem Umfang sichergestellt.

Die Gefahr einer unerwünschten Entwertung der Währung ist durch Verschärfung der Devisenerfassung abzuwehren, und zwar durch eine möglichst lückenlose Handhabung der Devisenbewirtschaftung.

Schluß

Die Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften muß sich für die nächste Zeit auf dem internationalen Gebiet ebenso wie im Inlande auf die Aufgabe „*Kampf gegen die Krise*“ konzentrieren, und zwar in einer Form, die geeignet wäre, die größte Aktivität der Arbeiter zu erwecken, sie wieder zu sammeln und ihnen die Unterstützung anderer sozialer Schichten zu sichern. Die negative Seite unseres Aktionsprogramms muß lauten: „*Schluß mit der Deflation, Schluß mit dem Lohnabbau*“. Das Kernstück der positiven Seite dieses Aktionsprogramms müssen zwei Forderungen bilden: „*internationale Verständigung und Arbeitsbeschaffung!*“

IM WORTLAUT. Der folgende Artikel erschien im Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes *Gewerkschaftszeitung*, 42. Jg., Nr. 11, März 1932.

Wieder und wieder: Schafft Arbeit!

Vom Schlagwort zur praktischen Verwirklichung

VON WLADIMIR WOYTINSKY

Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen hat den Schleier um das Problem der Arbeitsbeschaffung gelüftet und in mehr als einer Hinsicht Klarheit geschaffen. Wir brauchen nicht mehr nach dem Weg zu tasten — der Weg liegt offen vor uns, wir wissen, wohin er führt und welche Gefahren auf ihm zu vermeiden sind. Die *Notwendigkeit* der Arbeitsbeschaffung wird von keiner Seite ernst bestritten. Der Streit geht um die *Möglichkeit*, mit den Mitteln, die dem Staat zur Verfügung stehen, die Aktion etwa in dem Umfange durchzuführen, der dem Ernst der Lage und den Wünschen der Gewerkschaften entspricht. (...) So wie die Dinge liegen, muß den Ausgangspunkt der Aktion die doppelt trostlose Feststellung bilden: einerseits ungeheure, uferlose Not, die man mit einem Schlag nicht beseitigen kann, die man lediglich zu mildern hofft; andererseits leere Staatskassen, keine freien Mittel für kühne, durchgreifende Maßnahmen. Daher die doppelte Forderung: *Möglichst vielen Menschen bei denkbar geringem Geldaufwand Arbeit zu schaffen!*

Der von mir in der *Arbeit* entwickelte Plan, eine Million Menschen mit dem Gesamtaufwand von zwei Milliarden Reichsmark zu beschäftigen, hat zahlreiche Widersprüche geweckt; entweder sollte die Zahl der Beschäftigten viel niedriger oder der Kostenaufwand viel höher sein. Der Streit kann leicht gelöst werden. Es reicht aus, sich von den Vermutungen zu den Tatsachen und Zahlen zu wenden.

Die Beschäftigten bei den öffentlichen Arbeiten müssen die 40stündige Arbeitszeit haben und für ihre Arbeit den üblichen Tariflohn erhalten. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Facharbeiters beträgt gegenwärtig 86 Pf., der Lohn eines Tiefbauarbeiters 79 Pf., der eines Hilfsarbeiters 67 Pf. Wenn bei den öffentlichen Arbeiten etwa 200 000 Facharbeiter, 300 000 Tiefbauarbeiter und 500 000 Hilfsbauarbeiter beschäftigt werden, wird ihr Lohn rund 300 Millionen Reichsmark wöchentlich oder 1,5 Milliarden im Jahr (= 50 Arbeitswochen) betragen.

Wie groß ist nun der Lohnanteil bei den Kosten der öffentlichen Arbeiten?

Alles hängt davon ab, welche Arbeiten man in das Programm der Arbeitsbeschaffung aufnimmt und welche Aus-

führungsmethode man wählt. Jedenfalls muß man neben dem Arbeitsverdienst der unmittelbar bei den Arbeiten beschäftigten Belegschaft auch den Lohn im Preis der verbrauchten Materialien, Baustoffe, Werkzeuge u.ä.m., sowie in den Unkosten mitberücksichtigen. Der Lohnanteil in diesem *weiteren Sinne* beträgt beim *Straßenbau* etwa 75 v.H., bei der *Regelung der Flußläufe* über 90 v.H., beim *Wohnungsbau* 50 bis 55 v.H. Die Arbeitsleitung kann diesen Prozentsatz noch mehr steigern, wenn sie in bestimmten Fällen auf die mechanische Arbeit zugunsten der Handarbeit verzichtet. (...) Beim *Wohnungsbau* kann der Lohnanteil an den von der öffentlichen Hand herausgegebenen Mitteln dadurch gewaltig erhöht werden, daß die öffentliche Hand nur einen Teil — sagen wir die Hälfte — der Baukosten deckt, während die Bauunternehmer und Bauherren für die Aufbringung der fehlenden Mittel sorgen müssen. Im Durchschnitt wird bei den öffentlichen Arbeiten der Lohnanteil — im weiteren Sinne — etwa 75 v.H. der Gesamtkosten betragen. Von 2 Milliarden RM werden rund 1,5 Milliarden auf Löhne entfallen, was gerade für die Beschäftigung von 1 Million Menschen ein Jahr lang ausreicht.

Diese Berechnung beansprucht nicht, bis auf eine Reichsmark genau zu sein. Vielleicht wird das Geld nicht für 50 Wochen, sondern für 46 oder 54 Wochen ausreichen. Darauf kommt es jedoch nicht an. Wichtig ist die Größenordnung und die kann der ADGB verantworten:

1 Million Arbeiter mit einem Gesamtaufwand von 2 Milliarden Reichsmark zu beschäftigen.

Die Wahl des Gegenstandes der Arbeiten muß der Forderung Rechnung tragen, *möglichst viele Arbeitskräfte* ohne Überschreitung der angezeigten Kostengrenze *produktiv* zu beschäftigen.

Das Kernstück des technischen Planes der Arbeitsbeschaffung muß der *Straßenbau* bilden, nämlich die Instandhaltung und darüber hinaus auch die Modernisierung unseres Landstraßennetzes. Die Notwendigkeit dieser Arbeiten und ihre volkswirtschaftliche Rentabilität wird von keiner Seite angezweifelt, die Pläne sind längst reif zur Ausführung, der Lohnanteil an den Kosten ist verhältnismäßig hoch. Die Arbeiten, die auf diesem Gebiet auszuführen sind (abgese-

hen von den laufenden Reparaturen), werden einen Gesamtaufwand von etwa 4 Milliarden Reichsmark beanspruchen. Vor dem Ausbruch der Krise rechnete man damit, daß das gesamte Programm etwa in 8 bis 10 Jahren ausgeführt werden könnte — ein Aufwand von 500 Millionen Reichsmark jährlich wurde als *normal* betrachtet. Im Jahre 1931 mußten die von den zuständigen Stellen beabsichtigten Straßenbauarbeiten unterbleiben. Jetzt muß man verlangen, daß in der kommenden Bausaison das Versäumte nachgeholt wird: *1 Milliarde Reichsmark für den Straßenbau!*

Neben dem Straßenbau kommt als einer der sieben wichtigsten Posten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der *Wohnungsbau* in Frage, nämlich der Bau von kleinen Wohnungen, die mit Sicherheit auf Vermietung rechnen können und eine durchaus sichere Kapitalanlage darstellen. Der Mangel des Wohnungsbaus im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsaktion ist, daß hier der Kostenaufwand im Vergleich mit der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte ziemlich hoch ist. Der große Vorteil dieser Art der Arbeitsbeschaffung ist aber, daß hier in Gestalt der Wohnung eine *Ware* geschaffen wird, die einen kommerziellen Wert hat; das erleichtert ungewöhnlich die Finanzierung der Aktion. Um Straßen für 100 Millionen Reichsmark aus- oder umzubauen, muß die öffentliche Hand 100 Millionen Reichsmark herausgeben; dagegen kann der Staat den Wohnungsbau für einen Gesamtbetrag von 100 Millionen Reichsmark in Gang bringen, wenn er den Bauunternehmern etwa die Hälfte dieses Betrages unter erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung stellt.

Die *Wasserbauarbeiten* haben den Vorzug des höchsten Lohnanteils an den Baukosten, können aber nicht viele Menschen beschäftigen. Bei den *Meliorationsarbeiten* ist die sorgfältigste Wahl der auszuführenden Projekte erforderlich, da hier die Gefahr der Fehlinvestierungen größer ist als bei irgendwelchen anderen Arbeiten. Wir folgern also: *1 Milliarde Reichsmark für den Wohnungsbau, die Wasserbauarbeiten, die volkswirtschaftlich berechtigten Meliorationsarbeiten und Aufträge der Reichsbahn und Reichspost!*

Die Finanzierung

Ein erheblicher Teil der Kosten der Arbeitsbeschaffung kann aus den freiwerdenden Arbeitslosenunterstützungen sowie aus den Steuern und Abgaben gedeckt werden, die bei den bei den öffentlichen Arbeiten Beschäftigten erhoben werden.

Die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsämter geben für jeden Unterstützten mehr als 60 RM monatlich aus (einschließlich Sozialabgaben). Sie müssen verpflichtet werden, für jeden Beschäftigten bei den öffentlichen Arbeiten 2 RM pro Tagewerk aufzubringen (zwei Drittel des Betrages, den sie gegenwärtig bei den Notstandsarbeiten beizusteuern pflegen). Bei der Beschäftigung von 1 Million Menschen und bei Bevorzugung der Meistbedürftigen, die gegenwärtig am schwersten die Träger der Arbeitslosenunterstützung belasten, *werden rund 800 Millionen Reichsmark an Unterstützungen gespart, 200 Millionen Reichsmark können für die Entlastung der betreffenden Körperschaften frei bleiben, 600 Millionen Reichsmark sind für die Deckung der Kosten der Arbeitsbeschaffung zu verwenden.* Zu demselben Zweck müssen auch die Steuern verwendet wer-

den, die bei den Beschäftigten bei den öffentlichen Arbeiten erhoben werden, die sie gegenwärtig als Arbeitslose nicht zu zahlen haben: Lohnsteuer, Bürgersteuer und Hauszinssteuer, insgesamt ein Betrag von etwa 200 Millionen Reichsmark. Dies gilt auch für den 6 1/2prozentigen Lohnabzug an die Arbeitslosenversicherung. Auf diese Weise sind *weitere 300 Millionen Reichsmark für die Arbeitsbeschaffung freizumachen.*

Beinahe die Hälfte des erforderlichen Kostenaufwandes für die Arbeitsbeschaffung kann also flüssig gemacht werden ohne die geringste Belastung der öffentlichen Hand und ohne Beanspruchung von Krediten. Wir müssen weiter gehen und hervorheben, daß diese Aktion den öffentlichen Finanzen eine *fühlbare Entlastung* verspricht. Von der Entlastung der Träger der Arbeitslosenunterstützung (um 200 Millionen Reichsmark) war bereits oben die Rede. Ungefähr ebenso hoch werden ihre Ersparnisse dank der besseren Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrien (sekundäre Auswirkung der Arbeitsbeschaffung) sein. Zugleich werden dem Staate neue Einnahmen von der Seite der Verbrauchssteuern, der Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, ebenso wie aus der zusätzlichen Beschäftigung in den Verbrauchsgüterindustrien zufließen. Mit allem Vorbehalt kann man die wahrscheinlichen Mehreinnahmen des Staates auf etwa 300 Millionen Reichsmark voranschlagen.

Diese Erwägungen gestatten uns, das Finanzierungsproblem der Arbeitsbeschaffung wie folgt zu präzisieren: es sind 1 100 Millionen Reichsmark flüssig zu machen, um 1 Million Menschen ein Jahr lang zu beschäftigen, dann werden den Trägern der Arbeitslosenunterstützung etwa 400 Millionen Reichsmark erspart, während der Staat etwa 300 Millionen Reichsmark mehr Einnahmen erhält, der Volkswirtschaft aber neu Werte für rund 2 Milliarden Reichsmark geschaffen werden.

Das ist das Geschäft, das wir vorschlagen und das von den Gegnern der Aktion als eine gefährliche *Inflation* gebrandmarkt wird.

Um dies vorwegzunehmen: Die Gewerkschaften sind fest entschlossen, die deutsche Währung gegen die Gefahr der Inflation — wie sie eine in den Nachkriegsjahren erlebt haben — zu schützen. Sie werden einem bestimmten Plan zur Arbeitsbeschaffung nur dann zustimmen, wenn sie felsenfest überzeugt sind, daß er keine Inflationsgefahr in sich birgt. Andernteils ist Arbeitsbeschaffung *großen Umfanges* ohne Kreditausweitung unmöglich. Das Problem kann also nur wie folgt lauten: *Arbeitsbeschaffung auf Grund der erforderlichen Kreditausweitung, aber unter Vermeidung jeder Inflationsgefahr!*

Ist aber diese Aufgabe, unter den oben gezeigten Bedingungen, praktisch lösbar? Wir berufen uns auf die Erklärungen der *Deutschen Bank*, die in diesem Heft an anderer Stelle wiedergegeben ist¹. Dort ist von sachkundiger Seite die wichtigste Bedingung der Kreditausweitung zwecks Arbeitsbeschaffung aufgestellt, die jede Inflationsgefahr ausschließt: *Die Rentabilität und Rückzahlung der angelegten Kapitalien müssen gesichert werden.* Hier ist der springende Punkt der Aktion.

Die langfristigen Kredite sind gegenwärtig teuer, es wird sich etwa um 8 v.H. Zinsen und 2 v.H. für Tilgung handeln, und es besteht keine Sicherheit, daß die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung hervorgebrachten neuen volkswirtschaftlichen Werte einen so hohen Gewinn abwerfen wer-

den! Damit müßte die Möglichkeit der Finanzierung der Aktion wegfallen, wenn *ihre Kosten nicht von vornherein beinahe um die Hälfte mit den Summen gedeckt wäre, die weder der Verzinsung bedürfen, noch rückzahlungspflichtig sind.*

Wenn man aber das oben entwickelte Schema der Deckung der Arbeitsbeschaffungskosten berücksichtigt, ändert sich die Sachlage vollständig: den Gemeinden, Provinzen, gemeinnützigen Bauunternehmungen und anderen Stellen, die für die Ausführung der öffentlichen Arbeiten in Frage kommen, wird die Möglichkeit gegeben, Kredite in der Höhe von 2 Milliarden Reichsmark zu erhalten, wenn sie imstande sind, für *einen Teil* dieses Betrages, nämlich für 1,1 Milliarden Reichsmark, eine felsenfeste Sicherheit der vereinbarten Verzinsung und Tilgung zu geben. Mit anderen Worten: sie müssen die aufgenommenen Kredite im ganzen mit 5,5 v.H. jährlich verzinsen und tilgen, was ihnen noch zusätzliche partielle Entlastung bei der Arbeitslosenunterstützung verspricht.

Was die Form der Kreditausweitung betrifft, so lassen sich aus der jüngsten öffentlichen Diskussion zwei erfolgversprechende Gedanken hervorheben:

1. Eine *Kommunalanleihe*, die durch den Ertrag aus den ausgeführten Arbeiten, die durchaus gesunden kommunalen Betriebe (Elektrizitätswerke, Straßenbahnen u.ä.m.) und das gesamte Vermögen der Kommunen gesichert sein wird;
2. eine *volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe*, die vor allem zu einer Mobilisierung der gehorteten Geldvorräte führt.

Die Kommunalanleihe und die volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe müssen zusammen auf einen Nominalbetrag von 1 200 Millionen Reichsmark lauten: Ihre Schuldverschreibungen, die vorläufig auf dem offenen Kapitalmarkt nicht aufzubringen sind, werden von den Banken übernommen und später allmählich veräußert werden. Inzwischen müssen sie als Grundlage für die Aufnahme von Wechseln dienen, die unmittelbar die laufenden Kosten der Arbeitsbeschaffung decken werden.

Die Durchführung des Planes

Die Durchführung des Planes setzt die Schaffung einer *Zentralstelle* voraus, die zwischen den Körperschaften, die die öffentlichen Arbeiten ausführen, und den Banken vermittelt.

Dieser Stelle werden die Zuschüsse der Träger der Arbeitslosenunterstützung und andere öffentliche Mittel für die Deckung der Kosten der Arbeitsbeschaffung zugeleitet (im ganzen 900 Millionen Reichsmark). Sie kann diese Beträge mit den durch die Anleihen gewonnenen Mitteln auf die Weise kombinieren, daß die in Frage kommende Arbeit eine gesunde finanzielle Grundlage erhält.

Beim *Straßenbau* pflegt man z.B. mit einer siebenprozentigen Verzinsung und Tilgung zu rechnen. Dementsprechend werden für den Straßenbau 700 Millionen Reichsmark aus dem Erlös der Anleihen und 300 Millionen Reichsmark aus den Zuschüssen verwendet. Die Kommunen erhalten also 1 000 Millionen Reichsmark, für die sie 70 Millionen jährlich aufzubringen haben, während die Banken und privaten Personen für ihr Geld 10 v. H. jährlich ausgezahlt bekommen. Oder ein anderes Beispiel: Im Wohnungsbau hängt die Sicherheit der Kapitalanlage davon ab,

ob der Finanzierungsplan Bereitstellung *billiger* Wohnungen gestattet, die nicht leer stehen werden. Dementsprechend, angesichts des besonders hohen Nutzeffektes dieses Teiles des Arbeitsbeschaffungsprogramms, kann die Zentralstelle für den Wohnungsbau 200 Millionen Reichsmark aus den Anteilen und 400 Millionen Reichsmark aus den Zuschüssen ausgeben. Die Bauunternehmungen werden danach 600 Millionen Reichsmark erhalten, für die 20 Millionen Reichsmark jährlich zu zahlen sind. Damit kann man wirklich preiswerte Wohnungen errichten.

Sofern die Verzinsung und Rückzahlung des durch die Anleihen aufgenommenen Geldes einwandfrei gesichert ist — und dies ist die Bedingung der ganzen Aktion — besteht hier *keine Inflationsgefahr*.

Diese letzte Frage muß allerdings näher untersucht werden. Woher könnte bei der Verwirklichung des hier entwickelten Planes eine Inflationsgefahr entstehen?

Von der Einschaltung *zusätzlicher Kaufkraft*, die die Warenpreise nach oben treiben sollte? Diese Auswirkung der Arbeitsbeschaffungsaktion ist aber schon deshalb unmöglich, weil die zusätzlich zu schaffende Kaufkraft im Vergleich mit der bestehenden Kaufkraft des Binnenmarktes zu gering ist. Es wird sich freilich eine leichte Belebung der Nachfrage nach verschiedenen Verbrauchsgütern fühlbar machen, sie wird aber von den vorhandenen Warenvorräten aufgefangen. Die Lichtung der Lager — die leider auch nur in sehr bescheidene Grenzen bleiben wird — wird den Anstoß zur Erweiterung der Produktion geben.

Vielleicht droht uns jedoch Gefahr von der Seite der *gehamsterten Noten*, die sich auf den Warenmarkt stürzen und eine plötzliche Preissteigerung, d.h. die Entwertung der Mark verursachen können? Diese Befürchtung ist gegenstandslos. Die „Flucht in die Sachwerte“ wäre von vornherein nicht von sämtlichen aus dem Geldumlauf zurückgezogenen Noten zu befürchten, sondern lediglich von denjenigen Noten, die aus dem Mißtrauen für die Währung (nicht aus dem Mißtrauen für die Banken) aus den Sparkassen abgehoben worden sind. Ein erheblicher Teil solcher Noten hat aber längst ihre „Flucht in die Sachwerte“ abgeschlossen: im Juli und später fanden in Deutschland ausgesprochene Angstkäufe (in Möbelstücken, Wäsche, Luxusartikeln u.ä.m.) statt, so daß die Vorräte der inflationsscheuen Markbeträge in den Strümpfen und Sparbüchsen *nicht übermäßig hoch sein kann*. Eine ernste Erschütterung des Gleichgewichtes des Warenpreise oder eine Gefährdung der Währungssicherheit ist von dieser Seite her nicht zu erwarten.

Bedroht uns aber nicht eine inflationistische *Erweiterung des Geldumlaufes*? Mit voller Entschiedenheit weisen wir die Behauptung zurück, unser Plan wolle die Arbeitsbeschaffung mit der Notenpresse finanzieren und würde zur Vermehrung des Geldumlaufes um 1,1 Milliarden Reichsmark führen.

Von den in Aussicht gestellten Anleihen (Nominalbetrag 1,2 Milliarden Reichsmark, effektiver Erlös 1,1 Milliarden Reichsmark) wird ein Teil von den Banken aus ihren freien Reserven gedeckt, Ein Teil wird zweifellos vom Publikum gezeichnet, ein Teil wird allmählich abgesetzt. Die Reichsbank muß also (in der Form der Rediskontierung der Arbeitsbeschaffungswechsel) nur einen Teil, kaum viel mehr als die Hälfte des erforderlichen Fehlbetrages, decken. Aber auch für diesen Betrag — der etwa auf 600 Millionen

Reichsmark lauten könnte — wird sie nicht die Notenpresse zu beanspruchen brauchen. Für die Deckung dieses Betrages wird sie z.T. die Mehreinnahmen des Staates verwenden können, die sich aus der Aktion ergeben müssen. Es kann nur ein unerheblicher Betrag ungedeckt bleiben, der wahrscheinlich weit hinter den Reserven an Noten zurückbleiben wird, die sich bei der Reichsbank infolge der deflationistischen Auswirkung der jüngsten Notverordnung gebildet haben.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Notwendigkeit der zusätzlichen Notenemission bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung vollständig ausgeschlossen ist. Nein, in

solchen komplizierten Problemen kann man niemals alle Vorgänge bis auf Heller und Pfennig sowie Tag und Stunde genau vorausberechnen. Vielleicht wird man vorübergehend für die Überbrückung einer schwierigen Spanne zur Emission greifen müssen, wie man dies bereits mehr als einmal und nicht ohne Erfolg getan hat: *Was durchaus ausgeschlossen ist, ist die Inflationsgefahr.*

Anmerkung

1. Vgl. „Stimmen aus der Finanzwelt zur Frage der Arbeitsbeschaffung“, S.167 in diesem Heft.

Der dritte und letzte Auszug aus den Memoiren Wladimir Woytinskys. Darin berichtet der damalige Leiter der Statistikabteilung und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über den Kampf um das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, den Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan von 1931-32 und das Ende der Weimarer Republik nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933.

Ein Programm gegen die Depression

VON WLADIMIR WOYTINSKY

Der Plan gewann immer mehr Zustimmung in der Nation, aber die SPD blieb ihm gegenüber unnachgiebig und weigerte sich, dieses Thema öffentliche Arbeiten bei ihrem Wahlkampf für den Reichstag im Juli 1932 zu benutzen. Sie blieb bei Brüning's Diktum — Verteidigung der Währung. Die Wahlergebnisse waren eine Katastrophe für die Republik. Die Nazis erhielten mehr als ein Drittel aller Wählerstimmen und 230 Sitze von den 568 des Reichstages. Der neue Reichstag wies eine klare antirepublikanische Mehrheit aus Nazis und Kommunisten auf und konnte keine republikanische Regierung bilden. Alle Parteien klammerten sich an eine Änderung durch Neuwahlen.

Leipart rief mich in sein Büro und sagte: „Die Partei ist bereit zu einem Treffen mit uns, um den Plan der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu diskutieren. Es werden 40 Vertreter der Partei und ebenso viele von den Arbeitergewerkschaften anwesend sein. Werden Sie unsere Argumente für diese Konferenz vorbereiten?“

Ich bat Gerhard Colm, einen Wissenschaftler von nationalem Ruf, der keinerlei Verbindungen zur Arbeiterbewegung hatte, unsere Sache zu vertreten. Die Partei benannte Hilferding als ihren Sprecher. Ich war dazu ausersehen, die Podiumsdiskussion mit einer Widerlegung der Argumente Hilferding's zu eröffnen.

Die Konferenz fand in einem großen Saal im Reichstagsgebäude statt. Alle saßen um einen grünbespannten Tisch in Hufeisenform. Wels übernahm den Vorsitz und plazierte von seinem Platz aus gesehen die Gewerkschafter rechts

und die Parlamentarier links von sich. Grimmig eröffnete er mit gerötetem Gesicht die Diskussion: „Es ist Zeit, diesen törichtem Disput zu beenden. Inflation-Deflation, öffentliche Arbeitsbeschaffung... und was nicht noch alles... Dieser Unsinn muß sofort aufhören.“

Colm sprach in akademischem Tonfall und legte eine Theorie dar, die allgemein bekannt war. Das Preisniveau und der Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten können mit Währungs- und Kreditmaßnahmen geregelt werden. Öffentliche Arbeitsbeschaffung ist der beste und politisch zweckmäßigste Zugang zum Problem.

Als nächster Sprecher sagte Hilferding: „Colm und Woytinsky stellen die wesentliche Grundlage unseres Programms, Marx' Arbeitswerttheorie, in Frage. Unser Programm beruht auf der Überzeugung, daß Arbeit, und nur die Arbeit, Wert schafft. Preise weichen unter Einfluß des Aufeinanderwirkens von Angebot und Nachfrage vom Wert der Arbeit ab. Depression ist das Ergebnis der Anarchie des kapitalistischen Systems. Entweder hören sie damit auf, oder es führt unweigerlich zum Zusammenbruch dieses Systems. Wenn Colm und Woytinsky denken, sie können eine Depression durch öffentliche Arbeitsbeschaffung abmildern, zeigt das nur, daß sie keine Marxisten sind.“

Im ersten Moment dachte ich, daß Hilferding nicht ernsthaft an diesen Unsinn glauben konnte. Offensichtlich traute er seinen Zuhörern nicht viel zu und hielt es nicht für nötig zu argumentieren, sondern appellierte an die Klischees in ihren Köpfen. Viele der Abgeordneten hörten ihm wie einem Orakel zu. Wels saß bewegungslos in seinem Ses-

sel, die Augen geschlossen und Kopf auf die Brust gesenkt. Hilferding endigte mit einem Appell an die Partei, einig gemeinsam eine harte Währung und den Marxismus zu verteidigen.

Ich begann mit meiner Gegenbeweissführung: „Die Flut der Arbeitslosigkeit steigt, die Leute sind mit ihrer Geduld am Ende. Die Arbeiter machen uns für diese Misere verantwortlich und wenden sich den Kommunisten und Nationalsozialisten zu. Wir verlieren an Einfluß. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Etwas muß geschehen, bevor es zu spät ist. Unser Plan hat nichts mit einer speziellen Werttheorie zu tun. Jede Partei kann ihn umsetzen. Und das wird auch geschehen. Die einzige Frage ist, ob wir die Initiative ergreifen oder das Feld unseren Feinden überlassen.¹ Es stimmt nicht —“

Ich spürte, wie sich die Aufmerksamkeit der Zuhörer mir zuwandte, aber plötzlich kam ein ohrenbetäubender Lärm vom Kopfende des Tisches. Wels hatte mit beiden Fäusten heftig auf die Tischplatte geschlagen und gebrüllt: „Aufhören! Ich werde nicht zulassen —“

Verwirrt fragte ich: „Was werden Sie nicht zulassen?“

„Sie sagten, „*Es stimmt nicht* [Hervorhebung im Original]. Wenn das, was Hilferding sagte, nicht stimmt, muß er ein Lügner sein! Ich werde nicht zulassen —“

Ein Tohuwabohu brach aus, Dutzende schriean durcheinander. Wels lehnte sich wieder in seinen Stuhl zurück, die Augen geschlossen und mit auf die Brust gesunkenem Kopf, und schlief weiter. Leipart bat mich fortzufahren, aber meine Rede erzielte keinerlei Wirkung mehr. Ich führte die technischen und finanziellen Aspekte des Planes aus. Niemand hörte zu — den Gewerkschaftern war das alles wohlbekannt, und denen vom Reichstag war es egal. Nach einigen Wortmeldungen von beiden Seiten ließ Leipart über den Plan des ADGB abstimmen. Alle Repräsentanten der Gewerkschaften waren dafür, alle Parteivertreter, mit Ausnahme Baades, dagegen.

Der Bruch zwischen der Partei und den Gewerkschaften war vollzogen.²

Das Ende der Weimarer Republik

Die Republik von Weimar war in Auflösung begriffen. Die Nazis und die Kommunisten, die im Preußischen Landtag zusammen die absolute Mehrheit stellten, stürzten bei einer Abstimmung die preußische Regierung Otto Braun, den starken Mann der SPD. Da dem Landtag die arbeitsfähige Mehrheit zur Bestellung eines neuen Kabinetts fehlte, übernahm von Papen die Regierung in Preußen [der sog. „Preußenschlag“ — *d.Red.*] und verstärkte mit der preußischen Polizei die anderen von den Monarchisten kontrollierten Institutionen: die Armee, die Justiz, die Schulen und die Präsidentschaft. Als nächstes diente von Papen Hitler die Vizekanzlerschaft an, aber Hitler schlug das Angebot aus. Er strebte nach nichts Geringerem als dem Posten des Regierungschefs. Die Neuwahlen Anfang November [1932] bescherten den Nazis wieder ein Drittel der Stimmen; obwohl sie an Sitzen im Reichstag leicht verloren, wurden ihre Verluste durch die Zugewinne bei den Kommunisten wieder wettgemacht: Zusammen erhöhte sich ihre Sitzzahl von 289 auf 296.

In Berlin und anderen Städten waren die Straßen jetzt in der Hand privater paramilitärischer Organisationen — die

Braunhemden von Hitlers „Sturmabteilungen“, die bewaffneten Gruppen des „Stahlhelms“, die von hochrangigen Militärs des alten Regimes kontrolliert wurden, sowie kommunistische Kommandos. Hitlers Truppen waren die überheblichsten. Sie marschierten mit Trommeln und Hörnern auf, die Spitze des Zuges war häufig mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet. Die Hauptmelodie ihrer Marschlieder ähnelte der kommunistischen *Internationale* [Hervorhebung im Original], aber der Text war ein anderer: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, geht es noch mal so gut.“

Die SPD und andere demokratische Gliederungen versuchten, eine republikanische Massenorganisation auf die Beine zu stellen, die den Nazis und Kommunisten bei den Demonstrationen in den Straßen bis hin zum eventuellen Straßenkampf Paroli bieten konnte. Diese Organisation, das Reichsbanner, hatte mehrere Millionen Mitglieder, aber bestand hauptsächlich aus Bürgern mittleren Alters, denen Marschieren und anderes Militärgebaren ein Greuel war.

Nach einer Auseinandersetzung mit von Hindenburg über die Frage der Parzellierung der großen Güter in Ostpreußen, die schon zum Rücktritt Brüning geführt hatte, trat auch von Papen zurück. Danach ernannte Hindenburg General von Schleicher zum Kanzler.

Es gab Gerüchte, das neue Regierungshaupt wolle eine Politik der Mitte einschlagen werde. Vor der Presse machte er einige Bemerkungen, die dazu angetan waren, die Sympathie der Arbeiter zu gewinnen. Dann lud er Leipart ins Kanzleramt ein. Eine Dringlichkeitssitzung des Vorstandes wurde anberaumt, in der Leipart über seine Aussprache mit dem General sprach: „Er saß mir am Tisch gegenüber, aber sah mich nicht an und schien mit sich selber zu reden. Er sagte, daß er als Soldat es vorzöge, seinem Kaiser auf dem Schlachtfeld zu dienen, aber doch bereit sei, die Republik gegen die Kommunisten und Nazis zu verteidigen. Er könnte sie aufhalten, wenn er die entsprechenden Kräfte hätte. Er stellte mir die Frage, ob die Gewerkschaften ihn unterstützen würden, wenn er sich verpflichte, ihr Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. Ich fragte ihn, welche Art Unterstützung er von uns erwarte. Er antwortete, daß er an direkte Aktionen dachte, Streik, Straßenkampf. Ich sagte, damit hätte er sich lieber an das Reichsbanner und die Partei wenden sollen. Er entgegnete, er mißtraue den Politikern, sei aber bereit, gemeinsam mit uns zu handeln, weil er uns für gute und ehrenwerte Deutsche halte. Er schien es ernst zu meinen und riskierte immerhin einiges, indem er so mit mir redete. Aber ich traue ihm nicht. Er ist kein kaltblütiger Tatmensch, eher ein Tagträumer...“

Der Vorstand beschloß abzuwarten und die Dinge auf sich zukommen zu lassen. Berlin war eine Gerüchteküche. Schleicher erhielt wachsende Unterstützung der Armee... Schleicher wollte Hitler und von Papen in Gewahrsam nehmen... Schleicher wollte einen Ausschuß von Psychiatern berufen, um die Gesundheit des senilen Präsidenten zu überprüfen und ihn in einem Haus mit Polsterwänden einzusperren. Dann, am 30. Januar ordnete von Hindenburg die Absetzung von Schleichers als Reichskanzler an und berief statt dessen Hitler.³ An diesem Abend wurde ein Fackelzug vor dem Präsidentenpalast abgehalten. Von Hindenburg und der neue Kanzler nahmen gemeinsam die Huldigung der „guten Menschen“ der Hauptstadt entgegen. Die Meute sang: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt...“

Für den 5. März wurden Neuwahlen angekündigt. Hitlers Kabinett bestand ursprünglich aus einer Koalition der Nationalsozialisten mit anderen rechten Parteien. Sehr bald jedoch wurden die Gemäßigten ersetzt oder traten zurück, und die Nazis hatten die Zentral- und die preußische Regierung in ihrer Hand. Die 14 Jahre Republik wurden offiziell zur Ära des Verrats erklärt. Den Zeitungen wurde verboten, Informationen oder Artikel gegen die Amtsführung der neuen Regierung zu publizieren, und sie durften nur das veröffentlichten, was ihnen vorgeschrieben wurde. Diese Regelungen bezeichnete man offiziell als „Gleichschaltung“ der Presse.

Die Republik hatte aufgehört zu existieren.

Der Beginn des Dritten Reiches

Unser Vorstand traf sich jeden zweiten Tag, hauptsächlich um Informationen auszutauschen. Die Berichte waren kurz und sachlich. Hitler reiste im Land umher, verfluchte die Republik, die Sozialisten und vor allen die Juden, während er allen Deutschen das Blaue vom Himmel versprach. Göring befahl die Braunhemden. Die Polizei wurde von republikanisch eingestellten Beamten gesäubert und angewiesen, örtliche lokalpatriotische Organisationen zu unterstützen und nach dem Motto „zuerst schießen und danach ermitteln“ vorzugehen. Eine Terrorwelle überrollte das Land – Attacken auf Sozialisten, Judenpogrome. Mobs überfielen die Büros sozialdemokratischer Zeitungen und des Reichsbanners. Am 25. Februar erließ Göring eine Anordnung, welche die Braunhemden der SA zur Hilfspolizei erhob.

Am späten Abend des 27. Februar wurde das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt. Dies war eines der dramatischsten und am wenigsten rätselhaften Ereignisse der Nazi-Revolution... Während der Reichstag noch schwelte, bezichtigte die Regierung die Kommunisten der Brandstiftung und verbot alle kommunistischen und sozialistischen Zeitungen. Görings Polizei und die Braunhemden drangen in die Wohnungen von Kommunisten, deren Sympathisanten, führenden Sozialdemokraten und republikanisch eingestellten Intellektuellen ein. Tausende wurden verhaftet und mißhandelt. Viele jüdische Läden wurden geplündert.

Die Situation erinnerte lebhaft an St. Petersburg nach der kommunistischen Machtergreifung. Hitler und Göring rüsteten sich auf die gleiche Weise für Wahlen, wie Lenin 15 Jahre zuvor die Bühne für die Wahl der Konstituierenden Versammlung bereitet hatte.

Die Menschen wurden für den 5. März zu den Wahlurnen gerufen. Den linken Parteien blieben viele Propagandamöglichkeiten verwehrt, aber sie durften Handzettel mit den Namen ihrer Kandidaten verteilen, Plakate mit deren Namen vor den Wahllokalen aufstellen und Vertreter in die Wahlkommission entsenden. Die SPD hatte es schwer, freiwillige Wahlhelfer zu finden, und die Ortsgruppe bat Emma, bei der Kampagne mitzuhelfen. Sie nahm Parteiflugblätter zum Verteilen mit und ging zur Wahlkommission. Die Parteikommunisten wurden instruiert, in den obersten Stock eines Mietshauses zu steigen, die Flugblätter unter der Tür durchzuschoben und ins nächste Stockwerk hinunterzurennen, bevor die Mieter die Tür aufmachten; dann wieder einen Stock tiefer usw. Beim Treffen der Wahlkommission sagte Emma kein Wort, um sich und die Partei nicht durch ihren ausländischen Akzent zu erkennen zu geben.

Trotz der Orgie des Terrors erreichten die Nazis keine Mehrheit im Reichstag. Sie erhielten etwa 270 Sitze von 600. Andere rechte Parteien gewannen etwa 50 Sitze. Mit ihrer Unterstützung hatte Hitler eine magere Mehrheit von 320 zu 280. Die SPD war die stärkste Oppositionspartei mit mehreren hundert Abgeordneten. Ungefähr die gleiche Zahl der Sitze teilten sich das Zentrum und andere Gruppierungen der Mitte. Die Kommunisten hatten etwa 80 Sitze. Indem er ihre Mandate kassierte, vergrößerte Hitler seine Mehrheit auf 320 zu 200. Mit dieser Mehrheit setzte der Reichstag die Weimarer Verfassung außer Kraft, indem er die Regierung mit diktatorischen Vollmachten ausstattete, und löste sich selbst auf. Die Nazi-„Revolution“ nahm ihren Lauf.

Anmerkungen

- Anmerkung der Neuen Solidarität:** Das Argument saß. Während die SPD-Führung den WTB-Plan hintertrieb, hatte der Strasser-Flügel im Wahlkampf vor den Juliwahlen ein „Sofortprogramm“ gegen die Arbeitslosigkeit gefordert. Gregor Strasser hatte dazu am 10. Mai 1932 eine Reichstagsrede gehalten, die deutliche Anleihen bei den „Reformern“ machte. Der antisemitische Strasser vertrat eine antikapitalistisch-populistische Version des Nationalsozialismus und galt als Rivale Hitlers, der ihn dann auch 1934 im Zuge des angeblichen „Röhm-Putsches“ liquidieren ließ. Der israelische Historiker und Ökonom Avraham Barkai schreibt über dieses kurzlebige „Sofortprogramm“: „Nachdem es für den Juli-Wahlkampf in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden war und allem Anschein nach nicht wenig zum nationalsozialistischen Wahlerfolg beitrug, wurde es bereits wenige Wochen später auf Hitlers Anweisung offiziell zurückgezogen. Bereits am 12. September teilte Hjalmar Schacht in einem Brief an Paul Reusch mit, Hitler habe ‚das berüchtigte Heft einstampfen lassen. Es wird also gar nicht mehr verbreitet.‘“ (A. Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Frankfurt 1988, S. 4f) Ebenso hatte Hitler die Verbreitung des 1. Sonderhefts 1932 der nationalsozialistischen Zeitschrift *Die Deutsche Volkswirtschaft*, das Auszüge aus dem „Sofortprogramm“ und aus Heinrich Drägers (einer der „Reformer“, kein Nazi) Schrift „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ enthielt, verboten. Als mutmaßlichen Grund führt Barkai heftige Kritik seitens „maßgeblicher Wirtschaftskreise“ an, die sofort nach Strassers Rede u.a. in den *Deutschen Führerbriefen* laut geworden war. Für den Regimewechsel brauchten Hitler und der Manager der Machtergreifung, Schacht, aber die Unterstützung ebendieser „maßgeblichen Wirtschaftskreise“. Barkai schreibt: „Gleicherweise erteilte auch Hjalmar Schacht, der zu dieser Zeit einer von der Großindustrie finanzierten ‚Arbeitsstelle‘ zur wirtschaftspolitischen Fühlungnahme mit der NSDAP vorstand, Hitler in einem Brief vom 29. August 1932 den Rat, ‚möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm‘ zu bringen.“ (a.a.O., S. 46)
- Anmerkung Woytinskys:** Mir wurde jetzt klar, daß der Eindruck, den ich von Hilferdings Rede auf unserer Konferenz gewann, falsch war. Er glaubte ernstlich an all das, was er über Arbeitswerttheorie sagte: Laß die Welt zugrundegehen, aber bewahre das Dogma! Seine Torheit endete letztlich tragisch. Als er nach dem Fall Frankreichs von der Vichy-Polizei an Hitlers Henker überstellt wurde, nahm er sich das Leben.
- Anmerkung der Neuen Solidarität:** Reichskanzler Kurt von Schleicher setzte das Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Verordnung vom 28. Januar 1933 in die Tat um. Am gleichen Tag wurde von Schleicher gestürzt, doch das Programm blieb in Kraft und bewährte sich. Allerdings pervertierte Schacht, der nun als Reichsbankpräsident und zugleich Wirtschaftsminister umfassende Vollmachten hatte, das Programm bereits ab 1934 mehr und mehr zum Aufrüstungsprogramm. 1934 wurde der Verteidigungsetat verzehnfacht. Hinzu kamen die heimlich von Schachts Reichsbank diskontierten Mefo-Wechsel im Umfang von 12 Mrd. RM. Bis 1945 wurden nur 5,5 Mrd. RM für Arbeitsbeschaffungsprojekte im zivilen Bereich, rund 40 Mrd. RM dagegen für solche, die mit Rüstung zu tun hatten, ausgegeben (siehe G. Liebig, „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB hätte die Hitler-Diktatur verhindern können“, www.solidaritaet.com/neuesol/aktuelle/krise/woytin1.htm). Doch bis heute schmücken sich Nazis und Neonazis mit dem Erfolg

einer Politik, die Schacht und Hitler bis zur Machtergreifung sabotierten und bekämpften. A. Barkai bringt die Tragödie auf den Punkt. Bezogen auf die Lage 1933 schreibt er: „Unglücklicherweise war die von den Nationalsozialisten durchgeführte Wirtschaftspolitik in der gegebenen wirtschaftlichen Krisensituation die richtige Medizin. Ihr Erfolg brachte dem nationalsozialistischen Regime nicht nur den weitgehenden politischen Konsensus der Bevölkerung ein, sondern umgab auch seine umfassende Wirtschaftsauffassung mit dem Nimbus theoretischer Unfehlbarkeit. Nur wer unbeirrbar im geschichtlichen Determinismus befangen ist, wird daraus schließen, daß es so und nicht anders kommen

mußte. Was wäre geschehen, wenn frühere Regierungen, Wirtschaftler und Politiker sich aus den Fesseln überkommener Wirtschafts- und Finanzprinzipien befreit und früher antizyklische Wirtschaftsmaßnahmen angewandt hätten, die heute zum Gemeingut der Wirtschaftstheorie gehören?“ (Barkai, a.a.O., S. 98f)

Das war in den 80er Jahren, heute sind leider wieder jene Wirtschaftsdogmen vorherrschend geworden, die 1930-33 die Überwindung der Depression durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen und kontrollierte staatliche Kreditausweitung verhindert haben. (gal)

Nachwort

„Woytinsky blieb buchstäblich bis zum allerletzten Lebenstag der Deutschen Gewerkschaftsbewegung auf seinem Posten,“ schrieb Alfred Braunthal von der Federation of Free Trade Unions 1960. „Als der ADGB-Vorstand beschloß, sich der Forderung der Nazis nach Beteiligung der Gewerkschaften an der Kundgebung zum 1. Mai 1933 zu beugen, stimmte Woytinsky als einziger gegen diese Entscheidung. Der Freiheitskämpfer, der vom zaristischen Regime und vom bolschewistischen Regime aus den gleichen Gründen eingesperrt worden war und das Land seiner Geburt verlassen hatte, weil er in der Knechtschaft nicht leben konnte, war ebensowenig zu Kompromissen mit dem Faschismus bereit. An dem Tag, als er gegen den Kompromiß mit den Nazis stimmte, legte er sein Amt nieder und bemühte sich um Asyl in der demokratischen Schweiz.“¹

Dort nahm er Kontakt mit der Arbeiterbewegung auf und entwickelte eine Schweizer Version des dort wohlbekanntesten WTB-Plans: Die Hauptidee waren „öffentliche Arbeitsprojekte für jeden Kanton, sodaß die Arbeit sofort beginnen könnte, sobald die Arbeitslosigkeit eine bestimmte Grenze überschritt, und die Kosten sollten gemeinsam vom Bund und den Kantonalregierungen getragen werden“.² Die Gewerkschaften in Belgien hatten seinen WTB-Plan schon übernommen. Und in Paris schrieb Woytinsky nun zusammen mit dem Präsidenten der Gewerkschaft CGT, Léon Jouhaux eine französische Version mit dem Titel *Le Plan du Travail*.

Nachdem er in Genf knapp zwei Jahre für das International Labor Office gearbeitet hatte, wanderte Woytinsky mit seiner Frau Emma 1935 in die Vereinigten Staaten aus, deren Staatsbürgerschaft er 1941 erhielt. Er kam in das Amerika unter Präsident Franklin Delano Roosevelt und war begeistert von dessen Persönlichkeit und der entschlossenen, wenn auch pragmatischen Art, wie dieser die Probleme der Weltwirtschaftskrise anging und meisterte.

Was er in seiner Autobiographie über „F.D.R.“ berichtet und hervorhebt, sagt mindestens ebensoviel über Woytinskys eigene innere Einstellung aus. So zitiert er die abschließenden Worte aus Roosevelts Antrittsrede: „Das einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst — den namenlosen, gedankenlosen und ungerechtfertigten Terror, der die notwendige Anstrengung, den Rückzug in Vormarsch zu verwandeln, lähmt.“ Woytinsky stellt dies in den Zusammenhang mit folgender Stelle aus der Rede, an der Roosevelt am Tage seines Todes arbeitete: „Wir müssen

weiterhin alles in unserer Macht stehende tun, um den Zweifel und die Ängste zu besiegen... Das einzige, was die Verwirklichung unserer Pläne für morgen begrenzt, sind unsere heutigen Zweifel.“³

Natürlich vergleicht Woytinsky Roosevelts Wirtschaftspolitik mit der Deflationskatastrophe der Weimarer Republik: „Baute F.D.R. seine Nation nicht ebenso effektiv auf, wie Brüning die Weimarer Republik zerstört hatte? Einfache Leute, mit denen wir in allen Landesteilen zusammentrafen, betrachteten Roosevelt als ihren Präsidenten.“⁴

In den USA war Woytinsky zunächst für den Central Statistical Board (1935), für verschiedene sozialpolitische Ausschüsse und mehrere Jahre (1942-47) für den Social Security Board tätig, wo er half, eben die Systeme der Renten- und Arbeitslosenversicherung aufzubauen, die das Bush-Cheney-Regime heute einreißen will.

Zum Schluß noch eine Bemerkung an jene, die Woytinsky fälschlich in die Schublade der „Keynesianer“ einordnen: Erstens hatte Woytinsky seinen eigenen Kopf und entwickelte sein Konzept einer aktiven Konjunkturpolitik mehrere Jahre, bevor Keynes' *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* 1936 erschien. Zweitens unterscheidet sich Keynes' deficit spending (Vermehrung der Staatsschulden) grundsätzlich von Woytinskys Konzept zusätzlicher Kaufkraft durch staatliche Kreditschöpfung zu produktiven Zwecken. Und drittens hätte Woytinsky niemals vorgeschlagen, Leute völlig unproduktiv „Löcher graben und wieder zuschütten zu lassen“, nur um deren Kaufkraft zu sichern. Woytinsky forderte vielmehr großzügige Infrastrukturprojekte für den „Wiederaufbau Europas“.

Woytinsky würde sich wohl auch nicht als „Listianer“ bezeichnet haben, obwohl er Mitglied der Friedrich-List-Gesellschaft war und genau wie List in der Wirtschaftspolitik auf eine Kombination aus freiem Unternehmertum und einer wichtigen Leitfunktion des Staates setzte. Auch die Rolle von Erziehung und Kultur für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Staates betonte Woytinsky immer wieder.

Woytinsky gilt vor allem als „Statistiker“, nicht zuletzt wegen des großen Werks *Die Welt in Zahlen*, das in sieben Bänden wirtschaftliche und politische Daten, Tabellen, erläuternde Texte und knappe Analysen über die wichtigsten Länder der Erde lieferte. Dabei ersetzte das Team Wladimir und Emma ein ganzes Heer von Experten, die normalerweise für solche umfassenden Werke herangezogen

werden. Woytinsky verrät übrigens in einem Artikel über die „Limits of Mathematics in Statistics“, was das eigentliche Geheimnis erfolgreicher statistischer Prognosen ist — die richtige Hypothese: „In Wirklichkeit, ob man nun die Verbrauchsfunktion oder irgendeine andere Kristallkugel der Wirtschaftsprognose anwenden will, muß man eine bestimmte Meinung darüber haben, wie die Dinge sich entwickeln werden. Trifft diese Meinung zu, dann besteht auch eine gute Chance, daß man sich eine Formel aussucht, die später bestätigt wird; hat man aber die Entwicklung falsch eingeschätzt, wird man auf die falsche Formel setzen.“

Woytinskys Geringschätzung für die „Magie der Mathematik“ geht noch weiter. Er hält nämlich das, was den Inhalt der Statistik ausmacht, die Welt der Wirtschaft und der menschlichen Beziehungen, für überhaupt nicht mathematisch beschreibbar, weil es sich um etwas Lebendiges handelt: „Immer, wenn wir die Erscheinungen dieser Welt zu messen versuchen, entdecken wir, daß alle lebendigen Dinge sich der präzisen Messung entziehen... und dennoch können wir sie ohne quantitative Analyse nicht verstehen und einschätzen. Man braucht mathematische Instrumente bei dieser Arbeit, aber die mathematischen Gesetze, die das Euklidische Universum beherrschen, lassen sich nicht auf die menschlichen Beziehungen ausdehnen. Deren quantitative Analyse erfordert mehr als mathemati-

sche Fertigkeiten sowie eine genaue Kenntnis des Bereichs, aus dem die Daten stammen. Sie erfordert Vorstellungskraft und Intuition. Eine solche Analyse ist mehr eine Kunst als eine Wissenschaft.“⁵

Bei seinen Prognosen ließ Woytinsky sich ebensowenig wie LaRouche von anderslautenden Meinungen der Fachwelt einschüchtern. Die Fachwelt sagte voraus, nach Kriegsende werde es durch das Ende der Kriegswirtschaft Massenarbeitslosigkeit, Mangel an Nachfrage und ein Absinken des Lebensstandards geben. Woytinsky war der einzige, der schon lange vor Kriegsende einen anhaltenden Nachkriegsaufschwung ansagte, weil er sah, welche wirtschaftlichen Kräfte durch Roosevelts Kriegsmobilisierung und die strukturellen Änderungen im Rahmen des New Deal freigesetzt worden waren.

Gabriele Liebig

Anmerkungen

1. Alfred Braunthal, Adviser of the European Labor Unions, in: Emma S. Woytinsky, *So Much Alive*, New York 1961, S. 85f.
2. W. Woytinsky, *Stormy Passage*, New York 1961, S. 478.
3. ebenda, S. 499f.
4. ebenda, S. 501.
5. W. Woytinsky, *Limits of Mathematics in Statistics*, *The American Statistician*, Washington D.C., Februar 1954, S.6.